Nr. 295. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

10 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 7,50 Mk., monatl. 2,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3,75 Mk., für das übrige Ausland 9,75 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung 7,75 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,30 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 12. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

U. S. P. D. im Eden-Hotel.

Weimar, den 11. Juni.

Wenn Noske, der Vielgehaßte, seine Rede in der heutigen Parteitagssitzung unter lebhaften Beifall schließen konnte, so verdankte er das nicht nur dem gesunden Menschenverstande, der seine Rechtfertigung durchwehte, sondern auch der Gunst des Schicksals, die ihm Gelegenheit bot, seine Beweisführung mit einer überraschenden Enthüllung zu krönen. Daß sich die Unabhängigen auf jede Weise und mit allen Mitteln auf die Uebernahme der Regierungsgeschäfte vorbereiteten, ist bekannt. Neu aber und von bombenähnlicher Wirkung war die Mitteilung Noskes, daß sich die Unabhängigen schon ernstlich darum bemühen, als tüchtiges Instrument ihrer zukünftigen Herrschaft, die Freiwilligenverbände in ihre Hände zu bekommen. In diesem Sinne hat Emil Barth allen Ernstes mit dem Kommandanten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, dem General v. Oven, und ein anderer Führer der Unabhängigen hat im gleichen Sinne den vielgenannten Hauptmann Pabst zu bearbeiten versucht. Die Verhandlungen fanden am letzten Sonnabend im Hotel Eden statt und dauerten nicht länger als 3 Stunden. Barth versuchte den General zu überzeugen, daß das Garde-Kavallerie-Schützen-Korps den Unabhängigen dienen müsse, wenn die jetzige Regierung gestürzt werde. Mit diesen Verhandlungen ist jedenfalls ein überaus interessantes Problem aufgerollt. Was ist eine Regierung, in welcher Art muß die Regierung sein, der das Militär Gehorsam schuldet? Das Militär ist nun offenbar nur einer Regierung verpflichtet, die auf verfassungsmäßigem Wege gebildet worden ist. Wie aber die Unabhängigen auf diesem Wege eine Regierung bilden wollen, ist einstweilen noch ziemlich räselhaft. Gleichviel, die Unabhängigen werden in Zukunft nicht mehr, ohne daß ihre krasse Heuchelei sichtbar wird, sich über Noske und Noske-Gardisten öffentlich entrüsten können. Man würde ihnen lachend erwidern: Wir kennen eure Schmerzen! Ihr schimpft, weil andere tuen, was ihr selber gar zu gerne tun würdet. Und ist Euch eine Noske-Garde Scheuel und Greuel, so ist eine Emil Barth-Garde Euer heimlicher Traum. Eure Politik tanzt auf der Mittellinie zwischen Spartakus und dem Edenhotel.

Heine, der „Polizeiminister", hatte heute beim Parteitag nicht ganz dieselbe gute Nummer wie Noske. Aber, wenn auch seiner Rede kritische Ablehnung nicht fehlte, so ist doch klar, daß der Parteitag nicht den Beruf in sich fühlt, sozialdemokratische Minister zu stürzen. Bei aller stellenweisen Schärfe wiegt doch die Absicht vor, künftiglich mit einander zu verfahren.

Die Donnerstagsitzung beginnt mit Scheidemanns Rede, der Bernsteins Referat folgt.

(Bericht in der 1. Beilage.)

Verschärfung der Kampfstimmung in Paris.

Genf, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Das große Truppenaufgebot, das Clemenceau für alle Fälle gegen die Streikenden bereit hält, hat den Direktoren der großen Metallwarenfabriken den Rücken gestärkt. In einer außerordentlichen Generalversammlung, die am vergangenen Sonnabend zu Paris stattfand, haben sie im Vertrauen auf den ihnen von der Regierung zugesagten militärischen Schutz beschlossen, den Arbeitern den äußersten Widerstand entgegenzusetzen.

Die „Humanité" weist darauf hin, daß der Bruch der Verhandlungen durch das provokatorische Vorgehen der Regierung verursacht sei. „Populaire" sagt den Soldaten, die kapitalistische Bourgeoisie will nicht Demobilisierung, sondern den Krieg gegen Rußland, Ungarn und gegebenenfalls gegen die französischen Arbeiter fortsetzen. Als Söhne des Volkes werden die Soldaten mit dem Volk zusammengehen und niemals ihre Waffen gegen die richten, die vermittelst des Sozialismus die Menschheit von dem blutigen Alpdruck des äußeren und inneren Feindes befreien will. Französische Soldaten reichen den Arbeitern die Hand.

Die Meuterei in Toulouse.

Bern, 11. Juni. Ueber die bereits bekannte Meuterei des französischen Infanterieregiments in Toulouse erfährt das „Berner Tagblatt" von durchaus zuverlässiger Seite, daß es sich um das in Toulouse stehende Infanterieregiment 283 gehandelt hat, das mit roten Fahnen die Straßen durchzog unter den Rufen „Nieder mit Clemenceau! Nieder mit dem Krieg", und sich weigerte, weiter Kriegsdienste zu tun. Ein anderes Infanterieregiment, dem vom Armeekommando die Entwaffnung der Meuterer angeboten wurde, weigerte sich, dem Befehl nachzukommen, so daß zur Unterdrückung der Revolte die Reitenden Jäger von Montauban herbeigerufen werden mußten.

Clemenceau wackelt.

Kampf von allen Seiten.

Versailles, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Seit einigen Tagen hat die Lage der Regierung Clemenceau insofern sich verschlechtert, als auch ein großer Teil der Presse die bisher regierungsfreundlich war — vor allem der „Matin" und „Oeuvre" —, den Ministerpräsidenten rücksichtslos bekämpft. Das ist die Folge einer sehr dunklen Angelegenheit, die gestern in einer Sitzung der Deputiertenkammer ausführlich erörtert wurde. Das Office Nationale de la Presse — eine Art Syndikat der Zeitungsverleger — das während des Krieges und jetzt noch die Reklamation für Einberufene aus der Zeitungsbranche, die Papierbelieferung und ähnliche Angelegenheiten, die die Presse und Regierung zu vermitteln hatten, soll unsaubere Geschäfte gemacht haben. Auf Befehl Clemenceaus fand vor einigen Tagen eine Hausdurchsuchung in der Wohnung des Generalsekretärs dieses Instituts, gleichzeitig geschäftlichen Leiters des „Matin", Schöller, statt, sowie bei einem Redakteur des „Oeuvre". Dagegen wenden sich nun mit aller Schärfe die jüngst betroffenen Blätter und „Matin" sagte im gestrigen Leitartikel eine äußerst scharfe Kampfansage an den Ministerpräsidenten an. Es ist sehr schwer, sich das Urteil darüber zu bilden, ob die Regierung oder die Presseleute im Recht sind. Ebenfalls war die gestrige Kammerdebatte äußerst erregt. Clemenceau hatte auf die Nachricht, daß der angegriffene Unterstaatssekretär für Militär-Justiz-Angelegenheiten, Ignace, sehr schlecht abschneidet, sich in aller Eile und in höchst eigener Person in die Kammer begeben, was seit vielen Wochen nicht vorgekommen war. Dadurch, daß der Ministerpräsident eine Tagesordnung annahm, die das Vertrauen in die Erklärungen der Regierung nicht ausdrücklich aussprach, konnte er eine Mehrheit erhalten. Im Laufe der Debatte war die Person des Bruders von Clemenceau, Rechtsanwalt Albert Clemenceau, in ein sehr übles Licht gekommen. Der allgemeine Eindruck ist der, daß die Kammer Clemenceau nur noch bis zum Friedensschluß dulden wird.

Generalstreik am 16. Juni?

Versailles, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In einer gestern abgehaltenen außerordentlichen Sitzung des Pariser Gewerkschaftskartells (Bergarbeiter, Seeleute, Eisenbahner, Hafen- und Dockarbeiter, Transportarbeiter, Metall- und Bauarbeiter) wurde die Lage besprochen, die durch den Pariser Streik hervorgerufen wurde. Es wurde ein Bericht für die Presse herausgegeben, aus dem hervorgeht, daß der Generalstreik am 15. Juni beginnen solle, wenn der Streik nicht zu Gunsten der Arbeiter erledigt ist.

Die Streiklage in Paris ist im allgemeinen unverändert. In ihren Streikversammlungen beschlossen die streikenden Angestellten der Untergrundbahn, der Elektrischen und Autobusse, im Streik zu beharren. In der Metallindustrie scheinen die Arbeitgeber die Verhandlungen mit den Streikenden wieder aufnehmen zu wollen, welche vor den Pfingstfeiertagen gescheitert waren.

Snowden für die deutschen Vorschläge.

Amsterdam, 11. Juni. Wie „Het Volk" meldet, erklärte der englische Arbeiterführer Snowden, wenn die Alliierten weniger darauf dringen würden, Rache an Deutschland zu nehmen und seinen wirtschaftlichen Untergang herbeizuführen, müßten die deutschen Gegenvorschläge als Grundlage einer gerechten Regelung angenommen werden. Zu dem Deutschösterreich vorgelegten Friedensvertrag erklärte Snowden: „Ebenso wie die der Deutschen Republik vorgelegten Bedingungen, so sind auch diese Friedensbedingungen nichts als eine reine Schurkerei." Unter Bezugnahme auf Wilsons zehnten Punkt, nach welchem die Völker Oesterreichs die uneingeschränkte Möglichkeit selbständiger Entwicklung erhalten sollen, erklärte Snowden: „Die vier Kaiser in Paris haben dieses Versprechen dadurch eingelöst, daß Oesterreich eines großen Teiles seines früheren Grundbesitzes beraubt ist und daß es von drei Seiten von bitterfeindlichen Staaten umringt wurde."

Nach Erwähnung der ungerechten Bedingungen bezüglich Auslieferung der Handelsschiffe, Regelung der Donauschiffahrt erklärte Snowden, daß die „Junker", die diese Bedingungen festgesetzt haben, kein Recht hätten, diese Bedingungen Friedensvertrag zu nennen.

Der „Labour Leader" kommt in einem Artikel über die Verpflichtungen, die sich aus der Arbeit der Friedenskonferenz für die Arbeiterpartei ergeben, zu dem Schluß: jetzt sei der Zeit für die Arbeiterpartei gekommen, um deutlich und bestimmt zu erklären, daß die erste Tat die sein werde, den Verrat, der von den Alliierten an der Demokratie verübt worden sei, ungeschehen zu machen,

Die „unschuldig Ueberfallenen".

Neue Dokumente aus der Vorgeschichte des Krieges.

„Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen, ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, daß es zu diesem Weltkrieg kam, und daß er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen . . . aber wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist."

So hat Graf Brockdorff-Rantzau am 7. Mai 1919 in Versailles gesprochen, und das Weißbuch, das jetzt vom Auswärtigen Amt herausgegeben wird, enthält den Beweis seiner Worte. Durchaus entfernt, die Männer des alten Systems von ihrer historischen Verantwortlichkeit zu entlasten, widerlegt es doch auf das bündigste das Bestreben der gegnerischen Imperialisten, sich und ihre Männer, ihre Poincarés, Iswolskis usw. als die Unschuldslämmer im Gegensatze zu den deutschen Tirpitz und Falkenhayns hinzustellen.

Die neuen Dokumente, die das Deutsche Weißbuch bringt, scheinen uns nicht sowohl wertvoll durch das, was sie über die Zeit unmittelbar vor Kriegsbeginn berichten, — wenn hier auch zwei englische Zeugnisse angeführt sind, welche das Nichtstattfinden des berühmten „Potsdamer Kronrats" zu bestätigen scheinen. Bedeutsamer ist die Aufklärung, die sie über das unleugbare Vorhandensein einer nicht unerheblichen Kriegslust bei den Ententestaaten in den Jahren vor dem Kriege bringen, und namentlich bei dem Staat, dessen Regierende sich mit Vorliebe als die unschuldig Ueberfallenen hinstellen, — bei Frankreich.

Höchst charakteristisch hierfür sind eine Anzahl russischer Dokumente aus der Zeit des Balkankrieges von 1912 und der Londoner Konferenz. So berichtet der russische Botschafter Iswolski am 30. August 1912 aus Paris an Sasanow über ein Gespräch mit Poincaré. In diesem Gespräch betonert Poincaré die friedliche Gesinnung Frankreichs, doch Deutschlands Auftreten gegen Rußland würde diese Gesinnung sofort ändern. Dann heißt es wörtlich:

> Weiter sagte mir Herr Poincaré, daß angesichts der kritischen Lage auf dem Balkan die obersten Organe der französischen Heeresleitung mit verstärkter Aufmerksamkeit alle möglichen militärischen Zufälligkeiten studieren, und es sei ihm bekannt, daß die sachverständigen und verantwortlichen Persönlichkeiten die Chancen Rußland-Frankreichs im Falle eines allgemeinen Zusammenstoßes überaus optimistisch beurteilen . . .

Ueberaus optimistisch — aber nach den „Feststellungen" der Ententekommission soll Deutschland den Krieg „voll Vertrauen auf das erdrückende Uebergewicht seiner Armee" begonnen haben . . . Am 5. November 1912 drahtet Iswolsky folgenden Ausspruch Poincarés nach Petersburg:

> „Es muß wohl verstanden sein, sagt er (Poincaré) mir, daß Frankreich vorgehen wird in dem bestimmten Falle, daß der in der Allianz vorgesehene Casus foederis (Bündnisfall) sich ergeben würde, d. h. wenn Deutschland Oesterreich mit den Waffen unterstützen würde."

Und am 8. November 1912 berichtete Iswolsky folgendes Gespräch zwischen Poincaré und dem italienischen Gesandten Tittoni, in dem Poincaré auch die italienisch-französische Vereinbarung von 1902 hervorhebt, kraft deren Frankreich berechtigt sei, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Oesterreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen:

> Im Laufe des Gesprächs sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Krieg führt, Rußland voll und ganz auf die bewaffnete Unterstützung Frankreichs rechnen könne.

Diese Aussprüche aber kommen erst in das richtige Licht durch einen Bericht des russischen Botschafters in London, Graf Benckendorff. Er stützt sich auf persönliche Unterhaltungen mit seinem französischen Botschaftskollegen, Herrn Jules Cambon, von dem er schreibt: „Herr Cambon steht mit mir in einem unter Botschaftern fast einzigartigen Vertrauensverhältnis." Und welche Eindrücke hat Benckendorff auf Grund dieses einzigartigen Vertrauensverhältnisses erhalten? Hören wir, was der Verbündete Frankreichs schreibt:

> Wenn ich seine (Cambons) Unterredungen mit mir, die gewechselten Worte kurz wiederhole und die Haltung Poincarés hinzufüge, kommt mir der Gedanke, der einer Ueberzeugung gleichkommt, daß von allen Mächten Frankreich die einzige ist, welche, um nicht zu sagen, daß sie den Krieg wünscht, ihn doch ohne großes Bedauern sehen würde.

Und an anderer Stelle des gleichen Berichts schreibt Benckendorff:

Die Lage, sowie ich sie beobachten konnte, scheint mir so zu liegen, daß alle Mächte (darunter war vorher auch Deutschland erwähnt. Red. d. „V.") aufrichtig daran arbeiten, den Frieden zu erhalten. Aber von allen ist es Frankreich, daß den Krieg mit der verhältnismäßig größten Ruhe aufnehmen würde. Frankreich hat sich, um einen bekannten Ausspruch zu gebrauchen, „wieder aufgerichtet". Es hat, sei es mit Recht oder Unrecht, vollständiges Vertrauen zu seinem Heere; der alte gärende Groll ist wieder aufgetaucht und Frankreich könnte sehr wohl annehmen, daß die Umstände heute günstiger sind, als sie es später jemals sein würden.

So wurde Frankreich siebzehn Monate vor Ausbruch des Weltkrieges von einem ihm wohlgesinnten Bundesgenossen, dem Intimus Cambons, beurteilt! Und berührt die Haltung Cambons nicht noch eigenartiger, wenn man erfährt, daß Cambon schon im September 1911 den Weltkrieg für 1914 oder 1915 mit Sicherheit vorausgesagt hat, wobei er allerdings die Schuld auf Deutschland zu schieben sucht. Der serbische Geschäftsträger in London, Dr. Gruitsch, berichtet am 8. September 1911 an den Ministerpräsidenten Dr. Milanowitsch in Belgrad über ein Gespräch, daß Cambon mit einer Londoner Persönlichkeit über die Marokko-Krise gehabt hat. Dr. Gruitsch schreibt:

Herr Cambon meint, daß die jetzigen Verhandlungen zum Abschluß gelangen werden, und daß irgendeine Verständigung mit Deutschland erzielt werden wird. Aber durch diese Verständigung werden nicht und können nicht für längere Zeit die Gefahren beseitigt werden, welche von der draufgängerischen Politik Deutschlands drohen. Das Resultat dieser Verständigung wird nur ein Aufschub des Krieges um drei bis vier Jahre sein . . . Frankreich ist sich bewußt, daß ihm in jedem Falle der Krieg aufgezwungen werden wird. Aber Frankreich sowohl als auch seine Verbündeten sind der Ansicht, daß selbst um den Preis größerer Opfer der Krieg auf einen entfernteren Zeitraum verschoben werden müsse. d. h. auf 1914 bis 1915.

Frankreich und seine Verbündeten „verschieben" den Krieg auf 1914! Cambon sagt, auch dann werde Frankreich angegriffen sein. Zugegeben, aber hätte man nicht am Ende i. J. 1914 ebenso wie 1911 „verschieben" können? Ist der Verdacht ganz ungerechtfertigt, daß man 1911 „verschieben" konnte, weil man wollte, 1914 aber nicht, weil dies der selbstgewählte Termin des Losschlagens war?!

Chambon war um diese Zeit übrigens nicht der einzige Ententediplomat, der mit absoluter, mathematischer Sicherheit den Weltkrieg in ein paar Jahren kommen sah. Am 13. November 1912 berichtet der serbische Gesandte Ristitsch aus Bukarest an seine Regierung:

Die Gesandten Rußlands und Frankreichs raten als Freunde Serbiens, man solle es in der Frage des Ausgangs zur Adria nicht zum äußersten treiben . . . Es sei besser, sagten sie mir, abzuwarten, daß Serbien, welches mindestens zweimal so groß würde, als es bisher war, sich kräftige und sammle, um möglichst vorbereitet die gewichtigen Ereignisse zu erwarten, die unter den Großmächten eintreten müssen.

Hierauf kommen wir schon auf das Gebiet der fortgesetzten Aufstachelung Serbiens durch Rußland, an der, wie wir oben sehen, Frankreich nicht unbeteiligt ist. Das ist ein Kapitel für sich, wofür das Deutsche Weißbuch auch zahlreiches Material liefert, das wir hier nur streifen können. So berichtet der serbische Gesandte in Petersburg, Popowitsch, am 14. Dezember 1912, daß ihm der russische Minister des Aeußeren sein Vertrauen ausgesprochen hat, daß Serbiens militärische Kraft Oesterreich-Ungarn erschüttern werde. Und im April 1913 sagt Sasonow zu Popowitsch, daß Serbien für die künftige Zeit arbeiten müsse, in der es viel Land von Oesterreich-Ungarn bekommen werde. Darauf erwidert Popowitsch, daß Serbien Bitolia den Bulgaren schenken werde, wenn es Bosnien und andere Länder bekomme.

Gewiß läßt sich aus diesen Dokumenten der Jahre 1911 bis 1913 kein mathematischer Schuldbeweis für 1914 konstruieren, aber sie bedeuten schwer belastende Indizien für die leitenden Staatsmänner der Entente, und nicht zuletzt Frankreichs. Wir führen sie nicht auf, um unsere ehemaligen eigenen Machthaber reinzuwaschen, sondern um zu zeigen, wie deplaziert es ist, ihre Schuld zum Beweise der Unschuld der Gegenseite zu nehmen.

Deutschland kompromisselt nicht in der Kolonialfrage.

Berlin, 11. Juni. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Ausländische Blätter beschäftigen sich neuerdings wieder lebhaft mit der von der Entente geplanten Regelung der Kolonialfrage. U. a. wird behauptet, die Entente beabsichtige zwar, Deutschland den gesamten Kolonialbesitz zu nehmen, seinen Wert aber bei der Festsetzung der Entschädigungssumme irgendwie zu berücksichtigen. Demgegenüber kann nur immer wieder der feste Entschluß der deutschen Regierung betont werden, auf den bereits des öfteren dargelegten Standpunkt, der dem Punkt 5 der Wilsonschen Januarkundgebung entspricht, zu beharren. Danach kann Deutschland auf seine Kolonien weder verzichten, noch sie verschachern. In bezug auf die Kolonien verlangt es nichts weiter als sein gutes Recht. Kolonien sind für das deutsche Volk eine Existenzbedingung, da es ohne Kolonien nicht möglich ist, dem überschüssigen Bevölkerungsteil Arbeits- und Ansiedelungsgelegenheit zu bieten und andererseits die Kräfte dieses Bevölkerungsüberschusses der deutschen Wirtschaft nutzbar zu machen. Die Regierung kann auch dem deutschen Volke nicht zumuten, einen Friedensvertrag anzuerkennen, der es nicht würdig und nicht fähig behandelt, weiterhin an der Kulturarbeit der weißen Rasse in Afrika und der Südsee teilzunehmen.

Der Völkerbund der Entente eine Heuchelei.

Rätselspiel um die Galgenfrist für Deutschland.

Versailles, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die „Humanité" schreibt, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund keineswegs genügen würde, um den Charakter des Gewaltfriedens zu ändern. Denn ein derartiger Völkerbund müßte als Grundlage einen Friedensvertrag haben, der den Geist der Gerechtigkeit einigermaßen entspräche. In Anbetracht eines solchen Friedens der Bourgeoisie und des Kapitalismus, welcher als wesentliche Bedingungen die Zermalmung der Arbeiterrevolution habe, wäre ein Völkerbund, mit welchem Statut es auch sei, nur eine Heuchelei.

Seit zwei Tagen äußert sich die französische Regierungspresse außerordentlich beunruhigend über die Meldung der Dinge in der Slowakei. Die tschechisch-slowakische Republik sei infolge der Offensive der ungarischen Roten Armee in großer Gefahr. Der „Temps" erblickt natürlich die Hand Deutschlands in diesem ungarischen Spiel.

Die Pariser Ausgabe des amerikanischen Blattes „Chicago Tribune", welche gestern behauptete, Deutschland würde eine mehr als achttägige Frist erhalten, um die Antwort der Alliierten, welche am Freitag überreicht werden solle, anzunehmen oder abzulehnen, behauptet heute, daß diese Frist nur 48 Stunden betragen wird.

Haag, 11. Juni. (H. N.) „Daily Telegraph" meldet aus Paris, daß die Kommission des Völkerbundes unter Vorsitz des Präsidenten Wilson vier wichtige Beschlüsse gefaßt hat. Der erste Beschluß behandelt die baldige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, die erfolgen soll, wenn sich in Deutschland eine stabile Regierung findet, die für die Durchführung des Friedensvertrages sorgt. Der zweite Beschluß geht dahin, daß die Beschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit Deutschlands aufhört und durch ein System von Gegenseitigkeit ersetzt wird, sobald Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist. Der dritte Beschluß besagt, daß die militärischen Bedingungen, welche Deutschland im Friedensvertrag auferlegt werden, keine Ausnahme-Maßnahmen sein sollen, die nur für eine bestimmte Zeit gelten, sondern daß sie eine besondere Anpassung an deutsche Verhältnisse sind, der sich auch die anderen Mächte unterwerfen werden und die nur durch Bedingungen für die eigene innere Sicherheit begrenzt werden. Die Dienstpflicht wird abgeschafft und es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß bereits vor der ersten Zusammenkunft des Völkerbundes im Oktober in Washington die erste Maßnahme für die Abschaffung der Dienstpflicht getroffen sein werde. Weiter wurde der Beschluß gefaßt, dem Völkerbund den Schutz der deutschen Minoritäten anzuvertrauen. Der Völkerbund wird die Pflicht haben, sich dafür zu verbürgen, daß die Rechte dieser Minoritäten besonders bezüglich des Unterrichts und der Religion gewahrt bleiben.

Die Note Renners.

Einmütige Zustimmung der österreichischen Presse.

Wien, 11. Juni. (Korrbüro.) Die Blätter stimmen rückhaltlos der Note des Staatskanzlers Renner zu, die in klarster, eindringlichster und würdigster Form die Sache Deutschösterreichs vertritt, und drücken die Ueberzeugung aus, daß der Viererrat schon auf die erste Note Renners hören müsse, wenn er wirklich den Frieden der Welt schaffen will.

Die „Neue Freie Presse" sagt: Der Inhalt ist die kräftigste Zusammenfassung der Beweise, daß der deutschösterreichische Staat diesen Friedensvertrag nicht überleben könnte. Der Entschluß Deutschlands und Deutschösterreichs, den Friedensvertrag von Versailles beziehungsweise von St. Germain, nicht unterzeichnen zu können, kommt aus freiem Antrieb. Der Viererrat kann nicht wollen, daß ihm zwei Friedensverträge unterschriftslos zurückgestellt werden. Das „Neue Wiener Tagblatt" betont, daß Dr. Renner in ebenso einfach klaren wie drastischen Ausführungen darstellte, daß Deutschösterreich nicht einmal die Möglichkeit des Lebens überhaupt geboten ist. Die „Arbeiterzeitung" führt aus: In zurückhaltenden aber um so eindringlicheren Worten hat Renner gestern die absolute Unmöglichkeit und Unerträglichkeit des Friedens, den die Entente Deutschösterreich ansinnt, dargelegt.

Keine Einigung in der Entschädigungsfrage.

Amsterdam, 11. Juni. (H. N.) Der „Telegraaf" erfährt aus Paris: Wahrscheinlich wird demnächst Uebereinstimmung über den Betrag der Kriegsentschädigung erzielt werden. Die französischen Sachverständigen Klotz und Loucheur werden recht behalten: Es wird kein fester Betrag festgestellt werden können. Demgegenüber wünschen die Amerikaner noch immer die Festsetzung auf einen Betrag von 100 Milliarden Mark in Gold, so wie es die Deutschen selbst in ihren Gegenvorschlägen gewünscht haben. Es steht nunmehr fest, daß die Antwort der Alliierten den Deutschen am Freitag überreicht werden wird, und daß Wilson am Sonnabend nach Belgien abreist.

Die erste polnische Waffen- und Munitionsfabrik. Nach einer Warschauer Meldung ist in Warschau kürzlich unter Teilnahme französischer, englischer und amerikanischer Kapitalisten die erste polnische Waffen- und Munitionsfabrik mit einem Grundkapital von 50 Millionen Gulden gegründet worden. Die Frage drängt sich auf, gegen wen die Waffen gebraucht werden sollen, da doch der famose Völkerbund den Schutz der künftigen Polen garantieren wird. Da das arme Polen die Zinsen für das von den feindlichen Gönnern zur Verfügung gestellte Kapital allein wohl nicht wird aufbringen können, dürften die Herren Kapitalisten aus den Ententeländern schon auf den Beitrag der eigens zu diesem Zweck an Polen verschacherten deutschen Ostmark spekulieren.

Auflösung und Neuwahlen der Provinziallandtage. Wie die P. P. N. hören, ist im Ministerium des Innern ein Gesetzentwurf fertiggestellt, der die Auflösung der Provinzial- und Kommunallandtage und ihre Neuwahlen auf demokratischer Grundlage bis 1. August 1919 vorsieht. Für die Provinzen Westpreußen und Posen, Schlesien, Hessen-Nassau, Rheinprovinz und die kommunalen Landtage des Bezirksverbandes Wiesbaden hat das Gesetz aus außenpolitischen Gründen einstweilen keine Geltung. Das Staatsministerium erhält die Ermächtigung, es auch in diese Provinzen einzuführen.

Kamerad!

Du bist Sozialist. Ich bin Sozialist. Du bist Pariser. Ich bin aus Berlin. Düster standen wir vier Jahre in den Gräben. Das gleiche hämmerten sie uns in den Kopf, dir und mir: Mein Höchstes sei, dein Höchstes sei, das kalte Dreikant unserer Bajonette einander in den rauchenden Gedärmen umzukehren. Wie Berserker hetzten sie uns aufeinander los. Des Tags. Nächtens aber schüttelten wir uns zwischen den Gräben heimlich die Hände: „Kamerad, einst wird kommen der Tag . . ."

Jetzt ist er da, der Tag. Jetzt gilt es, Kamerad.

Die Waffen ruhen. Ich bin besiegt. Gesenkten Blickes steh ich da in Ketten. Aber ich bin fröhlicher. Ich harre deiner Stimme. Du hast es mir versprochen damals, nächtens, zwischen unseren Gräben. Deiner Stimme harr ich: „Der da ist mein Bruder . . ." Warum kommt die Stimme nicht?

Du kennst den Galiläer: „Wer mich bekennet vor den Menschen, den will ich auch bekennen vor meinem himmlischen Vater." Ich bin nicht aus Galiläa. Berlin hat mich geboren. Dich Paris. Aber unser ist der eine Vater. Er sieht herab. Er harret deiner Stimme. . . Warum kommt die Stimme nicht?

Ha, da ist sie! Nein, deiner Herrscher Stimme ist es. Schaum steht ihnen vor dem Munde: „Her mit dem halben Kali! ein Drittel eures Eisens seid ihr schuldig! ein Viertel eurer Kohle habt ihr selbst für uns zu schaufeln!"

Hörst du deines Tigers Stimme, Kamerad? Jetzt sprich du. Ich harre deiner Stimme. . . Warum kommt die Stimme nicht?

Ha, jetzt endlich! Nein, Paragraphen werden in Versailles verlesen: „Man reiße ihm das linke Bein aus, so überm Rhein steht. Rechts am Körper sind ihm Arm und Fuß zu trennen. Man bis ihm auf dem Rumpf. Hundert Milliarden sind ihm auszuwerfen. Um seine Stirn das Eisenband der Hörigkeit. Kuschen lehrt ihn. Wie, er kann nicht? Matt schlage nur sein Herz? — gebt ihm Aspirin. Am Verhungern sei er? — schmeißt ihm Kartoffeln in den Rachen, einen Büschel Sauerkraut stopft nach — sterben darf er nicht, die Stümpfe müssen weiter für uns schwitzen. ."

Wen kann der Unmensch damit meinen? Heiß ihn schweigen. Ist die schlecht geworden, Kamerad? Ich harre deiner Stimme . . . Warum kommt die Stimme nicht?

Jetzt spricht er wieder. Er sagt, er fordere nichts für sich. Er sei ein alter Mann, der morgen sterben müsse. Er fordere es für dich. Dir wolle er das Leben schöner machen, sagt er. Wie kennt er dich so schlecht, mein Bruder. Zu glauben, daß du einen anderen verstümmeln ließest, um behaglicher zu leben. Welchen anderen er nur meint, mein Bruder? So sprich doch, endlich, Kamerad. Ich harre deiner Stimme . . . Warum kommt die Stimme nicht?

Jetzt redet er von Freiheit, Sühne, Menschheitsidealen, Sternen, die am Himmel hängen. Kamerad, so sag ihm doch, kein Reden nütze mehr. Sag ihm, du und ich, wir seien mittels Reden entgegengezogen worden, ehe es Krieg ward. Sag ihm, mittels Reden habe man uns durchgepeitscht durch einen Strom von Blut und Tränen, so sich Krieg heißt. Sag ihm, mittels Reden suche man das Bruderschaftserlebnis zwischen unseren Gräben jetzt noch wegzudisputieren. Sag, wir seien müde. Müde aller großen Worte von umschärpten Bühnen. Sag ihm, Kummer, Schuld und Fieber hätten mich aufs Bett geworfen. Sag ihm, daß ich wieder etwas schnaufen könne. Sag ihm, daß es morgen Montag wäre. Sag ihm, daß wir an die Arbeit gehen wollten, morgen, du und ich, mein Bruder. Kamerad, ich harre deiner Stimme . . . Warum kommt die Stimme nicht?

Kamerad, ich habe diese Arbeitswoche angefangen ohne dich. Es war keine Wahl. Nicht mehr länger hab ich warten können, wollte den Magen einmal wieder satt, Weib und Kinder einmal wieder froh bekommen. Heut ist Samstag, Bruder, heut wird ausbezahlt. Heute endlich weiß ich, wirst du zu mir sprechen. Deiner Stimme harr ich, Kamerad . . . Warum kommt die Stimme nicht?

Ha, hab ich's nicht gewußt — über die Vogesen kommt es. Eine Hand langt über die Vogesen. Bruder, ist es deine Hand? Nein, deine Hand ist schwielig, deine Hand ist gütig. Aber die da übern Rhein greift, hat ja Krallen. Was macht sie nur mit unseren Löhnungslisten? Sie rechnet Tag um Tag nach. Sie addiert vom Montag, Dienstag, Mittwoch meinen Taglohn. Sie umkrallt ihn. Sie verschwindet wieder hinter den Vogesen. Ferncher eine Stimme höhnt: Brav so, Sklave, künftig darfst du dich für uns die erste Wochenhälfte weiterrackern —"

„Und mein Stübchen," schrei ich, „soll es niemals wieder warm, soll mein Magen niemals wieder satt, sollen Weib und Kinder niemals wieder froh —"

„Niemals, Hund von einem Boche!"

„Gräßlicher! — aber hüte dich: einen Kameraden hab ich bei dir drüben, der mich rächen wird — seiner Stimme bist du untertan — seiner Stimme harr ich — Schon glaube ich sie zu vernehmen."

Fritz Müller.

Zu den Tuberkulosetagungen in Berlin.

In dieser Woche finden in Berlin eine Reihe von Tagungen statt, die als gemeinsame Aufgabe eine Besprechung der Fragen haben, wie sie sich aus der Zunahme der Tuberkulose als Kriegsfolge ergeben. Universitätslehrer und praktische Aerzte, Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, Leiter der Landesversicherungsanstalten und der Krankenkassen müssen an den Verhandlungen lebhaften Anteil nehmen.

Mehr denn je wird das Wort Geltung haben müssen, daß die Tuberkulose eine sozial bedingte und in ihrem Wesen als Volkskrankheit nur durch soziale Maßnahmen im großen zu bekämpfende Schädigung der Volksgesundheit darstellt. Diese Erkenntnis der Dinge ist ja heute allgemein verbreitet; frei von irgendwelchen Rücksichten spricht man es heute offen aus, daß die ungeheure Zunahme der Tuberkulose eine Folge der Verelendung unseres Volkes durch den langen und unglücklichen Krieg darstellt.

Nicht immer war es so, daß man die Dinge mit dem richtigen Namen nennen konnte. Es war vielfach Sitte, um das Wesen der Sache herumzureden; statt auszusprechen, daß man eine erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose nur durch eine Besserung der sozialen Verhältnisse erzielen könne, sah man das Heil oft nur im Ausbau des Heilstättenwesens für Tuberkulöse. Und als der Verfasser dieser Zeilen vor 11 Jahren sich dahin aussprach, daß die Tuberkulose eine Magen- und eine Wohnungsfrage sei und daß alle Maßnahmen, die geeignet seien, eine Verbilligung der Nahrungsmittel und eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse herbeizuführen, auch bei uns in größerem Umfange angestrebt werden müßten — da erfuhr er von damals autoritativer Seite Widerspruch und Ablehnung. —

Wahrlich, in schwerster Zeit tagen die Tuberkuloseärzte. Noch wissen wir nicht, wie des deutschen Volkes Zukunft sich gestaltet, ob die Not nicht noch immer größer werden wird, noch wissen wir nicht, wie bedeutend überhaupt die Mittel sein können, die zur direkten und indirekten Bekämpfung und Vorbeugung der Tuberkulose zur Verfügung stehen. Nur eins können wir schon heute sagen: wir sind ein armes Volk geworden und wer sein Volk liebt, mit dem er groß geworden und dessen Aufschwung er gesehen, muß zagend eingestehen, wie unendlich schwer es sein wird, weiteren Verfall und weiteren Niedergang zu verhindern. —

Wir wollen nicht, daß den an schwerer Tuberkulose Erkrankten das was ihnen zukommt, entzogen wird. Aber der Schwerpunkt in der Tuberkulosebekämpfung und der Tuberkuloseverhütung des Einzelnen fällt dem Kindesalter zu, nächstdem den Frauen, den Trägerinnen der Zukunft unserer Volksgesundheit. In der Trägerinnen der Zukunft unserer Volksgesundheit. In der Begründung von Erholungsstätten für Kinder liegt ein gutes Teil der Vorbeugung der Tuberkulose.

Mit Freuden kann es begrüßt werden, daß die Gemeinde Berlin daran geht, ein groß angelegtes Genesungsheim für Kinder und Frauen zu schaffen und den Gefährdeten das zu gewähren, was ihnen in den Mauern der Großstadt abgeht: Luft und Licht und gute Ernährungsverhältnisse!

Prof. Dr. M. Mosse.

Notizen.

— **Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten.** Von diesem Erinnerungswerk unseres alten Genossen Wilhelm Blos ist jetzt bei Birk in München der zweite Band erschienen, der eine Wanderung durch die kampfschweren Jahre des Sozialistengesetzes darstellt. Das tatsachenreiche Buch wird neben Auers dokumentarischen „Nach zehn Jahren" seinen festen Platz finden als Kulturbild der Epoche der achtziger Jahre, in der das Bismarckische Regiment schmachvoll abwirtschaftete.

— **Gottfried-Keller-Büchlein.** Das Komitee für das Gottfried-Keller-Haus in Zürich läßt zum hundertsten Geburtstage Kellers eine feingedruckte wohlfeile Ausgabe von dreißig Stücken der Lyrik des Dichters erscheinen.

— **Bücherausstellung.** Die Buchhandlung Speyer u. Peters, Unter den Linden 29 (Ecke Charlottenstraße), veranstaltet eine Ausstellung interessanter alter Bücher aus dem Zeitraum des 15. und 19. Jahrhunderts. Darunter eine wertvolle Goethesammlung.

Gärung in Italien.

Ministerkrise? — Ausstände und Straßenkampf.

Bern, 11. Juni. Nach dem Giornale d'Italia hat sich die politische Lage derart zugespitzt, daß eine Ministerkrise nicht ausgeschlossen erscheint. Orlando will seine Rückkehr nach Rom beschleunigen und wird Sonntag in der Hauptstadt zurückerwartet. Im Secolo kommt starke Beunruhigung über die Zustände in Italien zum Ausdruck. Es wird darin über die Ausdehnung der Streikbewegung, über die Erbitterung der Massen, über die Lebensmittelteuerung gesprochen. Der Verband der italienischen Industriellen richtete mit Rücksicht auf die Lebensmittelnot das dringende Ersuchen an die Regierung, alle bei der Militärverwaltung befindlichen Lebensmittelvorräte zu requirieren und sofort ohne Rücksicht auf die Kosten zu billigen Preisen auf den Markt zu bringen. Trotz aller Zugeständnisse der Regierung hat der allgemeine Lehrerstreik heute eingesetzt und sich besonders über Mailand, Bologna und Genua ausgedehnt. In Savona und Lucca streiken die Telephonangestellten. Der Bewegung haben sich teilweise auch die höheren Beamten angeschlossen. Weiter droht ein Streik des Personals der Postagenturen. Aus dem ganzen Lande wird eine Verschärfung der Lage gemeldet. Nach dem „Avanti" ist man vom Generalstreik nicht mehr weit entfernt.

Besonders schwer scheinen die Zustände in Verona zu sein, da die Zensur alle Berichte aus der Stadt unterdrückt. In Varese kam es zum Straßenkampf, in Mailand streiken sämtliche Metallarbeiter; die Arbeiter der großen Räderwerke, die 7000 Leute beschäftigen, sind bereits in den Ausstand getreten.

Meuterei auf einem britischen Kriegsschiff.

Amsterdam, 11. Juni. „Daily News" vom 9. Juni bringt eine Reutermeldung, wonach auf dem britischen Kreuzer „Australia" vor seiner Abreise aus Freemantle ernste Unruhen unter der Schiffsbesatzung stattgefunden haben. Die Mannschaft verlangte, daß die Reise des Kreuzers verschoben werde. Da der Kapitän dieser Forderung nicht stattgab, weigerten sich die Matrosen, Dampf aufzumachen, so daß diese Arbeit von den Unteroffizieren ausgeführt werden mußte. Als das Schiff nach einigen Stunden die hohe See erreicht hatte, las der Kapitän der Mannschaft die Kriegsartikel über Meuterei und Ungehorsam vor. Erst dann fuhren die Matrosen auf ihre Posten zurück. Etwa 50 Mannschaften wurden verhaftet. Sechs Matrosen erhielten strengen Arrest und werden wahrscheinlich in Sidney vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Die französische Russenpolitik vor der Kammer.

Versailles, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In der Kammer begann gestern die Besprechung der Interpellation betreffend die Politik der Regierung in Rußland, den Rückzug der französischen Truppen aus Odessa und die Meuterei der Schwarzmeer-Flotte. In ihr kam nur der radikal-sozialistische Abgeordnete Violette zum Wort, der in einer sehr eindrucksvollen und sachlichen Rede die Politik des Ministers Pichon brandmarkte, welcher trotz feierlicher Zusage an die Kammer, Truppenverstärkungen weiter nach Rußland geschickt hatte, obgleich es bereits klar war, daß die Lage in Odessa unhaltbar sei und daß die Räumung sowieso durch Transportschwierigkeiten sehr erschwert war. In der heutigen Sitzung wird die Debatte fortgesetzt werden über die Interpellation der Sozialisten über die Meuterei der Schwarzmeerflotte. Es ist natürlich nicht daran zu zweifeln, daß die Regierung bei dieser Gelegenheit wiederum eine beträchtliche Mehrheit hinter sich haben wird, weil man unmöglich die Regierung wenige Tage vor dem Friedensabschluß stürzen wolle.

Die Graudenzer Arbeiter und der Grenzschutz

Der sozialdemokratische Verein Graudenz unterbreitet der deutschen Reichsregierung einen Beschluß, in welchem er erklärt, daß die Graudenzer Arbeiterschaft eine chauvinistische Politik unter keinen Umständen mitmacht. Sie fordert deshalb von der deutschen Reichsregierung, daß dem militärischen Oberbefehlshaber eine sozialistische Kontroll-Instanz beigegeben wird, falls es zu neuen Verwicklungen im Osten des Reichs kommen sollte. Nur dadurch wird es möglich sein, den Machtgelüsten einiger Offiziere, die schon wieder von Sieg, Ruhm und Monarchie träumen, entgegenzutreten. Letzten Endes bedeutete eine chauvinistische Politik nur, daß Kämpfe den Bestand unserer deutschen Republik aufs schwerste gefährden. Des Weiteren wird die Abschaffung der veralteten Kriegsgesetze und Einsetzung von Gerichten mit sozialistischen Beisitzern gefordert. Eigenartig berührt die ebenfalls in der Entschließung enthaltene Forderung, wonach Grenzschutztruppen das Recht zugestanden werden soll, von ihrem Vertrage zurückzutreten, wenn neue Kämpfe entbrennen sollten. Angriffsabsichten bestehen bekanntlich nicht — und für Sicherungsoperationen ist ja der Grenzschutz aufgestellt worden.

Postbeamten und Proteststreik.

Aus Postbeamtenkreisen erhalten wir eine längere Zuschrift, der wir das Folgende entnehmen:

In verschiedenen Tageszeitungen ist im Bericht über den Generalstreik betont worden, daß auch die unteren Postbeamten am Streik teilgenommen hätten und somit ein großer Teil der ankommenden und abgehenden Postsendungen liegen geblieben sei. Das ist unzutreffend. Anläßlich des Generalstreiks und der Unruhen im März hat das Fahrpersonal nur unter Lebensgefahr seinen Dienst verrichten können. Ein Auto wurde von den Streikenden fortgenommen und sechs Pferde wurden erschossen. Um diesen Unzuträglichkeiten vorzubeugen, hat das Fahrpersonal unter Anführung der damaligen Verhältnisse darum gebeten, den Fahr- und Bestelldienst während der 24 Stunden einzustellen. Die Oberpostdirektion hat sich diesen Tatsachen gegenüber nicht verschließen können und die Zustimmung erteilt. Hierdurch ist naturgemäß eine erhebliche Störung des Postbetriebes eingetreten, für die aber unter keinen Umständen das Personal verantwortlich gemacht werden kann.

Die Gewerkschaften der Postbeamten lehnen es ab, auf das Geheiß des Groß-Berliner Arbeiterrats in den Streik zu treten und sich als Vorspann der Kommunisten und Unabhängigen gebrauchen zu lassen. Wenn auch der übergroße Teil besonders der unteren Postbeamten der Sozialdemokratie angehört und als deren Mitglieder die Todesstrafe besonders für politische Vergehen durchaus verurteilen, so sehen sie doch keinen Grund, den Münchener Fall zum Anlaß eines Generalstreiks zu machen. Mit derselben Berechtigung hätten wir gegen die bestialische Ermordung des Genossen Neuring in Dresden, sowie gegen die unschuldig hingemordeten Münchener Geiseln protestieren müssen. Wir glauben uns indessen nicht bei jeder Gelegenheit den Luxus erlauben zu können, den ruhigen wirtschaftlichen Wiederaufbau durch Generalstreiks zu stören und die Arbeiterschaft, zu der auch wir uns ohne Frage rechnen, immer tiefer ins Elend zu treiben. Die Erklärung des Streiks ist ganz allein Sache der Gewerkschaften und diese lehnen es entschieden ab, daß sich der Arbeiterrat Befugnisse anmaßt, für die er nicht zuständig ist.

Wilhelms Freunde.

Aus den Akten des Bundes deutscher Männer und Frauen zum Schutz der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II.

Der bekannte günstige Wind weht uns eine Anzahl von Schriftstücken auf den Schreibtisch, die ein interessantes Licht auf den Bund zum Schutze Wilhelms II., auf seine Tendenzen und seine Geschäftspraxis werfen. Gerichtet sind die Briefe zum größten Teil an den Oberstleutnant Freiherr von Loen, Leiter der Frankfurter Ortsgruppe des Bundes. Der Absender der Briefe ist in den meisten Fällen der Schriftführer des Bundes, ein Hauptmann z. D. namens Hering. In einem Schreiben aus Görlitz vom 18. April 1919 des Herrn Hering heißt es:

Hochgeverehrender Herr Oberstleutnant!

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich, auf das Schreiben vom 15. April zu erwidern, daß wir unsere Aufgabe leider durch Ententebeschlüsse bezügl. S. Majestät stark durchkreuzt sehen. Die Auslieferung soll in der Tat beschlossene Sache geworden sein! Deshalb müssen wir von frischem mit aller Macht die Propaganda aufnehmen. Ich habe einem Divisionspfarrer, der bei Essen wohnt und vorzügliche Verbindungen in Holland hat, vorgestern durch Eilbrief 20 Mille zur Verfügung gestellt, um von neuem die holländische Presse zu bearbeiten. Da die Mark = 18 ist, sind 20 Tausend Mark verhältnismäßig wenig, ich glaube wir müssen noch recht oft und tiefer in den Säckel greifen!

Aus diesem Grunde ist Hering denn auch dagegen, daß das bleibende Geld zugunsten der Blinden verwendet werde. Allein für Drucksachen seien 150000 M. zu bezahlen. — Man sieht, der Verein geht heran. Besondere Sorgen machen Herrn Hering die hohen Kosten der Inserate in Zeitungen. So schreibt er in demselben Brief:

Das „Berliner Tageblatt" verlangt z. B. für diesen Aufruf 1450 Mk., was mir allerdings zu teuer gewesen ist, obgleich ich im Zweifel bin, ob diese Ausgabe sich nicht doch rentieren würde, schon deswegen, weil das Ausland dieses Schweineblatt sicher zu Gesicht bekommt!

Typisch für die Agitationsmethoden des Bundes ist auch folgendes Schreiben:

Görlitz, den 1. Mai 1919.

Nach Bekanntwerden der offiziellen Note (Auslieferung) auch durch zahlreiche andere Personen (auf Kosten des Bundes) energische Protesttelegramme an den Reichspräsidenten Ebert, ferner an die Abg. Stresemann und Traub, Weimar, gelangen lassen. gez. Hering.

Als monarchische Stilübung darf wohl auch der Anfang eines Schreibens des Herrn von Brandenstein Erwähnung finden, das mit folgenden Worten beginnt:

Schloß Friedrichshof, den 7. Mai 1919.

Adresse: Frankfurt a. M., Untermainkai 8.

Sehr geehrter Herr von Loen!

Im Auftrage Seiner Hoheit des Prinzen Friedrich Karl von Hessen, erlaube ich mir mit nachfolgender Bitte an Sie heranzutreten. Seine Hoheit und Ihre Königliche Hoheit sowie die Prinzen Söhne haben in den letzten Tagen ihre Unterschrift gegeben unter einen Aufruf, der sich mit der Unantastbarkeit Seiner Majestät unseres allergnädigsten Kaisers befaßte. Da die Hohen Herrschaften jetzt seit Monaten unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen, durch die französische Besatzung hervorgerufen, leben, so ist in gewisser Beziehung größte Vorsicht am Platze, um nicht das Mißtrauen unserer Erbfeinde von neuem wieder wachzurufen. Die Bitte geht nun dahin, die Namen der Hohen Herrschaften solange in der Zeitung nicht zu veröffentlichen, wie die feindliche Besetzung noch hier ist.

Dem Bekennermut des edlen Prinzen von Hessen macht dies Schreiben alle Ehre. —

Köstlich lesen sich auch die Zustimmungserklärungen, die Herrn von Loen auf seine inserierten Aufrufe hin zugingen. Einer der neugewonnenen Wilhelmsretter, ein gewisser Paul Bick aus Frankfurt charakterisiert sich selbst mit folgenden Worten:

Da ich Inhaber eines kaiserlichen und königl. Dankschreibens nebst Auszeichnung bin, wende ich mich ganz gehorsamst an Seine Hochwohlgeborenen Herrn Oberstleutnant Freiherr von Loen, mit der höflichsten Bitte, an dem Bund, für die persönliche Freiheit und für das geiselnde Leben unseres einst so väterlich regierenden Fürsten mit beizutreten. Da ich ein strebender, ringender Schriftsteller bin, werde ich bemüht sein, mit meinen Dichtungen Mitglieder, selbst das Volk aufzuheitern und ein verlangendes Gefühl in ihnen wecken. Ja, wer ihn geliebt, wer die Welt damals sah und sieht sie heute mit klarsehenden Augen an, der muß weinen, Tränen vergießen. Der sucht seinen alten trauernden Fürsten auf und reuend (!) wird er bekennen — Wie schön war es als du die Krone trugst, auch — diese Zeit war köstlich.

Herrn Bick wird es sicher besser gelingen, das Volk aufzuheitern, als das „verlangende Gefühl" in ihm zu wecken. Immerhin nehmen sich seine Stilübungen harmlos aus neben der „Bearbeitung der holländischen Presse" durch Herrn Hering.

Proteststreik in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 11. Juni. Auf Beschluß des Arbeiterrats wird [illegible] der Beisetzung Rosa Luxemburgs und der [illegible]ng Levinés mit Ausnahme der Gas-, Wasser- und [illegible]werke sowie der Lebensmittelversorgungsbetriebe und [illegible] von Donnerstag abend 6 Uhr bis Freitag abend 6 Uhr jegliche Arbeit eingestellt.

Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte.

Bei der im Arbeitsministerium eingesetzten Kommission zur Beratung des Vorentwurfs über ein Betriebsrätegesetz beschränkten sich die Beratungen auf Entgegennahme von Anregungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern seitens des Regierungsvertreters. In der Wahlrechtsvorlage verlangten die Arbeitnehmer eine wesentliche Herabsetzung der Altersgrenze, während die Unternehmer eine Heraufsetzung verlangten. Es gelang bisher nicht, eine Klärung über die Befugnisse der Betriebsräte herbeizuführen; besonders tief zeigte sich die Kluft bei der Beratung über den wirtschaftlichen Aufgabenkreis. Die zweite Lesung dürfte in 14 Tagen stattfinden.

Lohnbewegung der Lithographen und Steindrucker.

Eine im „Berl. Clubhaus" tagende Mitgliederversammlung der Lithographen und Steindrucker beschäftigte sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen zum Abschluß eines einjährigen Tarifes für Deutschland. Koll. Haß gab einen Ueberblick über die jetzige Lage des Berufes, der durch die Absperrung vom Weltmarkt gänzlich an den Rand des Abgrundes gebracht worden ist. Daraus erklären sich auch die geringen Ergebnisse der Verhandlungen. Die Erhebungen des Verbandes über die wirtschaftliche Lage der Lithographen und Steindrucker haben einen Durchschnittslohn für Städte bis 50 000 Einwohner 57,77 M., 50 000—100 000 61,37 M., 100—200 000 70,77 M., 200—300 000 77,36 M., über 300 000 78,67 M. ergeben. Der Tarifvertrag sieht folgende Löhne vor: für Gehilfen im 1. Jahr 60 M., im 2. Jahre 67,50 M., bis zum Alter von 21 Jahren 75 M., von 21—24 Jahren 82,50 M., über 24 Jahre 90 M. Ferner für Berlin eine allgemeine Zulage von 10 M., die aber für Zulagen, die vor dem 15. 4. gegeben wurden, bis zu 5 M. aufgerechnet werden. Für Deutschland bedeutet die tarifmäßige Regelung des Lohnes eine Erhöhung von 20 bis 30 M. Prämien- und Akkordarbeit darf nur bei paritätischer Vereinbarung geleistet werden. Die Arbeitswoche beträgt 47 Stunden, an den Sonnabenden vor den Feiertagen vier Stunden. Der Arbeitsnachweis wird paritätisch zusammengesetzt und sind die Unternehmer verpflichtet, nur durch Vermittlung des Arbeitsnachweises Einstellungen vorzunehmen. Ferien sind im 1. Jahr auf 4, im 3. auf 6 und im 10. Jahr auf 9 Tage festgelegt worden. Für Lehrlinge ist die 3jährige Lehrzeit nicht durchgesetzt worden; nur denen, die Fach- und Gewerbeschule besuchen, ist eine 3jährige Lehrzeit zugebilligt worden. Arbeitszeit ist dieselbe wie bei den Gehilfen. Außerdem ist der Lehrlingszüchterei ein Riegel vorgeschoben. Auf 6 Gehilfen darf 1 Lehrling, auf 7—12 2 Lehrlinge usw. beschäftigt werden.

In der ausgiebigen Diskussion wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß vor allem der bewilligte Lohn zu gering sei. Selbst Redner, die zur Annahme des Tarifes mahnten, um auch in diesem Berufe geregelte Zustände zu bekommen, erklärten, daß der Tarif nur durch die augenblickliche ungünstige Lage angenommen werden müsse. Die Abstimmung ergab 383 Stimmen für und 236 gegen den Tarif, 8 weiße und 2 ungültige.

Verbandstag der Maschinisten und Heizer

Halle a. S., 9. Juni. Die 13. Verbandsgeneralversammlung der Maschinisten und Heizer findet im St. Nikolaus statt. Den Geschäftsbericht gibt an der Hand des umfangreichen gedruckten Berichts Insel-Berlin. Den Kassenbericht erstattet Kassierer Klein. Ueber die Tätigkeit des Verbandsausschusses berichten Bergholz und Reichert-Hamburg.

Kirschner-Berlin berichtet für die Redaktion der Verbandszeitschrift „Deutscher Maschinist und Heizer". Sie habe jetzt eine Auflage von 67 000. Die fachtechnische Beilage mit ihren Abbildungen habe viel Anklang gefunden. Auch in einem Gewerkschaftsblatt sickere der Parteistreit durch. Er als Redakteur habe sich aber soviel als möglich bemüht, neutral zu bleiben. Auf Zurufe hin bemerkt Redner, die Zeitung könne nicht allein für jene Mitglieder redigiert werden, die da glauben nur mit großer Lungenkraft die Welt zu ändern. Man könne seine Ueberzeugung nicht wie ein Hemd wechseln.

Der Metallarbeiterverband ist durch Kopp vertreten. Er wünscht, daß das gute Verhältnis beider Verbände zueinander bestehen bleibt. Sollten etwaige Uebergriffe in Grenzangelegenheiten vorgekommen sein, so liegt das an den unteren Organen. — Von der Generalkommission der Gewerkschaften ist Ad. Cohn anwesend. Die Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 60 Delegierten und etwa 10 sonstiger Verbandsfunktionäre. In der Aussprache über die Vorstandsberichte kritisiert besonders Wilhelm Müller-Berlin vom kommunistischen Standpunkte aus das Verhalten des Verbandsvorstandes. Ad. Cohn von der Generalkommission verteidigt diese. Matthias-Cöln schildert die Verhältnisse in Rheinland und Westfalen. Dort seien 35 000 Kollegen vorhanden, aber nur 17 000 gehören dem Verbande an. Ballenga-Kiel bespricht den Vorstandsbericht vom Standpunkt der Mehrheitssozialisten. Es sei leicht alles zu kritisieren, aber man müsse beachten, in welcher Stimmung die Bevölkerung im Kriege, namentlich im Anfang gewesen sei. Grunow-Düsseldorf (U. S. P.) protestiert gegen die Verlegung des Verbandstages nach Halle. Man habe wohl vor dem revolutionären Düsseldorf, wo die Tagung erst sein sollte, Angst gehabt? Er protestiert auch gegen die Anteilnahme an der Kriegsanleihe und der „Arbeitsgemeinschaft". Reifer-Schmid-Cöln (Mehrheitssoz.) billigt die Haltung der Verbandsorgane. Der Metallarbeiterverband habe es abgelehnt, im Falle der Verschmelzung den Maschinisten und Heizern eine selbständige Sektion zu gestatten. Es sprechen noch Insel-Berlin, Andersen-Harburg, Weber-Lautawerk. Letztere wenden sich gegen die „Schlagwortpolitik" und sind für die Verschmelzung, wenn Konzessionen gemacht werden. Zu Delegierten zum Gewerkschaftskongreß werden gewählt: Krämer, Balleng, Fleischmann, Bube, Matthias und Hager.

In der Fortsetzung der Aussprache über den Vorstandsbericht wendet sich Bormann-Bitterfeld gegen die Kommunisten, obgleich er der U. S. P. angehöre. Bube-Frankfurt a. M. greift die „Arbeitsgemeinschaft" an und wendet sich gegen die Gewerkschaften, die ihre Organisation nicht auf beruflicher, sondern Betriebsgliederung aufbauen. Es wird eine Kommission aus 7 Vertretern gewählt, die Vorschläge zur Reorganisation des Verbandes (Einsetzung eines Beirates usw.) machen soll. Nachdem der Uebertritt des seitherigen 1. Vorsitzenden Schoffot zum Eisenbahnerverband besprochen und dabei allgemein bedauert wurde, verteidigt Ad. Cohn nochmals die Haltung der Generalkommission der Gewerkschaften, namentlich in der Frage der Arbeitsgemeinschaften, die nur als Ganzes genommen oder abgelehnt werden könne. Verbandssekretär Galle legt die Taktik des Verbandes dar und führt aus, daß in der Verwaltungstechnik des Verbandes schon viele Neuerungen eingeführt worden sind.

Hierauf wird dem Vorstand und Kassierer Entlastung erteilt und eine Entschließung angenommen, die seine Haltung in der Kriegszeit billigt. Eine Protestresolution, die sich gegen die Verlegung des Verbandstages nach Halle richtet, wird abgelehnt. Die von Balleng-Kiel im Auftrag der schon erwähnten Kommission vorgetragenen „Richtlinien" werden beschlossen. Nach ihnen soll der Verband je zwei Vorsitzende, Kassierer und Redakteure besitzen. Dem Vorstand sollen noch 7 unbesoldete Mitglieder angehören. Den Verbandsbeirat sollen 10 Kollegen bilden.

Industrie und Handel.

Die Erhöhung der Kohlenpreise.

Essen, 11. Juni. WTB. meldet: In der heutigen Versammlung der Zechenbesitzer wurden die Richtpreise für die Zeit vom 16. d. M. bis Ende Juli festgesetzt und für Kohle im allgemeinen um 10 Mark und für Koks im allgemeinen um 15 M. für die Tonne erhöht. Für Nußkohle beträgt die Preiserhöhung 11 M. und für minderwertige Brennstoffsorten (Schlammkohle, Mittelprodukte, minderwertige Feinkohle, Kaksgrus usw.) 2,50 M. für die Tonne. Der Preis für Preßkohle 1—8 erhöht sich um 18 M. Für Briketts stellen sich die Richtpreise unter Berücksichtigung einer neuen Erhöhung des Zechpreises um 11,75 M. die Tonne höher als die Maipreise. Diesen Beschlüssen sind Verhandlungen mit den Führern der Bergarbeiterverbände vorausgegangen, welche die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung von durchschnittlich 2 M. je Mann und Schicht angeben haben. Bei der mißlichen Lage, in der sich die seit Monaten schon unter denkbar ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Zechen befinden, konnten sie die Lohnerhöhung nicht ohne eine entsprechende Aufbesserung der Preise vornehmen. Der Umfang dieser Preiserhöhungen ist das Ergebnis eingehender Verhandlungen und sorgfältiger Erwägungen. Die Beratungen über den Ausgleichsfonds brachten noch kein Ergebnis. Sie sollen fortgesetzt werden.

12. Bundesturntag des Arbeiter-Turnerbundes.

Dritter Tag.

Leipzig, 10. Juni.

In seinen Ausführungen am Vortage äußerte Weyer-Berlin auch, daß im Falle der Nichtannahme der Fichte-Resolution „ein neues Gebäude in Berlin erstehen würde", man habe bereits mit **maßgebenden politischen Persönlichkeiten** darüber verhandelt.

Nach den Schlußworten von Weyer-Berlin und Koppisch-Leipzig über die Frage der Taktik wurde zur Abstimmung geschritten. Der **Antrag des Bundesvorstandes**, daß der Bund nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes auf der Seite der sozialistischen Weltanschauung steht und nicht nur jedes **gesellschaftliche Zusammengehen mit den bürgerlichen Turn- und Sportorganisationen verwirft**, sondern diese mit allen Kräften als die Vertreter der bürgerlich-kapitalistischen Weltanschauung auf dem so ungemein wichtigen Gebiete der körperlichen Erziehung und Betätigung bekämpft, wird **angenommen**. Die Vertreter des Turnvereins Fichte-Berlin hatten aus ihrer Resolution den Absatz, wonach in Zukunft Mitglied des Arbeiterturnerbundes nur sein könne, wer auf dem Boden der zeitigen Diktatur des Proletariats steht, zurückgezogen. Danach enthielt die Resolution noch die Worte: „Die Rettung der darbenden Menschheit aus dem Chaos kann nicht die uneingeschränkte Demokratie bringen. Die sozialistischen Arbeiterturner stehen auf dem Boden der zeitigen Diktatur des Proletariats." Sie wurde in namentlicher Abstimmung mit 93 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Die Resolution des Bundesvorstandes, jede positive Politik abzulehnen und unbedingte Neutralität in der Frage der sozialistischen Parteizersplitterung zu erklären, mit der Aufforderung, alle Beschlüsse, die sich auf die Parteizugehörigkeit zu einer bestimmten sozialistischen Gruppe beziehen, wurde gegen 12 Stimmen angenommen. Ein Antrag Lieske-Berlin gegen jede Mitwirkung in den staatlichen Jugendausschüssen wurde gegen 35 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde eine Resolution Wildung, welche u. a. ein Ministerium für Volksgesundheit und Jugendpflege mit besonderem Referat für Turnen und Sport und gleich starke Vertretung in allen zuständigen Körperschaften, wie sie den bürgerlichen Verbänden gewährt wird, fordert, wurde gegen 12 Stimmen angenommen. Ebenso ein **Antrag** des Turnvereins Fichte-Berlin, wonach **Mitglieder**, welche den von bürgerlichen Offizieren geleiteten **Freiwilligenformationen** angehört haben oder noch angehören, aus dem Arbeiterturnerbund auszuschließen und gleichzeitig solchen Personen die **Aufnahme zu verweigern** ist. Dieser Beschluß wurde in wiederholter Abstimmung bestätigt und durch Annahme einer Resolution Döblitz-Breslau in gleichem Sinne noch bekräftigt. Ferner wurde eine Resolution des Turnvereins Fichte angenommen, die die Ausschaltung der Kirche von der Jugenderziehung fordert und gegen die Kulturpolitik der Reichs- und preußischen Regierung protestiert. Der Schlußsatz, wonach der A.T.B. von allen seinen Mitgliedern sofortigen Austritt aus der Landeskirche verlangt, wurde abgelehnt. Eine Protestkundgebung gegen die Hinrichtung Levinés-Niffens wurde einstimmig angenommen.

Die Diäten wurden auf 95 M. täglich, 20 M. für jeden Reisetag und 18 M. tägliche Entschädigung für Lohnausfall festgesetzt.

Darauf referierten Lieske-Berlin über das Kinderturnen und Benedix vom Bundesvorstand über neue Wege für Turnen, Sport und Spiel. Während Lieske in der Hauptsache über Kinderarbeit und Kinderschutz sprach, entwickelte Benedix ein großzügiges Programm zur Förderung des Fußballspieles und der Leichtathletik im Arbeiterturnerbund. Es wird in Aussicht genommen, die Organisation der Fußballspieler im Bunde vollkommen gleichberechtigt zu machen. Beschlossen wurde nach der überaus lebhaften Besprechung u. a. Diplomverteilung bei Wetturnen wieder zuzulassen, dagegen bleiben Kränze verboten. Im Herbst 1922 soll ein Bundesspiel- und -sportfest verknüpft werden.

Am Mittwoch kommen die Verhandlungen zu Ende.

Gewerkschaftsbewegung

Frieden in der Metallindustrie.

In sechs überfüllten Versammlungen nahmen die Packer, Lager-, Hilfs-, Hof- und Transportarbeiter und Arbeiterinnen im Gewerkschaftshause den Bericht der Lohnkommission entgegen. Die Berichterstatter Fromke, Klose, Mertens, Schierig, Bock und Schenich vom Transportarbeiterverband betonten, daß die Arbeitgeber auf das ihnen am 22. Mai gestellte Ultimatum geantwortet und um weitere Verhandlungen nachgesucht hatten. Solche Verhandlungen haben am Sonnabend, den 7. Juni, im Verbandshause der Berliner Baugeschäfte stattgefunden. Der Erfolg dieser zweiten Aussprache ist, daß die Arbeitgeber sich zu weiterem Entgegenkommen bereit erklärt haben. Die Arbeitgeber willigten ein, daß die Löhne für die beiden Gruppen Männer und der Gruppe 2 für Frauen um weitere 10 Pf., und die Gruppe 1 für Frauen um weitere 5 Pf. pro Stunde erhöht werden sollen.

Nach dem neuen Zugeständnis betragen die Löhne der Gruppe 1 bei der Einstellung 2 M. und nach einem halben Jahr 2,10 M., für Gruppe 2 bei der Einstellung 2,10 M., nach einem halben Jahr 2,30 M. pro Stunde. Berufskundige werden mit 2,20 M. eingestellt und erhalten nach einem halben Jahr 2,30 M. pro Stunde. Frauen werden in Gruppe 1 mit 1,20 M. eingestellt und erhalten nach einem halben Jahr 1,30 M. Der Einstellungslohn für Frauen in Gruppe 2 beträgt 1,40 M. und nach einem halben Jahr 1,50 M. pro Stunde. Berufskundige Frauen erhalten bei der Einstellung 1,40 M. und nach ½ Jahr Tätigkeit 1,50 M. pro Stunde. Außerdem ist zugestanden, daß die neuen Lohnsätze nicht wie früher vereinbart vom 12. Mai, sondern bereits vom 2. Mai gezahlt werden.

Die Referenten empfahlen die Annahme der neuen Vereinbarungen, die gegenüber den früheren doch als wesentlich günstiger zu betrachten seien. Nach reger, zum Teil ablehnenden Diskussion wurde zur Abstimmung geschritten; dieselbe ergab eine Dreiviertelmehrheit für die Annahme der neuen Vereinbarungen.

Damit hat auch diese Bewegung ihr vorläufiges Ende erreicht.

Unabhängiger Terrorismus und die „Gelben".

Von einem Arbeiterratsmitglied des Verwaltungsgebäudes Siemens-Schuckertwerke wird uns folgendes geschrieben: Vor einigen Zeit ging durch die Presse ein Alarmruf der Arbeiterräte des Siemens-Konzerns, der auf das Wiedererwachen der gelben Gewerkvereine hinwies. Der Aufruf reizte schon damals zur Kritik an seinen Urhebern und wenn dieselbe unterblieb, so nur deshalb, um dem einmütigen Willen der gesamten Arbeiterschaft gegen die Neuaufrichtung der Gelben Ausdruck zu geben. Wie sich jedoch seitdem die Verhältnisse unter der Herrschaft der Urheber jenes Aufrufs entwickelt haben, dazu darf nicht länger geschwiegen werden, um unverwischbar festzustellen, wer die Gelben wieder ins Leben zurückgerufen hat und sie förmlich in Treibhauskultur züchtet. Im Siemens-Konzern waren die Gelben im November völlig abgestorben. Selbst die Obergelben waren von der Bildfläche verschwunden. Eine umfassende Aufklärungsarbeit hätte ohne Zweifel einen großen Teil der indifferenten Masse für fruchtbringende Arbeit gewinnen können. Statt dessen setzte jedoch unter Führung einiger Radikalen die Zersetzungsarbeit ein und durch den Appell an die egoistischen Instinkte der Masse wurde die

Revolution zu einer großen Lohnbewegung gestempelt

und die Aufklärungsarbeit unmöglich gemacht. Die Arbeiter, die unter dem gelben Regiment unter Einsetzung ihrer ganzen Person gegen dasselbe angekämpft hatten, sich jetzt aber dem Treiben der Radikalen entgegenstellten, wurden an die Wand gedrückt und gar noch selbst als Gelbe verschrien. Jede andere Meinung wurde radikal unterdrückt. Jedem, der sehen konnte, war klar, daß diese terroristische Methode nicht ohne Gegenwirkung bleiben würde. Je weniger Widerstand die Radikalen fanden, um so unternehmungslustiger wurden sie und haben schließlich in den letzten Wochen zu Maßnahmen gegriffen, auf die die Oeffentlichkeit nicht laut genug hingewiesen werden kann. Zunächst wurden die Boykottbeschlüsse gegen die Angehörigen der Freiwilligenverbände gefaßt. Damit nicht genug, wurde allen Arbeiterinnen, die mit Angehörigen der Freiwilligenverbände verkehren, der Boykott angedroht. Es blieb aber nicht etwa nur bei der Androhung, sondern man ist auch zur Ausführung dieser Beschlüsse geschritten. Trotzdem der Reichswehrminister den Angehörigen der Freiwilligenverbände seinen Schutz zugesichert hatte, ist nichts zum Schutz derselben geschehen und so ist es denn in mehreren Fällen zu Entfernungen von Arbeitern aus dem Betriebe gekommen. In einem Fall ist es bei der Versetzung des Arbeiters in eine andere Abteilung geblieben, in einem anderen Falle wurde die Entlassung zweier Arbeiterinnen gefordert, weil sie mit Freiwilligen verkehrten, und ebenfalls die Versetzung in eine andere Abteilung erreicht, nachdem, wie schon im vorher erwähnten Falle, einen Tag lang der Betrieb durch Ausübung passiver Resistenz stillgelegt worden war.

Angesichts dieser Vorkommnisse muß man sich wirklich fragen, welchen Wert die Zusicherungen des Reichswehrministers überhaupt haben. Noch mehr muß man sich allerdings über die Nachgiebigkeit der Unternehmer wundern, die doch früher den berechtigten Forderungen der Arbeiter einen ganz gewaltigen Widerstand entgegensetzen konnten.

Der Freie Angestellten-Verband ersucht um die Mitteilung, daß die Hilfsboten usw. des Magistrats bei den geführten Verhandlungen nicht nur vom Bureauangestelltenverband, sondern in Gemeinschaft mit ihm vertreten werden.

Eisenbahner aller Grade! Donnerstag, den 12. Juni, abends 6 Uhr, in der großen Festhalle des Stadthauses, Klosterstraße. Eingang Unterwasserhaupt. Große Eisenbahner-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Arbeiterratswahlen. Referent: Lokomotivführer Scharfschwerdt. 2. Freie Aussprache.

Bäcker und Konditoren. Heute, Donnerstag, 7½ Uhr abends Versammlung im Meistersaal, Köthener Str. 38. Dr. Holz spricht über: Handel- und Gewerbetreibende und die Sozialisierung.

Pulverfabrik Spandau. Sämtliche Vertrauensleute treffen sich heute, Donnerstag, nachmittags 6 Uhr im Lokal von Dickvoß, Streliter Straße 10.

Deutscher Werkmeister-Verband. Freitag, den 13. Juni, nachmittags 5 Uhr Vertrauensmänner-Versammlung bei Haverland, Neue Friedrichstr. 35, Luisensaal. Die Obleute werden gebeten, die Ausweiskarten für die Vertrauensleute in Empfang zu nehmen. Montag, den 16. Juni, nachmittags 6½ Uhr Versammlung der Fachgruppe der Lagermeister usw. Sophiensäle, Sophienstr. 17/18.

Verantwortlich für Politik Artur Zickler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Teil des Blattes: Alfred Schola, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 2 Beilagen.

A. WERTHEIM

Korb-Möbel
Garten- und Balkon-Möbel
Holz-Klappmöbel
Eisen-Möbel
Weißlackierte Parkmöbel
Reisekörbe

Garten-Geräte

Gartenschläuche M. 10.80 12.50 16.50
Schlauchwagen M. 41.00 45.00 58.00
Rasenmähmaschinen M. 40.00 bis 59.00
Gartenspaten 6.25 bis 6.50
Damenspaten ... M. 5.00
Kinderspaten M. 1.80 2.50
Gartenharken, Eisen 70 Pf. bis M. 2.25
Holzharken ..... M. 2.25
Sichein ..... M. 2.00
Gartenkellen 30 Pf. b. M. 1.60
Rasensprenger M. 19.50 32.50
Beeteinfassungen . 25 Pf.
Schlauchspritzen M. 8.25
Gießkannen, grün lackiert M. 6.30 bis 11.25
Gießkannen, verzinkt M. 14.00 bis 16.25
Kochherde für Landhäuser M. 190 bis 235

Wirtschafts-Artikel

Gaskocher, 2 Loch, M. 31.00
Gaskocher, 2 Koch-, 2 Wärmestellen M. 55.00 49.50
Brotschneidemaschinen M. 16.75 19.75
Messerputzer (Husar) M. 3.00
Messerputzmaschinen M. 37.50
Reibemaschinen M. 10.50
Tafelwagen 3 Klio M. 49.50
Wirtschaftswagen M. 14.50 18.00
Fleischhackmaschinen verzinnt, mit 4 Scheiben, M. 36.00
Fleischhackmaschinen eml. M. 22.50
Gazeschränke Metall M. 25.00 35.00 49.00
Zink-Waschfässer m. Drahtreifenfassung M. 46.00 49.50 58.00
Zink-Waschfässer mit Wulst M. 50.00 57.00 67.00
Zink-Zober M. 49.50 62.00
Spiritusplätten M. 17.00 19.00 20.50
Elektrische Plätten mit Zuleitung ..... M. 47.00 54.00

Balkon-Pflanzen
Petunien Topf 1.60
Pelargonien starke Pflanzen, Topf 2.50 und 2.90
Efeu-Geranien starke Pflanzen, Topf 3.50 und 4.00

Fort mit dem Vorurteil

Viele Leute glauben, sobald sie erst mal anfangen, Augengläser zu tragen, „verwöhnen" sich ihre Augen so sehr, daß sie immer schwächer werden und sie dann immer stärkerer Gläser bedürfen, bis es überhaupt keine „schärferen" mehr gibt. Darum sträuben sich so viele gegen die ersten Augengläser oder gegen stärkere Nummern solange wie möglich. — Dies ist falsch. Mit zunehmendem Alter verhärtet sich die Augenlinse genau so wie die Knochen härter und die Glieder steifer werden. Ob Sie Gläser tragen oder nicht, diese Verhärtung schreitet fort, unaufhaltsam von Jahr zu Jahr, gesetzmäßig, einer Steuer gleich, die das Alter von Ihnen fordert. Schon im 8.—10. Lebensjahre beginnt noch unmerklich in der Linse eine Kernbildung, die bei normalen Augen zwischen dem [illegible] 50. Jahre unangenehm störend wird, wo das Nahsehen erschwert wird. Nun [illegible] Verhärtung nicht bis ins Unendliche [illegible] kommt meist schon zwischen 60—70 Jahren zum Stillstand, weil dann die ganze Linse hart und fest geworden ist. Der gesamte bemerkbare Verlust beträgt überhaupt nur 3—4 Dioptrien für das Nahsehen. Also die Augen verändern sich gesetzmäßig mit den Jahren, ganz gleich, ob Sie Gläser tragen oder nicht. Wenn Sie aber keine tragen, müssen Sie auf genaues Sehen verzichten und noch allerlei Beschwerden mit in den Kauf nehmen, die von der vergeblichen Anstrengung, gut sehen zu wollen, herrühren. Wenn Sie diese Folgen vermeiden wollen, so kommen Sie bald zu uns, die Augenuntersuchung ist kostenlos, wir garantieren Ihnen Zufriedenheit.

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

Optiker Ruhnke

Verlangen Sie nach außerhalb kostenlos unseren Optometer z. Selbstbestimmen passender Gläser nebst Versandliste.

C. Spittelmarkt, Ecke Wallstraße
Alexanderplatz, neben Aschinger
S. Kottbuser Damm 10, nahe Warenhaus Jandorf
SO. Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz
W. Leipziger Str. 113, Ecke Mauerstraße
Lietzstr. 1, Ecke Potsdamer Straße
Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Straße
Friedrichstr. 106, Ecke Ziegelstraße
N. Chausseestr. 72
Invalidenstr. 104, Ecke Brunnenstraße
Neu! Schönhauser Allee 81, Hochbahnstation Nordring
SW. Belle-Alliance-Straße 4, am Halleschen Tor
NW. Friedrichstr. 150, Ecke Dorothenstraße
Neukölln: Bergstr. 4, gegenüber Richardstraße
Schöneberg: Hauptstr. 21, am Kaiser-Wilhelm-Platz
Friedenau: Rheinstr. 18, Ecke Kirchstr. gegenüber der Kaiser-Eiche
Wilmersdorf: Berliner Str. 132A, an der Uhlandstraße
Spandau: Breite Straße 18
Charlottenburg: Tauentzienstr. 15, Ecke Marburger Straße.
Joachimsthaler Straße 2, am Bahnhof Zoo.

Noskes Enthüllungen auf dem Parteitag.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Heinrich Schulz (fortfahrend):

Unsere Jugend hat durch den Krieg körperlich und sittlich schwer gelitten, wir müssen alles daransetzen, sie wieder heraufzuarbeiten. Wir haben auch zum ersten Mal qualifizierte Hilfskräfte in den Lehrern. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer soll keine Partei in der Partei sein, nicht der Anfang zur berufsständischen Gliederung der Partei, sondern immer nur eine Zusammenfassung der Parteigenossen, die für bestimmte Aufgaben besonders geeignet sind. Besonders wichtig kann sie für die Landlehrer werden. Ihnen muß die Organisation der sozialdemokratischen Lehrer eine Stütze sein. (Sehr wahr!) Wir haben noch viele Kulturaufgaben, die Verbreitung der alten wissenschaftlichen Literatur, die Schaffung neuer Literatur, das allgemeine Bildungswesen usw. In jedem Fall steht fest, daß Deutschland sich von dem tiefen Fall seiner kapitalistischen Vergangenheit nur erlösen kann durch den Sozialismus als wirtschaftliches, durch die Demokratie als politisches Prinzip, und durch große geistige Leistungen auf dem Gebiete der Kultur. In gleicher Lage sagte Goethe vor hundert Jahren zu seinem Eckermann: „Wählen Sie Weimar zu Ihrem Wohnort, von dort gehen die Tore und Straßen nach allen Enden der Welt." Möge so auch von Weimar aus der Parteitag neue Tore und Straßen nach aller Welt öffnen. (Lebhafter Beifall.)

Brühne gibt einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Kontrollkommission. Beschwerden der Parteiangestellten auf Rückzahlung der Abzüge des Jahres 1914 sind im Sinne der Beschwerdeführer erledigt worden. Die Kommission hat alle Kassen geprüft und in Ordnung gefunden und beantragt Entlastung des Vorstandes.

Adolf Schulz

bespricht die Pressefrage. Seit der Revolution sind 24 neue Parteizeitungen gegründet worden. Im ganzen verfügt die Partei über **95 Tageszeitungen mit über rund 2 Millionen Abonnenten.** Das ist gegen das Vorjahr eine **Steigerung von mehr als 100 Prozent.** Im Vergleich zur Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den Nationalversammlungswahlen aber ist die Zahl der Leser noch sehr gering. Vielfach wird von den Behörden schon wieder **gegen die sozialistische Presse gearbeitet.** Sie hat mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als jede andere Presse. Unter der Papiernot leidet sie am meisten. (Zuruf: Man sozialisiere die Papierfabriken!) Wir können uns

die heutige Art der Papierverteilung

nicht länger gefallen lassen. Die Unabhängigen haben genug Papier, unsere Anträge auf Aenderung der Verteilung aber sind abgelehnt worden. (Hört, hört!) Dabei ist Papier im Schleichhandel in großen Mengen zu haben. Vor leichtfertigen Neugründungen von Zeitungen warnen wir, man begnüge sich zunächst mit Kopfblättern. Das beste ist, wenn bürgerliche Zeitungen übernommen werden, selbstverständlich nicht im Wege der Besetzung (Heiterkeit), sondern durch friedliche Verständigung. Unser Nachrichtendienst liegt vielfach noch im argen. Die „Gleichheit" erhält jetzt eine Modebeilage, das wird ihr hoffentlich viele neue Leserinnen bringen. Unsere Parteipresse ist die beste Waffe im Kampf der Geister, sie muß nach Möglichkeit schneidig und wirksam sein.

Ein Geschäftsordnungsantrag fordert für den Fall, daß die Nationalversammlung noch in dieser Woche einberufen wird, die Verlegung des Parteitages nach einem anderen Saal oder nach einer benachbarten Stadt. (Zuruf: Jena!) Jedenfalls dürfte nichts durchgepeitscht werden.

Vorsitzender **Schulz**: Davon kann gar keine Rede sein. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß wir bis Sonntag hier werden tagen können.

Die Aussprache über den Vorstandsbericht beginnt. Eingezeichnet sind bis jetzt 70 Redner. Zunächst wird über

die allgemeinen politischen Fragen

gesprochen, d. h.: Stellung zur Regierungspolitik, Schuldfrage, Demokratisierung, Einigungsfrage, Stellung zu den Freiwilligenkorps usw. Dann soll über Organisation, Agitation und Presse besonders gesprochen werden.

Geyer-Frankfurt a. M.: Die einige große deutsche Republik haben wir nicht bekommen. An dem Kantönligeist ist die restlose Beseitigung der Kleinstaaterei gescheitert. Besonders hat die unglückselige Politik des preußischen Ministeriums des Innern uns unendlich geschadet. Wir haben zwar in vielen Gemeinden die Mehrheit, aber zu sagen haben wir nichts, weil die alten Schöffen und Bürgermeister weiter kommandieren. Ein hohes Maß von Groll ist dadurch erzeugt worden. Wir haben nur eine Scheindemokratie, eine Karikatur der Demokratie. (Sehr richtig!) Wir fordern, daß unsere Genossen in der Regierung allein der Partei verantwortlich sind. Zustimmung.)

Landrichter **Grell**-Lyck: Das Grundproblem ist die Stellung der Partei zum Sozialismus. Die Frage ist nicht, ob Sie den Sozialismus überhaupt wollen, sondern ob Sie ihn jetzt wollen. Der Krieg hat unter dem Scharfzeug des Patriotismus die Wucherer und Ausbeuter, die Schieber und Betrüger bloßgestellt, das Volk hat das Vertrauen zum Kapitalismus verloren. Dieser mag an sich besser eingefahren und konkurrenzfähiger sein, aber das Volk wird unter ihm nie mehr arbeiten lernen. **Nur Arbeit kann uns retten.** Sie ist unser Kapital. Deshalb brauchen wir das Parlament der Arbeit neben dem Parlament der Demokratie, das den sozialistischen Staat berät und führt.

Leuteres-Hamburg: Die deutsche Revolution leidet unter dem furchtbaren Schicksal des Bruderkrieges. In diesem Krieg hat das Proletariat instinktmäßig ohne Anleitung seine historische Mission erfüllt, die Freiheit und das gleiche Recht gegen die Diktatur zu schützen. Jetzt muß diese Freiheit uns gleichfalls auch in der Verwaltung erhalten werden. Wir brauchen neue Beamte, die dem Mehrheitswillen entsprechen, aber natürlich nicht Zentrumsprovinzen, konservative Provinzen und demokratische Provinzen, sondern gegenseitige Durchdringung aller Volksteile. Wir dürfen auch vom Bürgertum uns nicht mit Sperrdrohungen zurückschrecken lassen, daß es nicht mehr mitmacht, sondern müssen für den Sozialismus und die Arbeiterschaft alles mögliche herausfuchsen. Dann sollen sie nur versuchen, ohne uns fertig zu werden. (Bravo!) Nur durch die Demokratie geht es vorwärts für die Gerechtigkeit, für das Proletariat. (Beifall.)

Adolf **Braun**-Nürnberg begründet den

Einigungsantrag.

Für die Fortdauer der Parteikämpfe besteht kein Grund, soweit das Erfurter Programm anerkannt wird. Ich teile nicht den Standpunkt von Wels, daß die Kriegspolitik der Partei so unzweifelhaft klar, sicher und unanfechtbar ist. Aber was wollen wir heute noch vom 4. August sprechen? (Sehr wahr!) Der 9. November hat uns eine

neue Grundlage für die Partei

gegeben. Ihre schwierigsten Verhältnisse müssen sich freilich durch die Parteistärke bessern. Ich stimme deshalb jetzt in die starken nationalen Töne von Wels nicht ein. In dieser schwersten Zeit müssen wir unseren nationalen Standpunkt kraftvoll betonen, der verankert ist in internationaler Gesinnung. Wir müssen die Reste des wilhelmischen Patriotismus, die Reste alldeutschen und nationalliberalen kapitalistischen und imperialistischen Nationalismus zerschellen lassen an dem **nationalen Willen der deutschen Sozialdemokratie,** (Stürmischer Beifall) an unserer nationalen Gesinnung, die **niemals in Widerspruch stehen soll zur Internationale.** (Sehr wahr!) Im übrigen rechtfertigt der Versailler Friede die deutsche Kriegspolitik so wenig wie der Brester Friede die Mobilisierung der russischen Heere oder die Forderung nach Auslieferung von Toul und Verdun Clemenceaus Revanchepolitik. Reden wir doch nicht mehr über die Ursachen des Krieges. (Sehr gut!) Wir müssen aus der Einigungsfrage alles ausscheiden, was nicht tatsächlich ist. Es ist ohnehin genug Verbitterung in uns. (Sehr gut!) Wir müssen alles aus dem Wege räumen, was die Einigung erschwert. (Sehr gut!) Ich war von Anfang an entschiedener Anhänger der Einheit. Heute sind meine Hoffnungen leider sehr gesunken. Die Einigung war bisher unmöglich. Die **U. S. P. hat die Beschickung des Einigungskongresses abgelehnt.** (Hört, hört!) Sie verlangt die Einigung nur auf ihrem Standpunkt, während niemand weiß, welches ihr Standpunkt ist. Die Kommunisten wollen sich weder mit uns noch mit der U. S. P. einigen, deshalb ist auch der Antrag Jena unmöglich. Wer eine Einigung mit den Kommunisten fordert — (ein Jenaer Delegierter ruft: Wir fordern eine neue Partei!) vielleicht eine Partei mit den Leuten, die während des Krieges der Partei den Rücken gekehrt haben und jetzt allein gehen? Was der Partei not tut, (Heiterkeit und sehr gut!) weiß jeder, der zu Worte kommt. Aber ich begreife nicht, daß man so vorlaut sein kann, wenn man während des Krieges zu feige war, Sozialist zu sein. (Stürmischer Beifall.) Ohne Sozialdemokratie hätten wir keine Republik, kein gleiches Wahlrecht, keinen Achtstundentag und kein Frauenrecht. Die Spaltung hat sich am bittersten an den Zersplitterern der U. S. P. gerächt. Sie sind ja heute nur noch die Piloten der Kommunisten. Sie können nichts leisten, weil sie keinen eigenen Willen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Und auch die Kommunisten haben keine eigene Partei. In Nürnberg zerfallen sie in vier Gruppen, die sich erbittert bekämpfen. Das einzige, was die Partei links von uns hat, ist der Haß gegen uns. Ihre Machenschaften bestehen in dem Ansinnen, daß alles gut sei, wenn man Ebert, Scheidemann und Noske hängt. Ich spreche für die Einigung mit den Unabhängigen, die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen. Ich spreche gegen die Einigung mit Kommunisten, Syndikalisten und Anarchisten. Ich bin nicht für eine allgemeine Einigung, weil sie undenkbar ist. Ich bin nicht für eine Einigung mit allen gewesen. Dazu brauchten wir uns bloß Mitgliedsbücher der U. S. P. zu kaufen. Ich bin für die Einigung mit aller Kraft und Freudigkeit, aber ich will dabei **unsere Geschichte, unsere Tradition und unsere Grundsätze nicht preisgeben.** In der U. S. P. gärt es. Das beweist ihr Parteitag, das beweisen die Auseinandersetzungen in Hamburg. Aber wenn wir uns mit einem Flügel verständigen würden, der andere würde doch zu den Kommunisten gehen. Denn die U. S. P. ist innerlich zerwühlt. Ihr Parteiprinzip hat keine Richtlinien. Die Einigung des Proletariats ist jetzt furchtbar schwer, aber doch wollen wir sie versuchen und auf diesem Parteitag alles besprechen, was den Geist der Einigung erfüllen kann. (Beifall.)

Dr. **Poeschmann**-Bartenstein: Wenn wir weiter Politik treiben wie bisher, verlieren wir den Boden unter den Füßen und die Errungenschaften der Revolution. Eine Art Lähmung erfaßt die führenden Geister. Furchtbar ist der Druck, unsere Feinde wollen den Sozialismus jetzt ein für allemal vernichten. Wir müssen auf begrenztem Gebiet eine sozialistische Wirtschaftsordnung schaffen. Die **Internationale mag dann ihr Gebiet erweitern.** Wir brauchen nicht die Rätediktatur, wir dürfen nicht alles vernichten und zerstören. Aber wir müssen die Welt von unserem **ehrlichen sozialistischen Wollen überzeugen.** Wir müssen zielbewußt und energisch den notwendigen Reinigungsprozeß vornehmen und alles beseitigen, was der Entwicklung zum Sozialismus entgegensteht. (Zurufe: Was ist denn das?) Das ist die kapitalistische Formel in Industrie, Landwirtschaft und Handel, Technik und Ethik (Heiterkeit). Die Demokratie mag uns das Mittel zum Zwecke sein. Wir brauchen die Verständigung mit den Unabhängigen, schon weil der Kampf gegen die Vergewaltigung des Imperialismus und Kapitalismus sich nur in der Einheitsfront durchführen läßt. Millionen Volksgenossen tragen seit dem 9. November begeistert ihre sozialistischen Fahnen. Sie hatten denselben Idealismus wie die alten Kämpfer erhalten. Wir brauchen die Wahrheit für uns und alle Volksgenossen, für die ganze Menschheit. In diesem Sinne werden wir siegen (Stürmischer Beifall und Heiterkeit).

Dittmer-Berlin: Wir wollen lieber hier stärkere Kritik üben, als nachher im Lande weite Abbröckelungen haben. Der Parteiapparat hat während der Revolution versagt. Das Chaos der Organisation erzeugte ein Chaos in der Politik. Die Unabhängigen üben wirklich einen unerhörten ungeheuerlichen Terrorismus, aber war deshalb die lange Polemik von Wels gegen sie nötig? (Zuruf: Sehr nötig!) Die Regierung hat vielfach zu spät eingegriffen. In der Ernährungsfrage wird die Kontrolle immer schlechter. Gegen die furchtbare Demoralisation wird nicht rücksichtslos genug zugefaßt. Die Berliner Parteigenossen fordern einmütig Aufhebung des Belagerungszustandes, der die Freiwilligen nur zu Ausschreitungen anregt. Wir billigen, daß gegen Gewalt von links Gewalt gesetzt wird. **Aber wir wollen nicht gewalttrunken sein.** In der Verwaltung herrschen noch alle alten bürokratischen Köpfe. Die Beschwerden gehen noch immer den weitesten Weg. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Reichsbetrieben muß unumwunden gegeben werden. Die Pensionen der Offiziere und Generale sind nachzuprüfen, Orden und Adel zu verbieten, die Merkmale der alten Zeit beseitigen, das Titelwesen abzuschaffen, die vielen Stationen im Beamtenkörper auszuschalten, der Arbeitsprozeß kaufmännischer zu gestalten. Wir brauchen neue Aktivität, um nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch vor der Zukunft zu bestehen. Der Parteitag muß die Genossen in der Regierung verpflichten, ihre beste Kraft an eine gründliche Umgestaltung zu setzen. (Beifall).

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wird die allgemeine politische Aussprache über den Vorstandsbericht fortgesetzt.

Davidsohn:

Die Massen fordern die Einigung. Tausende stehen jetzt Gewehr bei Fuß und warten ab, was bei diesem Parteitag herauskommt. Danach werden sie sich dann richten. Wir dürfen dieser Lage nicht mit verschränkten Armen gegenüberstehen. Die Einigung ist keine Führerfrage. Führer sterben und verderben, und wenn sie längst alle vermodert sind, wird die Partei noch tätig sein. Ebenso unannehmbar wie die Annahme eines Diktats der Unabhängigen für uns ist für die Unabhängigen der von Wels vertretene Standpunkt, daß wir nicht einen Vertrauensmann von so vielen fallen lassen. Wenn es heißt: Noske oder die Partei, dann muß eben Noske gehen. An dem Erfurter Programm halten wir fest, aber viele Forderungen sind noch nicht erfüllt, die längst hätten erfüllt werden können. Deshalb sind die Arbeiter unzufrieden. Es fehlt wirklich nur noch der Ebert-Orden. (Heiterkeit und Unruhe.) Wels hatte Recht, wenn er sagte, daß die Sozialdemokratie nichts von der Arbeiterschaft trennen dürfe. Aber wir müssen dafür sorgen, daß nicht der umgekehrte Fall eintritt, daß die **Arbeiterschaft sich von der Sozialdemokratie trennt.** (Vereinzelter Beifall.)

Noskes Enthüllungen.

Noske führt aus: Man sagt, es würde an Aemtern geklebt. Wir in der Regierung haben vielmehr die Erfahrung machen müssen, daß geradezu **in ungeheuerlichem Umfang nach Aemtern gestrebt** wird. (Sehr richtig.) Darüber ließen sich Bücher schreiben. Ich habe mich nicht zur Regierung gedrängt, man hat mir zugesetzt, daß ich dieses unerfreuliche Amt übernehmen sollte. Das ist wahrlich kein Vergnügen, seinen anständigen und ehrlichen Namen Tag für Tag durch alle Gossen schleifen zu lassen. (Sehr richtig!) Der Unwille unter den Arbeitern ist zu verstehen. Denn Millionen sind durch den Verlauf und das Ergebnis der Revolution enttäuscht. Die Früchte der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiete reifen nun einmal nicht in wenigen Monaten. Politisch ist aber erreicht, was die deutschen Arbeiter noch vor einem Jahre kaum für möglich und für die nächsten 25 Jahre erhofft hatten. (Sehr richtig!) Unser Unglück ist, daß wir die Regierung in einem Augenblick übernahmen, wo wir die Millionen nicht satt machen konnten und Millionen Forderungen stellten, deren Erfüllung ein glattes Ding der Unmöglichkeit ist. Dazu gehören auch die an sich mit Recht erhobenen Forderungen der Kriegsbeschädigten, aber Deutschland ist bankerott, und der ist ein Dummkopf oder ein schamloser Demagoge, der immer neue Forderungen stellt, obwohl er weiß, daß sie nicht erfüllt werden können. Vielen unserer Parteigenossen fehlt der Mut, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, vielen auch das Verständnis für das, was wirklich ist. Das hat die Rede Dittmers wieder einmal bewiesen, der forderte, daß wir die hohen Gehälter kürzen sollten. Im Zentralrat der Marine wurde ich heftig angegriffen, weil ich akademisch vorgebildeten Beamten mit mehr als 20jähriger Dienstzeit bei einem Jahresgehalt von 7200 M. eine Teuerungszulage von 600 M. bewilligen wollte. Das sollte ein Versuch sein, die Träger des alten Systems zu stützen. (Lachen.) Dieselben Leute, die mich angriffen, saßen aber, nur 53 Mann stark, im Reichsmarineamt, aus eigenem revolutionärem Recht, und **hatten sich aus eigener Machtvollkommenheit jährlich 14 500 Mark Diäten bewilligt.** (Hört, hört!) Die Werftarbeiter schicken jetzt ihre Vertreter zur Kontrolle auf die Werften, und diese Vertreter erhalten 18 M. Tagegelder unter Fortzahlung des Lohnes. Sie erklären das für ein Bettelgeld und sagen, sie seien Vertreter der Massen und könnten ganz andere Ansprüche stellen. Als ich ihnen sagte, daß ein Kapitän zur See im Range eines Obersten mit 12 M. Tagegeldern auskommen müßte, erklärten sie, **das ginge sie gar nichts an, dann sollte ich dafür sorgen, daß die Kapitäne besser bezahlt würden.** (Lachen.) Wem soll ich es nun recht machen? Wieviel Beamte gibt es überhaupt, die mehr als 7000—8000 M. verdienen? Die Werftarbeiter fordern 3 M. Stundenlohn, das macht 7200 M. Jahresverdienst. Wollen wir die Ministerialdirektoren schlechter bezahlen als die Portiers? Man verschone uns mit solchen

Agitationsphrasen,

von denen ich bedaure, daß sie auch auf dem Parteitag Beifall ausgelöst haben. Auch ich bedaure, daß wir von den Waffen haben Gebrauch machen müssen. Man vergesse nicht, daß, als Liebknecht und Ledebour ihre Anhänger bewaffnet auf die Straße schickten, wir noch nicht einen Mann zur Verfügung hatten. Und dann der Belagerungszustand. Wenn unsere Genossen sich nur nicht bei jedem Spektakel der Unabhängigen ins Bockshorn jagen lassen würden! Sie sollten Courage zeigen. Wo die Unabhängigen regieren, da verhängen sie bedenkenlos den Belagerungszustand, stehlen uns Zeitungen und regieren mit der Gewalt. Setzt es aber bei der Abwehr Späne, dann regen sich unsere Genossen in ihrer Schafsgutmütigkeit auf, und unsere Redakteure schlafen 14 Tage nicht. Berlin mit seinen verzweifelten und üblen Elementen ist jetzt eine

dauernde Gefahr für die Ordnung,

und es ist durchaus zu verstehen, wenn die preußische Regierung dauernd darauf Wert legt, dagegen Sicherheitsmaßnahmen zu behalten.

Ich wußte, daß ich ein schweres Amt übernehme, aber ich hielt es für meine Pflicht, mich zur Verfügung zu stellen, und ich habe nicht das Gefühl, hier als Angeklagter zur Verteidigung das Wort zu nehmen. Ich bedauere nur, daß die Genossen im Lande mir und meiner Arbeit immer wieder in den Rücken gefallen sind, nicht aus bösem Willen, wohl aber aus Mangel an Sachkenntnis. Bei den Freiwilligen-Truppen wird viel zu sehr verallgemeinert. Unerfreuliche, sogar böse Dinge sind vorgekommen, in diesen Fällen aber ist mit allem Nachdruck eingegriffen worden, und die Truppe ist in den letzten Monaten besser und manierlicher geworden. Ueber aller Kritik dürfen wir nicht vergessen, daß wir diesen Freiwilligen zu danken haben, daß Deutschland dem Chaos entgangen ist. Mancher Soldat hat dabei sein Leben lassen müssen und die Verluste der Truppen in Bremen, Düsseldorf, Berlin und München waren nicht unbeträchtlich. Die Truppen sind in keine einzige Stadt gekommen ohne von unseren Genossen gerufen zu sein. (Zwischenruf: Jena.) Durch Jena kamen sie beim Vormarsche auf Leipzig, und sie sind aus Jena auch nicht eine Minute eher abgerückt. Das fehlte ja noch, daß eine auf Verlangen der sächsischen Regierung und der sächsischen Gesamtpartei von der Reichsregierung angeforderte Maßnahme gestört wird, weil irgend ein wenig unterrichteter Parteigenosse anderer Meinung ist. Für ein solches Maß von Disziplinlosigkeit fehlt mir jedes Verständnis. (Sehr richtig!) Wir mußten in Berlin unsere Arbeit verrichten, während vor unseren Fenstern die Maschinengewehre knatterten. Das Berliner Militär erklärte sich neutral. (Hört, hört!) Die Genossen, die jetzt am lautesten schreien, forderten mich damals auf, Courage zu haben. Wir trauten sie es zu, aber zu meinen Ministerkollegen hatten sie nicht volles Vertrauen. (Hört, hört!) Ich habe damals zugegriffen, obwohl ich wußte, daß ich als Bluthund durch die deutsche Revolutionsgeschichte geschleift werden würde. Ich habe aus ernstem Pflichtbewußtsein diese Blutarbeit verrichtet. In jenen Tagen sind die Freiwilligen-Regimenter aus dem Boden gestampft worden. In Berlin rührte sich keine Hand. Deshalb mußte ich nach auswärts gehen. Ich konnte die Leute auch nicht nach ihrem Mitgliedsbuch fragen, sondern mußte froh sein, wenn überhaupt welche kamen. Natürlich hat das Eingreifen dieser Truppen Opfer gekostet, aber wenn ich damals nicht zugeschlagen hätte, dann wäre die Regierung aufgeflogen. Dann hätten wir keine Nationalversammlung gehabt

und hätten auch einen Parteitag nicht. (Hört, hört, sehr richtig!) Und trotzdem lamentieren die Berliner! Wenn Auer niedergeschossen wird, dann nimmt man mit Bedauern davon Kenntnis und nach zwei oder drei Tagen spricht kein Mensch mehr davon. Der Mordbube läuft noch immer frei herum. (Hört, hört!) Wo ist die flammende Entrüstung über diese unmenschliche Tat? Drei Tage nach der Hinschlachtung Neurings war unsere Parteipresse verstummt. Wo ist die Entrüstung wenn in einer Stadt nach der anderen die Gefängnisse gestürmt und Dutzende von Schwerverbrechern auf die Menschheit losgelassen werden? Man bringt darüber eine kleine Notiz unter „Vermischtes", aber über Vogels und Marlohs Flucht gerät unsere Parteipresse in helle Entrüstung. Natürlich ist in diesen Fällen sofort durchgegriffen worden, **man hat mich aber im Stich gelassen.** (Hört, hört!) Die **„Freiheit"** verbreitete Enthüllungen. Aber als ihre Redakteure vorgeladen wurden, **wußten sie nichts anzugeben.** Nach 4½ Jahren Krieg und einer Revolution dazu kann man aus Soldaten nicht sofort ein Gemisch von sozialistischen Parteiführern und einem Engel machen. (Stürmische Heiterkeit.) Dutzende von Offizieren sind entlassen, Hunderte von Mannschaften Hals über Kopf aus den Verbänden herausgeworfen, weil sie über die Stränge geschlagen haben. Wird einmal ordentlich zugefaßt, dann wird wieder Zeter und Mordio geschrien gegen das alte militärische System, während doch nur harte Strafen gegen öffentliche Wühler verhängt worden sind. Die **Truppen sind nicht reaktionär,** das kann ich bezeugen, denn ich habe sie genau kennen gelernt. Das neue Heer wird demokratisch sein. Aber auch das läßt sich nicht von heute auf morgen machen. Ich habe am Tage vor Pfingsten 75 Unteroffiziere zu Offizieren befördert. (Beifall.) Aber nicht jeder Offizier aus dem Mannschaftsbestande ist brauchbar. Ich habe das hohe Staatsgefühl und Pflichtbewußtsein vieler alter Offiziere kennen und schätzen gelernt. Natürlich sind sie Berufssoldaten, keine Politiker, und sie stellen die Geldfrage manchmal allzu stark in den Vordergrund. Jetzt fordern die Unteroffiziere eine Aufbesserung, die

rund 2½ Milliarden

kosten dürfte. Wir müssen das ablehnen. Ich sehe schon heute den neuen Spektakel voraus. Man darf über die Freiwilligen auch nicht alles glauben, was in den Blättern steht. Sie führen kein Schlemmerdasein, sie haben es aber wirklich nicht nötig, sich von Rotzjungen Wuthund schimpfen und den Rock bespucken zu lassen. Wenn sich ein temperamentvoller Freiwilliger dagegen zur Wehr setzt, so ist das verständlich. Die Vorarbeiten für die restlose Beseitigung der Militärjustiz sind beendet. Die Vorlage geht der Nationalversammlung zu. Wir werden auch künftig, da wir kein stehendes Heer laufend unterhalten dürfen, auf das Werbesystem angewiesen sein. Uebermäßig viel Sold können wir nicht zahlen. Das einzige, was die Leute reizt, ist das etwas reichlichere Stück Brot. Geben wir ihnen das nicht, so wird noch mehr gehamstert und gemaust werden. Eine politische Tätigkeit in den Kasernen ist unmöglich.

Uebrigens suchen ja gerade jetzt die Unabhängigen, die Freiwilligen für sich zu gewinnen. (Hört, hört!) Man spricht hier so viel über die Einigung, die ja eines Tages kommen muß. Aber zuerst will man die Regierung stürzen und die Partei zerschlagen,

dann wollen sich die Unabhängigen mit Hilfe der Freiwilligen halten.

(Hört, hört!) Nach meiner Kenntnis haben Gespräche zwischen Offizieren in leitender Stellung und führenden Unabhängigen stattgefunden, bei denen den Offizieren klargemacht werden sollte, daß sie eine patriotische Pflicht erfüllten, **wenn sie mit den Unabhängigen gingen.** (Hört, hört!) Diese Unterhaltungen haben stattgefunden

mit Führern der Gardekavallerie-Schützendivision, mit Männern aus dem Ebenhotel.

(Lebhaftes Hört, hört!) Der ehemalige Volksbeauftragte Barth hat zu seinen Pistolen kein rechtes Zutrauen mehr; es gelüstet ihn jetzt nach Kanonen. (Hört, hört! und große Heiterkeit.) **Am letzten Sonnabend hat er drei Stunden dazu verwendet, den Führer der Gardekavallerie-Schützendivision davon zu überzeugen, daß er mit seiner Truppe den Unabhängigen dienen müßte, wenn**

demnächst die Regierung gestürzt werde.

(Lebhaftes Hört, hört!) Ich ersuche meine Parteigenossen, sich an politischer Einsicht von den Unabhängigen nicht allzusehr übertreffen zu lassen. Noch sind wir im Amte, nicht weil es uns Vergnügen macht, sondern nur, weil wir die Hoffnung hegen, Deutschland und das deutsche Volk aus dem Elend herauszuführen, und deshalb harren wir aus. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Stelling-Lübeck:

Es ist bedauerlich, daß wir, gezwungen durch die Verhältnisse, auf dem sozialdemokratischen Parteitag solche Reden anhören müssen. Ich war ein Gegner von Noske, aber was er gesagt hat, ist absolut stichhaltig. Aber die Regierung wollte mit allem Eifer die Unzuträglichkeiten bekämpfen. Gestern hat hier noch das Militär bei der Ablösung gespielt: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen." Da steigt einem die Schamröte ins Gesicht. Die Todesstrafe muß abgeschafft werden. Toller darf unter keinen Umständen hingerichtet werden. Die raschestre Demokratisierung der Verwaltung ist notwendig, aber haben wir auch die nötigen Personen? Ich glaube nein. Und die Unfähigkeit könnte uns böse hineinreißen. Eines müssen wir Noske und allen unseren Ministern zuerkennen: den ernsten Willen, Deutschland nach besten Kräften zu dienen und auch der Partei. Deshalb habe ich mich geschämt, als ich den Antrag las, Noske aus der Partei auszuschließen, daß etwas derartiges in der Partei möglich ist. Solche Anträge dürfen uns nicht wieder vor Augen kommen.

Kahl-Ludwigshafen: Die größte Unzufriedenheit herrscht unter denen, die im November neu beigetreten sind, welche glaubten, für 15 Pf. Beitrag gleich goldene Zeiten und ein Ministeramt beanspruchen zu können. Aber auch die ärmsten Genossen möchten mehr Sozialismus sehen. Wo bleibt das Reichsgesetz über das Sozialisierungsrecht der Gemeinden? Das Rahmengesetz für die Kommunalisierung sollte endlich herausgebracht werden. Die Behauptung, daß wir zu Verwaltungsposten nicht genügend fähige Parteigenossen hätten, ist eine Kränkung der Partei als solcher. Aber lieber ein paar verwaltungstechnische Fehler, als den alten reaktionären Landrat behalten! (Sehr gut!) Jetzt führen die unteren Organe nicht aus, was unsere sozialdemokratischen Minister Richtiges tun. Das sind keine Verwaltungstechniker, das ist der Feind, und dem sagen wir Kampf an. (Beifall.)

Stubbe-Hamburg: Wir haben auch nicht genügend fähige Parteigenossen erzogen. Wir hätten die sozialistischen Ziele schärfer in den Vordergrund stellen müssen. Die breiten Massen möchten noch mehr für die Einigung getan sehen. Aber auch wenn die leitenden Männer abtreten, wäre die Einigung nicht einen Schritt weiter. Wir müssen die Massen überzeugen, daß die Schuld an der Fortdauer der Spaltung allein an den Unabhängigen liegt.

Krüger-Potsdam

begründet folgende Resolution:

„Der Parteitag würdigt die Beschwerden der Parteigenossen über die Haltung der Freiwilligenkorps und ihrer Führer. Der Parteitag kann sich aber nicht verhehlen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an der Unzufriedenheit mit den Freiwilligenkorps nicht unschuldig sind, weil zu wenige Arbeiter in diese Korps eintreten und damit die einseitige Zusammensetzung dieser Truppen verschuldeten. Durch die Reform der Polizei und der Gendarmerie sind die Freiwilligenkorps von allen laufenden polizeilichen Aufgaben fernzuhalten. Sollen Regierung und Verfassung nicht jedem willkürlichen Einfluß unterliegen, ist nicht völlig auf militärische Macht zu verzichten. Die unterschiedlose Herabsetzung und die Boykottierung der Freiwilligentruppen in allen politischen Fragen, wie der Sicherheits- und Einwohnerwehren durch manche Arbeiter empfindet der Parteitag als eine Ungerechtigkeit. Der Parteitag fordert die völlige Neutralität der Freiwilligentruppen in allen politischen Fragen, um sie vor jedem Verdachte gegenrevolutionärer und anderer Ausschreitungen zu sichern. Alle Ausschreitungen der Mitglieder der Freiwilligentruppen werden vom Parteitag entschieden verurteilt. Deshalb erwartet der Parteitag eindeutige und feste Maßnahmen gegen jeden Mißbrauch der militärischen Gewalt. Er erhofft dies vor allem durch die weitgehende Demokratisierung des Offizierkorps und durch den Eintritt unserer Parteigenossen in die Reichswehr."

Redner führt aus: Im Dezember und Januar haben gerade die Berliner Parteigenossen gefordert, daß die Regierung sich militärische Machtmittel verschaffe gegen den gewalttätigen Terrorismus. Damals hat die Regierung dies in ihrer Friedensliebe abgelehnt und uns sogar an eigenen Aktionen gehindert. Wir können auch den Unabhängigen und Kommunisten nicht das angebliche Recht auf Revolution zubilligen. Unsere Revolution entsprach dem Willen der überwältigenden Volksmehrheit, die Putsche aber sind der

Aufstand einer gewaltigen Minderheit

gegen die Regierung der ungeheuren Mehrheit. (Sehr wahr!) Die Unabhängigen, die Eichhorn schützten, die heimlich mit der Gardekavallerie-Schützen-Division verhandelten, sind in ihrem Kampf gegen die Freiwilligen nur elende Heuchler. (Lebhafter Beifall.) Wir denken nicht daran, durch bedenkenlose Schimpfereien den Ast abzusägen, auf dem unsere Volksregierung sitzen muß. Die unabhängigen Massen wollen die Einigung nicht, das zeigt ihr Verhalten in den Gewerkschaften und Sportvereinen. Unsere Politik wird von den alten Grundsätzen getragen, und die Genossen dürfen sich nicht irre machen lassen in ihrem Vertrauen zur Partei. (Beifall.)

Franz-Waldenburg: Wir müssen unsere Politik restlos auf das Programm einstellen. Wie konnte danach ein Todesurteil bestätigt werden? (Sehr gut!) Wir sehen zu wenig Taten sozialistischen Geistes. Im besetzten Gebiet ist die Erfassung wundervoll gegangen, wehe dem Bauer, der nicht ablieferte! Warum macht es Noske nicht ebenso? (Heiterkeit und Zuruf: Todesurteile fällen!) Wucherer und Schleichhändler haben es dahin gebracht, daß wir besiegt worden sind.

Schiller-Hamburg: Ich anerkenne die Arbeit unserer Vertrauensleute in der Regierung, aber es sind da auch Revisionisten drin, die jede Initiative und Angriffslust lähmen. (Unruhe.) Ich habe das Gefühl, je länger die Revolution dauert, desto größer wird die Gefahr, daß auch deren elementare Errungenschaften verloren gehen. Die Sozialisierung ist der Ausdruck der heißen Sehnsucht von Millionen von Proletariern. Unsere Führerschaft darf nicht auch versagen. Die Anklage Wisells gegen die Kollegen im Kabinett beweist, daß er nicht nur gegen bürgerliche, sondern auch gegen sozialistische reformerische Strömungen zu kämpfen hat. Bei der Abstimmung über die Entschädigungsfrage hat leider ein Teil unserer Parteigenossen gefehlt, aber die Regierung hätte in dieser Frage keine unheilvolle Konzession machen, sondern mit ihrem Rücktritt drohen müssen. In der Frage des Zeitungspapiers hat Genosse Adolf Schulz schon sehr viel gesagt. Wo ist Euer Einfluß, diesen Skandal zu beseitigen? (Sehr gut!) Die alte Geheimratswirtschaft besteht noch immer fort und stellt uns skandalös bloß. Einigungsverhandlungen dürfen nicht nur zentral geführt werden, sie können auch kommen von unten herauf aus den Arbeiter- und Betriebsräten, aus der Einigung im Wirtschaftsprozeß. (Lebhafter Beifall.)

Emmel-Apolda: Die Thüringer Delegierten beantragen, in der Einigungsresolution Braun den dritten Absatz zu streichen. Die Einigungsverhandlungen darf nicht nur der Parteivorstand führen, es muß hierfür eine besondere Kommission eingesetzt werden. Bei der Schaffung Groß-Thüringens hält sich Preußen ängstlich an die alten Grenzen.

Scholich-Breslau: Das Mißtrauen der Genossen gegen den Parteivorstand und die neue Regierung ist tief. Was hat man uns nicht alles vor der Wahl versprochen? (Zuruf: Was denn?) Die Einverleibung der Gutsbezirke in die Gemeinden ist noch nicht durchgeführt, noch nicht einmal vorbereitet. Die Amtsvorsteher draußen auf dem Lande sind die ärgste reaktionäre Macht. Die wichtigen Gebäude- und Einkommensteuerveranlagungs-Kommissionen in den Kreisen sind noch nicht erneuert. Daher das Mißtrauen, für das wir die Prügeljungen sind. Unsere Minister haben Angst vor der eigenen Courage. Heine hat uns Neuwahl dieser Kreiskommissionen versprochen, ist aber dann in Berlin wieder dem Einfluß der alten reaktionären Geheimräte unterlegen. Erst nachdem ihm die Fraktion den Boden heiß gemacht hat, hat er eine Ergänzung in Aussicht gestellt. Ob und wann sie kommt, ist eine andere Frage. Wenn wir nicht genügend tüchtige Landräte haben, müssen wir die Landräte wenigstens kontrollieren. Statt dessen entfernt man die Kontrollorgane. Die Provinziallandtage sind auch noch nicht aufgelöst. Wenn Heine uns keinen neuen Geist bringen kann, soll er abtreten, und wenn die Ministerialdirektoren und Geheimräte den neuen Geist nicht hereinlassen, soll er sie zum Teufel jagen, denn wir verlangen sozialdemokratische Politik und nicht diese Hänge- und Würgepolitik. (Beifall.)

Heine:

Genosse Scholich ist mein Freund. Nur Freunde wie Scholich und Groger können mir abraten, mein sorgenvolles Amt schleunigst aufzugeben. (Heiterkeit.) Ich habe es übernommen gegen meinen Willen, weil mich die Fraktion der Landesversammlung entgegen meinen dringendsten Bitten dazu zwang. Ich bin ganz der Meinung des Genossen Wels, daß die Demokratisierung noch nicht genügend vorwärts getrieben ist. Wenn das aber ein Vorwurf gegen die preußische Regierung sein soll, so ist er von keiner Sachkenntnis getrübt. Ich habe ein höchst umfangreiches Reformprogramm aufgestellt, das von der Fraktion des Rätekongresses und der Landesversammlung gebilligt wurde. Aber solch Riesenwerk läßt sich nicht im Handumdrehen durchführen. Im Juli kommt die neue Städteverfassung, im Herbst das übrige. Ich sitze erst zwei Monate im Amt, und von allen Seiten schreien die Genossen, es geschehe nichts. Ich warne dringend vor Ueberstürzung und schluderiger Arbeit. Die Verordnungen über die Gemeindewahlen und Kreiswahlen sind durch Uebereilung in jeder Beziehung unvollkommen, ein Dutzend Nachtragsverordnungen hat den Mangel nicht beseitigt. Jetzt müssen der Landesversammlung neue Gesetze zugehen über die Wählbarkeit der Frauen zu den Magistraten und die Neuwahl der Deputationen zu den Kreisen. Auch andere Notgesetze sind schon ziemlich fertig, aber wirkliche Besserung kann nur in einem Guß erfolgen. Ich habe kein Verordnungsrecht und kann nur Vorlagen machen, ich kann auch nicht neue Tapeten ankleben, wenn ich dabei bin, das ganze Haus umzubauen. Vieles muß geändert werden, aber dazu gehört Sorgfalt und Konzentration, sonst kommt nichts Rechtes heraus. Dann zur Personenfrage. In der rein sozialistischen Regierung nach der Revolution hat niemand daran gedacht, die Regierungsräte und Landräte davonzujagen. Man hätte damit die ganze Lebensmittelversorgung in Frage gestellt. (Widerspruch.) Gewiß, manche Landräte tun nichts für die Lebensmittelaufbringung, aber am besten funktioniert sie dort, wo der Landrat sie freiwillig, ohne Zwang herbeiführt. (Zuruf: Er soll ja bleiben!) Ich habe ein paar ganz unmögliche reaktionäre Landräte entfernen müssen, und die Kreise liefern nicht mehr. (Zuruf: Noske soll hingehen!) Selbstverständlich lasse ich mich dadurch nicht beirren, aber man kann nicht im Eilzugstempo vorgehen. Die konservative Provinzpresse nennt mich den jüdischen Landratsschlächter. (Heiterkeit.) Ich möchte nicht bei den Parteigenossen der reaktionäre Landratsschützer heißen. Von 470 Landratsposten sind über 100 unbesetzt, es kommen noch mehr dazu. Aber warum machen die Genossen in den Kreistagen keine Vorschläge? (Zurufe: Wir wissen ja gar nicht, daß wir es sollen!) Gewiß, es steht nur in dem Gesetz über die Kreistagsneuwahlen drin. (Heiterkeit.) Jetzt werden nur Landratsverweser angestellt. Im Herbst wird auf Grund der neuen Kreisordnung neu gewählt. Dann werden die präsentierten Landräte ernannt, natürlich nur solche, die nicht offen die Regierung verhöhnen. Wenn bei den Wahlen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, bitte ich um Beschwerde. Ich werde nachprüfen und die Auflösung herbeiführen. Bisher habe ich nur 8 Beschwerden überhaupt erhalten. (Heiterkeit.)

Die Genossen müssen selbst demokratische Politik machen. Unterdrückung kann von oben kommen, Freiheit nur von unten. Alle Genossen haben jetzt das Recht, unmittelbar mit der Zentralstelle zu verkehren, jede prüfbare Beschwerde wird nachgeprüft. Wo die Genossen nicht die Mehrheit haben, müssen sie eben darum kämpfen. So geht es nicht, wie ein Genosse mir gesagt hat, die Demokratie wäre sehr gut, wenn wir überall die Mehrheit hätten. (Heiterkeit.) Die Demokratie gilt auch für die anderen, daran ist nichts zu ändern. Zum Schutz gegen Unterdrückung und Ungewandtheit müssen Sie die Organisationen ausbauen. Die Drohung mit Ueberlaufen zu den Unabhängigen bessert gar nichts. Auch die Parteipresse versagt, sie ist ausschließlich auf Kritik eingestellt. Damit macht man jede parlamentarische Regierung tot. Ich bin der Partei und der Landesversammlung verantwortlich, aber Sie sind der Welt und der Geschichte mitverantwortlich dafür, daß die demokratische und sozialistische Herrschaft nicht zusammenbricht. Die Bureaus sind überlastet. Die sechsstündige Arbeitszeit in den Bureaus beschleunigt die Verwaltung auch nicht. Sie müssen die Genossen zum Verantwortlichkeitsgefühl erziehen. Ich habe mich nicht zu diesem Amt gedrängt, aber ich arbeite im schnellsten Tempo, das möglich ist, und werde die berechtigten Wünsche der Genossen erfüllen, wenn Sie mir Zeit zur Arbeit lassen. Wenn nicht, suchen Sie sich einen anderen. Ich habe nicht Lust, auf mir rumprügeln zu lassen, ohne daß die, die den Prügel schwingen, irgendwelche Sachkenntnis haben. (Beifall.)

Die weitere Debatte wird vertagt.

Den Bericht der Mandatprüfungskommission erstattet Brückner-Berlin. Es sind 434 Parteitagsmitglieder anwesend, davon 370 Delegierte, 48 Mitglieder der Nationalversammlung, 7 Mitglieder des Parteivorstandes, 5 Mitglieder der Kontrollkommission, 1 Referent, 1 Vertreter des „Vorwärts", der „Neuen Zeit" und der Organisationskommission. Unter den Parteitagsmitgliedern sind 45 Frauen. Die Mandate werden für gültig erklärt.

Die morgige Sitzung beginnt mit den Referaten Scheidemanns und Bernsteins. Dann geht die Debatte weiter.

Ein Telegramm der Parteiorganisation Oberschlesien protestiert gegen jede Losreißung dieses Gebietes von Deutschland. (Beifall.)

Die Donnerstag-Sitzung beginnt um 9 Uhr vormittags.

Schluß 6½ Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Bezirk Süden. Morgen Freitag, ½8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Drogge, Dieffenbachstr. 57. Tagesordnung: Der Sozialistentag. Wahl des Delegierten.

Bezirk Wilmersdorf. Mitgliederversammlung morgen Freitag, 7½ Uhr, Hindenburg-Schule, am Seepark. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Achter deutscher Pazifistentag. Sonnabend, ½8 Uhr, Herrenhaus: Prof. Brentano-München, Frau Kirchhoff-Bremen, Prof. Nicolai-Berlin. Sonntag, 11 Uhr, im Lehrervereinshaus: Dr. Fried-Bern, v. Gerlach-Berlin, Prof. Quidde-München. Näheres Anschlagsäulen! Karten 1 und 2 M. bei Bote u. Bock, Leipziger Straße, und A. Wertheim. — **Sozialdemokratischer Aerzte-Verein.** Sitzung am 16. Juni, abends 8 Uhr, im Zahnärztehaus, Bülowstr. 104, Richterzimmer: 1. Aussprache über die Reform des medizinischen Unterrichts. Referenten: Herr Blaschko, Herr Mosbacher. 2. Ueber die Familienversicherung. Referent: Herr Silberstein. 3. Antrag auf Uebernahme der Schulzahnpflege durch die Stadt Berlin. Referent: Herr Drucker. Gäste willkommen. — Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, Versammlung **sämtlicher Polizeibeamten** in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35. — Sonnabend, 7 Uhr, Versammlung der Vereinigung der **sozialdemokratischen Beamten, Angestellten und Hilfskräfte** Groß-Berlins in der Stadthalle. — **„Meinekescher Männerchor Berlin 1900".** Uebungsstunde jeden Freitag, abends von 8—10 Uhr, in Meys Festsälen, Gerichtstr. 31. Sangeskundige Genossen herzlichst willkommen.

Wetterbericht bis Freitag mittag. Zunächst noch überwiegend heiter und trocken, in den Tagesstunden warm, später im Süden strichweise Gewitter mit etwas Abkühlung.

Deutsche Männer und Frauen! Zu spät ist es nicht, sich weiterzubilden, den Kreis seiner Kenntnisse zu erweitern, wenn uns nur die **richtige Gelegenheit** dazu geboten wird. Es ist für jedermann, was Standes er auch sei, heutzutage eine eiserne Notwendigkeit, sich in seinem Berufe auszukennen. Unsere Kenntnisse sind unser unverlierbares Eigentum, welches uns niemand rauben kann.

Wie gerufen kommt nun die **Goldene Bibliothek der Bildung u. des Wissens,**

ein Universal-Bildungswerk ersten Ranges, für Kriegsbeschädigte, Kaufleute, Beamte und die handwerklichen Berufsarten.

3 große Prachtbände mit Zahlungserleichterung v. monatl. **55,— Mark nur 6 M.**

Inhalt: Ueber 2700 Textseiten, über 700 Abbildungen, zahlreichen Uebungsvorlagen und bunten Tafeln, einem **französischen** und **englischen** Sprachkursus, sowie eine große Zeichenschule mit mehreren 100 Uebungsvorlagen, von dem einfachsten Zeichnen bis zum beruflichen Maschinen- und perspektivischen Zeichnen. — Erd- und Völkerkunde — Kultur- und Literaturgeschichte — Himmelskunde — Geographie und Ethnographie — Geologie (mit einem Grundriß der Gesteinskunde oder Mineralogie) — Physik — Volkswirtschaftslehre und Bürgerkunde (Abhandlungen über alles sozial und politisch Wissenswerte) — Ratgeber in Rechtssachen — Bürgerliches und Strafgesetzbuch — Lateinschrift — Schönschreiben und Rundschrift — Deutsche Sprache — Stenographie — Buchführung (einfach, doppelt und amerikanisch) — Rechnen (mit Wechselrechnen und Algebra) — Orthographisches Wörterbuch — Briefsteller — Musterformulare zu Schriftstücken aller Art im Verkehr mit Gerichten und Behörden, Anfertigung von Klagen, Kontrakten und Eingaben, sowie Steuertabellen.

Man verlange kostenlos ein Musterbuch zur Ansicht, siehe Bestellschein

(In offenem Briefumschlag für 5 Pf.) **Bestellschein** aus dem **„Vorwärts"**

An die Buchhandlung

A. M. Feller, Hermsdorf b. Berlin.

Bestelle hiermit von der **Goldenen Bibliothek** ein Musterbuch kostenlos zur Ansicht.

Name: _____

Ort: _____

Opernhaus Tiefland.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus Die Journalisten
Anfang 7 Uhr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßler.
7½ Uhr: **'s Jungferngitt.**

Deutsches Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Pallenberg in
Familie Schimek.

Kammerspiele.
Allabendlich 7½ Uhr:
Leopoldine Konstantin
in **Eifersucht.**

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Mia Werber und Hans Wassmann in **Geisha.**

Dir.: C. Meinhard - R. Bernauer
Theater i. d. KöniggrätzerStraße
8.15 Uhr: **Musik.**
(Clara: Maria Orska.)
Freitag: **Erdgeist.**
(Lulu: Maria Orska.)
Sonnabend 7 Uhr z. 1. Male:
Der Häuptling.
Satyrspiel i. 3 Akt. v. P. Apel.
(Alfred Abel, Math. Brandt, ErnstDernburg, Grete Dierks, Alexander Ekert, Werner Hollmann, Max Jungk, Rich. Leopold, Ernst Pröckl, Otto Schiller, Reinhold Schünzel.)

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
Gastspiel
Lucie Höflich u. Ludw. Hartau
¼8 Uhr: **Liselott von der Pfalz.**

Berliner Theater
7.15 Uhr: Neueinstudiert:
Die tolle Komtess.
Operette in 3 Akten v. Rudolf Bernauer u. Rudolf Schanzer.
Musik von Walter Kollo.
(Hilde Wörner, Melitta Kiefer, Olga Engl, Emil Birron, Ernst Behmer, Hermann Picha, Paul Rehkopf, Alfred Scherzer.)
Freitag: **Sterne, d. wied. leucht.**
Sonnab.: **Die tolle Komteß.**

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391
Tägl. 8 U. Heute z. 277. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonna d. ½4: Aschenbrödel.
Sonntag 4 U.: Johannisfeuer.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Die kleine Sklavin.

Rose-Theater.
7½ Uhr: **Ehe-Urlaub.**
7½ Uhr Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.

National-Theater.
Stürmischer Erfolg. 7½ Uhr
Die Kinopuppe.

Casino-Theater.
Lothring. Str. 37. Tägl. ½8 Uhr.
Nur noch bis diesen Sonntag
Der selige Hofschinski
und das gr. Spezialit.-Progr.
Sonnt. 3½: **Du sollst es nicht.**
Ab Montag, 17. Juni, geschloss.

Luisen-Theater.
7½: **Die lichtscheue Dame**
Sonnabend 3: **Max und Moritz.**
Sonntag 3: **Kabale u. Liebe.**

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7¾ Sonntag 3½ und 7¾
Gastspiel

Anton
Herrnfeld
m. seiner aus 28 Personen bestehenden Gesellschaft in der saftigen Burleske
Wer ist der Vater?
Vorh. Spezialitäten!

METROPOL
KABARETT
DEHRENSTR. 35
Paul Steinitz
Minna Beverelly
Fritz Berger
Klein Rosa
Lachpilleo-Wolf
Lassl u. Acuni
Hansi Etzer
Franz Romahn
Mia Renard
Adolf Karnbach
Am Flügel: Henschel
Cont.: Flatow
Gyigyi - Konzerte

Lessing-Theater.
Sommerspielz.: H. Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher:
8 Uhr: **Charleys Tante.**

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Max Adalbert u. Kurt Götz in:
Die Rutschbahn.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½ Uhr: **Die Schönste von Allen.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Die toten Augen.**

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Das Dorf ohne Glocke.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Kümmelblättchen.**

Komische Oper
7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus
7¾ Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater.
7 Uhr 10: **Die Faschingsfee.**

Neues Operettenhaus
7¼ U.: **Die Dame vom Zirkus.**

Palast-Theater
7½ Uhr: **Talisman.**
Operette in 3 Akten v. Zorlig.

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: **König Krause.**

Thalia-Theater
7¼ U.: **Zur wilden Hummel.**

Th. am Nollendorfplatz
3¼ Uhr: Der neue Stiftsarzt. Gr. Freund. E. Lichtenstein in
7½ Uhr: **Die Puppe.**

Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: **4 Einakter.**

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Mandragola.**

MARMOR HAUS
Kurfürstendamm 238.
Direktion:
Siegbert Goldschmidt.
PRINZESSIN TATJANAS TRAGÖDIE
(Wenn ein Weib den Weg verliert)
6 Akte aus dem Leben einer modernen Frau.
Regie:
Carl Wilhelm.
Außerdem:
Albert hat Prokura
Lustspiel in 3 Akten.
Titelrolle:
Albert Paulig.
4, 6¹⁵, 8³⁰.

Berliner Prater
7/9 Kastanienallee 7/9.
Täglich:
12 Varieté-Attraktionen.
In der Tanz-Diele **Ball.**
Anfang ½8 Uhr.

Theater am Kottbus. Tor
Allabendlich 7½ Uhr:
Elite-Sänger ehemal. Mitgl. d. Stettiner Sänger
Ruselli, Horst, Seidel usw.
Humor. Spielpl.
Sommerpreise!
Im Garten:
Blüthgen-Konzert.

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

4—6
Freikonzert
Wiener
Praterleben
im Clou
Mauerstr. 82.
15. Juni letzter Tag!

BRAUNE'S DIELE
ALEXANDERSTR. 55
Lachpilleo-Wolf
Else Gareli
Karl Stöhr
3 Schwestern Löck
Alfred Jansen
Mary Walter
Rosi Körner
Am Flügel: Sawade
Cont.: Heinelus
Ebener - Konzerte.

Vergnügungspalast Groß-Berlin

früher **Kliems Festsäle,** Hasenheide 13—15
Direktion: KARL KNOPPE.

Täglich: Das wirklich phänomenale, von Publikum und Presse anerkannte und als ganz hervorragend bezeichnete

Eröffnungs-Programm.

Anfang Wochentags 8½ Uhr, Sonntags 4 Uhr.
In den Prachtsälen: Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag

Großer Ball bei verstärktem Orchester.
Anfang Sonntags 4 Uhr, Wochentags 6½ Uhr. 194L*

Circus Busch
Heute 7½ U.: **Circus-Programm**
Tänze und
Ein Fest n. d. Stiergefecht.
8½ Uhr präz.:
Ringer-Wettstreit
Pelkert / Stoll
Mohrmann / Schneider
Pawlowicz / Pietro-Scholz
Entscheidungskampf:
Hintze / Burgadanoff.

Prinzeß-Theater
Kantstr. 163 am Zoo.
2. Woche
Der beispiellose Erfolg!
„Anders als die Andern"
(§ 175)
Von 50/20
Dr. Magnus Hirschfeld
Regie:
Richard Oswald.
Conrad Veidt — Reinhold Schunzel — Anita Berber
Fritz Schulz
5 — 6.45 — 8.30

Admirals-Palast.
Täglich ½8 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Ballette
Im Gespensterschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Revue
Admirals-Kino.
Die schwarze Loge.
Alfred Abel, Lori Leux.
Frau Hempels Tochter

Reichshall.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Stettiner Sänger
Meysel, Britton, Max Steidl usw.

Von 8 Uhr bis 10 Uhr läuft die
Stufenbahn
Blücherplatz.

Linden-Restaurant
Eingänge:
Unter den Linden 44
Friedrichstraße 82
allseitig gerühmte Küche!
Echt Pilsener und Münchener Biere
Kapelle Michalek.

Kino ohne Konkurrenz!
In einer Kreisstadt Mecklenburgs (circa 4000 Einwohner) ist ein rentables Sommerrestaurant mit einem 12×15 m großen Saal zu verpachten. Der Saal müßte als Kino eingerichtet werden, dann auch Wintergeschäft. Dazu geeignete Unternehmer wollen ihre Adresse unter „Kino" einsenden an Albert Rudolfs Annoncen-Exped., Strenberg (Mecklenbg.)

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß, Brunnenstr. 16.

Theater in der Königgrätzer Straße.
Sonnabend, 14. Juni, 7 Uhr:
Zum ersten Male: 142D
Der Häuptling.
Satyrspiel in 3 Akten von Paul Apel.
Hauptdarsteller: Alfred Abel / Mathilde Brandt / Ernst Deraburg / Grete Dierks / Alexander Ekert / Werner Hollmann / Max Jungk / Richard Leopold / Ernst Pröckl / Otto Schiller / Reinhold Schünzel.

Gute Ballmusik
Prachtsäle des Westens
Spichernstr. 8 (Untergrundbahnhof Nürnberger Platz)
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag: **Gr. Ball**
Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr.
Gute Ballmusik

Blüthnersaal, Lützowstraße 76.
Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr:
„AUFSTIEG"
Künstlerischer Vortragsabend.
Vortragsfolge:
Beethoven: „Egmont-Ouvertüre". Blüthner-Orchester unter Leitung des Herrn Kapellmeister Eduard Mörike. 90020*
Walter v. Molo: „Den Sternen zu". Vorlesung aus dem Schiller-Roman des Verfassers.
Wagner: „Vorspiel" und „Isoldes Liebestod" aus „Tristan und Isolde".
Colin Roß: Auf der Schwelle. Gedanken z. Geist d. Zeit.
Liszt: „Préludes". Blüthner-Orchester.
Karten zu 3.—, 2.— und 1.— M. bei Bote & Bock und A. Wertheim, sowie an der Abendkasse.

Donnerstag, den 12. Juni, nachm. 3 Uhr
Germania: Mk. 40000 Rennen zu Karlshorst
Alles Nähere siehe Anschlagsäulen.

Peltzer Grill
HERMANN PELTZER
WEIN-RESTAURANT
Neue Wilhelmstr. 5
Nähe Unter den Linden. Zentrum 11 017.

Lernt Dekorieren!
Privat-Schule für Schaufenster-Dekoration von Leopold Levinsohn, Berlin, Leipziger Str. 86, gegenüb. Tietz. — Prospekt Tages- und Abendkurse.

Jeder sichere sich zeitig für ein Eigenheim
Baustellen
in der Gemeinde **Heiligensee,** am Bahnhof **Schulzendorf**
als beste Anlage für Ersparnisse
mit nur
Mk. 500.—
Anzahlung und vierteljährlicher Abzahlung von
Mk. 100.—
Gemüse- u. Kartoffelbau, eigene Wohnung verbilligt d. Wohnen u. schafft Freude u. Gesundheit!
Auskünfte und Pläne durch:
Berliner Bodenverein, Berlin, Friedrichstr. 171, III. Tel.: Zentr. 1942 u. 1943
an Ort und Stelle durch Hemmann, Jägerweg 1.

Etablissement Kyffhäuser

Niederschönweide, Berliner Str. 91, direkt a. d. Spree gelegen.
Im Konzert-Garten jeden Donnerstag
Großes Konzert Salon-Kapelle Felix Zöllner aus Breslau.
30295
(Bei ungünstigem Wetter im Saal.)
Jeden Donnerstag im großen Parkettsaal
Beginn 7 Uhr. **Ball intim.** Erstklassige Ballmusik.
Jeden Sonntag ab 4 Uhr: **Moderner Ball.** Kapelle H. Baharska.

BAD SACHSA
Glanzpunkt des Südharzes
Prospekte durch die Bade-Verwaltung

MÖBEL
Lieferung kompletter
Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer
ab Fabrikgebäude m. eig. Lastauto nach jedem Ort.
MÜLLER
Berlin, Alexanderstr. 31.
Tel. Kgst. 1737. *

Piano und Flügel
Harmonium
neue, gebrauchte, sehr preiswert.
Seydler, Oranienplatz 21.

Einwohnerwehr!

Jeder waffenfähige Berliner melde sich zum Eintritt in die von der Regierung zum Schutze des Eigentums und der Familie, befohlene unpolitische Einwohnerwehr. Aufruf erst im Moment der höchsten Gefahr. Keine Berufsunterbrechung. Regelung der Unfall- und Hinterbliebenenfürsorge erfolgt bei militär. Aufgebot nach den Militärversorgungsgesetzen. Wie bei den letzten Unruhen gezeigt, bedarf ein jedes Haus des Schutzes.

Werbestellen der Einwohnerwehr.

Für Berlin:
NW. 52. Alt-Moabit 126, Kofahl. 9—12 vorm., 3—4 Uhr nachm.
W. 9. Bellevuestr. 14, Freikorps Ulhow 9½-1 vorm., 5-6½ nachm.
NW. 21. Bochumer Str. 4, Hausbund. 4—5 Uhr nachm.
N. 58. Cantianstr. 21, Probst. Zu jed. Z.
N. 24. Friedrichstr. 112, Zander. 10—12 Uhr vorm.
SW. 11. Hallesche Str. 20, Bund deutscher Offiz.-Frauen 9—7 Uhr.
N. 20. Hochstr. 11, Meyer (Kontor). 4—6½ Uhr nachm.
W. 62. Kurfürstenstr. 125, Auskstelle für Freiwillige. 9—7 Uhr.
SW. 11. Königgrätzer Str. 111, Auskstelle für Freiwillige. 9—7 Uhr.
SO. 26. Oranienstr. 1, Auskunftstelle für Freiwillige. 9—7 Uhr.
SO. 36. Oranienstr. 168, Auskunftstelle für Freiwillige. 9—7 Uhr.
N. 39. Pankstr. 96, II. Grundbes.-Ver. Wedding. 10½—12 Uhr vorm., außer Sonnabend und Sonntag.
N. 37. Prenzlauer Allee 2, Steinmetz. Vormittags bis 10½ Uhr.
N. 39. Scharnhorststr. 23, Nachr.-Bureau. 9½-1 vorm., 5-6½ nachm.
NW. 52. Thomasiusstr. 8, Scheer. 2—5 Uhr nachm.
NW. 52. Turmstr. 91 (Neues Nr.-Ger.) Brig. Reinhard. 9-5. Sonnt. 9-11½.
W. 66. Mauerstr. 80, Seilert. 9—5 Uhr, außer Sonnabend u. Sonnt.

Für die Vororte:
Charlottenburg, Rathaus, Zim. 214.
Schöneberg, Neues Rathaus, Rudolf-Wilde-Platz.
Wilmersdorf, Schaperstr. 25.
Friedenau, Goslarstr. 14.
Steglitz, Grunewaldstr. 1.
Dahlem, Podbielski-Allee 78.
Lichterfelde, Drakestr. 72/75.
Zehlendorf, Milinowskistr. 75.
Tempelhof, Rathaus.
Schmargendorf, Rathaus.
Nikolassee, Rathaus.
Marienfelde, Rathaus.
Neukölln, Elbestr. 32.

W. Schröder
Möbel-Fabrik
Berlin SW., Lindenstr. 11/12
Fernspr.: Moritzpl. 1426
— Gegründet 1877 —
bekannt, reell und preiswert, empfiehlt
Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage
Besondere Vergünstigung:
Fabrikpreise, franko Lieferung auch nach auswärts, 3jähr. schriftl. Garantie

Die Heilkraft des Radium
erproben Sie durch Anwendung der Dr. med. Gutenthal's
5 Radium-Spezialpräparate
Vorzüglich bewährt bei Rheuma und Ischias, Haarausfall und Erkrank. jeder Art, Achsel-, Fuß- und Handschweiß, Pickel, Hautröte, Mitesser.
Einzelpackung mit Gebrauchsanweisung Mark 3,75. D. R. G. M. angemeldet.
Größte Wirksamkeit. Nur echt mit Namenszug des Erfinders.
Erhältlich bei **Viktoria-Apotheke,** SW 48, Friedrichstr. 19. Tel. Moritzpl. 3382/84.
Fürst Bismarck-Apotheke, O, Oppeiner Straße 38, Ecke Wrangelstraße.
Adler-Apotheke, N, Prinzen-Allee 68.
Apotheke z. Blk. Kreuz, N, Kastanienallee 2.
Marien-Apotheke, Wilmersdorf, Wilhelmsaue 110.
Walter Krickstadt, Wilmersdorf, Schlieslach 18.
General-Vertrieb (nicht f. Private) **Cohnreich & Philippi,** Charlottenbg. 205, Roscherstr. 7. Steinplatz 7006. 42/18*

Juwelier Siegele
Berlin NW
Friedrichstrasse 58
Brillanten
Perlen

KÜHLE LIMONADE

Äußerst erfrischend und durststillend, von **hervorragend delikatem Geschmack** und feinem Fruchtaroma (Himbeer, Kirsch, Erdbeer usw.), stellt man her nach meinem Verfahren durch einfachste Selbstbereitung.
Selbstkosten **ca. 8 Pfg. pro Flasche** trinkfertiger Limonade, einschl. Steuer.
Aus frischen Früchten bereitet, daher bereits seit 30 Jahren allgemein beliebt und bekannt, kostet Noas Himbeer- usw. Aroma 1 Originalfl. M. 2.— u. M. 1.20 Steuer; fertig gesüßt 1 Originalflasche M. 2.50 und M. 1.20 Steuer — ausreichend für je 40 Flaschen Limonade.
Versand gegen Nachnahme.
Zu haben in den Berliner Drogerien!
Essenzenfabrik **Max Noa,** Berlin-Niederschönhausen F. 7
Stammhaus gegr. 1883.
Noa's Original-Extrakte für Liköre und Limonaden sind weltbekannt.

Kronen, Brücken, Plomben
Zähne in 1 Tag
Minderbemittelten Ermäßigung. Dir. Koppe's
Spez.-Inst. f. mod. Zahnersatz
Magdeburger Str. 28, Ecke Lützowstr., Kurf. 1230

Am 2. Pfingstfeiertag Mittag verschieden infolge Unglücksfalls plötzlich und unerwartet in Kersdorf bei Briesen in der Mark mein lieber Mann, unser guter Vater, der Zimmerpolier

Paul Bagemühl,

sowie mit ihm vereint meine geliebte Tochter und unsere treue Schwester

Hedwig Bagemühl,

was hiermit schmerzerfüllt und tief betrübt anzeigen

Berlin W. 9 (Schellingstr. 5, S. II), 11. Juni 1919

Frau Auguste Bagemühl, geb. **Groth,**
nebst Kindern.

Tag der Beerdigung wird nach Ueberführung nach Berlin noch bekannt gegeben.

Aus Pfingstsonne und Frohsinn jäh hingerissen wurde unser lieber Hausmeister, Herr

Paul Bagemühl

zugleich mit seiner 14jährigen

Tochter Hedwig

durch einen traurigen Unglücksfall.

Herr Bagemühl war uns Jahre lang ein treuer, redlicher, eifriger Angestellter. Sein Hinscheiden und das frühe Ende seines auch uns sehr lieben Töchterchens bedauern wir aufs tiefste. So dauernd wie unsere Erinnerung an die beiden Verstorbenen, ist unsere Teilnahme gegen die Hinterbliebenen.

Adolf Sommerfeld
Norddeutsche Tiefbaugesellschaft m. b. H.

Erschüttert durch einen schweren Unglücksfall, bringen wir die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber Mitangestellter, Herr Hausmeister

Paul Bagemühl

gemeinsam mit seiner erst 14jährigen

Tochter Hedwig

eines jähen Todes starb.

Seine treue Rechtschaffenheit und Zuvorkommenheit sichern ihm bei uns ein herzliches Andenken, wie wir auch sein frohes, sonniges Töchterchen nie vergessen werden.

Die Angestellten der Firma Adolf Sommerfeld
Norddeutsche Tiefbau-Gesellschaft m. b. H.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands Zahlst. Berlin u. Umg.
(Bezirk 16.)

Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Ferd. Labitzke

am 9. Juni 1919 im Reservelaz. Hedwigkrankenhaus verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Juni, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Friedhofes, Hasenheide, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verein der Freidenker für Feuerbestattung.
Sitz Berlin. Gegr. 1905.
Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Oranienstr. 83/84, Geöffn. v. 10-6. Sonnabd. v. 10-2 Uhr.

Am 7. Juni verstarb unser Mitglied Frau

Marie Schmalz
geb. Härtel.

Schöneberg, Sedanstr. 38.

Ehre ihrem Andenken!

Die Einäscherung erfolgt heute, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Treptow-Baumschulenweg.

Der Vorstand.

Spezial-Abteilung

Uniformenfärben, in **Zivil** umarbeiten

in **schwarz, braun, blau, grün, in 5 Tagen**

sowie

Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten

von **Herren-** und **Damengarderoben in 3 Tagen.**

Stoffneuheiten. Stoffausstellung.

Außerdem wird jeder Artikel **in 6 Tagen gefärbt,**

Trauersachen in 48 Stunden.

Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 63 I.

ZIGARREN
pro Mille von 650 Mark an
gibt in großen und kleineren Posten ab

Echter Schmalzer **Schnupftabak** Päckch. 35 Pfg.

Zigarren-Engros-Haus Neukölln
Neukölln, Schinkestraße 4-5.

Heil-Anstalt Löser Münzstraße 9 nahe Alexanderpl. 9—1, 4—8, Sta. 10—12

Modernes Ambulatorium, Licht- und Finsen-Institut.
Inhalatorium = Gurgel-Kabinen
Elektrische und Medizinische Bäder
Institut für Diagnostik und Therapie 145/3*
— Harn- und Blutuntersuchungen. —

Seit über 25 Jahren ist

Lanolin-Cream Marke „Pfeilring"

in Tuben u. Dosen in all. Apotheken und Drogerien Friseurgeschäften erhältlich,

das unübertroffen Beste zur Hautpflege.

Vereinigte Chemische Werke Aktien-Gesellschaft.
Abteilung Lanolin-Fabrik Martinikenfelde.
Charlottenburg, Salzufer 16.

Geld wie Heu

verdient jeder täglich überall, wo lebhafter Verkehr, durch Vertrieb eines in Stadt und Land leicht verkäuflichen patentamtlich geschützten, jetzt auf den Markt kommenden

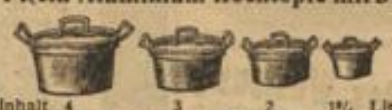
Massenartikels

Muster durch Einschreibebrief gegen Einsendung von 1,50 M. zu Diensten. 86/9
Grossisten erwünscht.

Ferdinand Richheimer, Karlsruhe i. B.

Für die mir zu meinem 70. Geburtstage erwiesene Aufmerksamkeit sage ich allen Genossen und Freunden meinen herzlichsten Dank.
145D HERMANN GRASHOLD.

Direkt aus meiner Fabrik
diese 4 Rein-Aluminium-Kochtöpfe mit Deckel



Inhalt 4 3 2 1¾ Liter
Mark 50,00 franko Nachnahme.

Aluminium-Prägewerk Seuthe,
Holthausen bei Plettenberg. 146D*

Bruchbänder
fertig und nach Maß. 1137L.
Leibbinden alle Systeme **Gummiwaren**
auf Wunsch Damenbedienung.
Lieferant für Krankenkassen.
A. Schröder & Co., Berlin NW, Karlstr. 19.

Johanna-Kinderheim
Elsasser Straße 11, nahe Rosenthaler Tor.
Wohlfahrtseinrichtung des Vereins für Kindervolksküchen und Volkskinderhorte. E. V. Gegr. 1893.
Vorübergehende liebevolle Aufnahme von Kindern von 4—14 Jahren. Besichtigung erbeten. Tel.: Norden 10 635.
Der Vorstand des Vereins für Kindervolksküchen und Volkskinderhorte, Berlin.
11792 **Hermann Abraham,** Vorsitzender.

SPAETHE
HARMONIUM
BERLIN • W • 9 •
Potsdamerstr.

Blendend weiße Zähne durch
Chlorodont
die wunderbar erfrischende Zahnpaste

Kranke Ziegen

Kaninchen, Geflügelkrankheiten, erfolgreichste Behandlung, Spezialrezepte. Hunde-Kupieren, Bergiften, Bockschneiden nur vormittags nach Anmeldung. **Mäßiges Honorar.**

Tierarzt Jülling, Lübbener Str. 20 **Am Schlesischen Tor.**
8—10 2—4 Sonntags 11—1.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½1—2 mittags, ½6 bis ½10 Uhr abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

Blendend weisser Teint
wird erzielt durch
Besalon-Bleich-Cream

der Leberflecken, Sommersprossen usw. entfernt. Probetube M. 2,50, große Dose M. 6.—. Zu haben in Apotheken, Drogerien usw. Fabrikant: Apotheker **Bruno Salomon,** Fabrik pharmaceutischer Präparate, **Charlottenburg IV 1,** Bismarckstr. 96.

Versand durch die Luisenstädtische Apotheke
Berlin SO., Cöpenicker Str. 119.

Bohrpaste
Einmaliges, konkurrenzloses Angebot!
1½-Pfd.-Dosen Stück nur M. 1.25
bei Abnahme von Originalkisten von 150 Stück Inhalt.
In Fässer Ztr. M. 55.—
Ein Schlager für Wiederverkäufer, Händler, Hausierer und Marktfahrer!
Schmier-, Wasch- u. Scheuermitt.-Engroshaus Germania
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 80. 51/18

Modernes Jackenkleid nach einem

Allstein-Schnittmuster
In allen Größen erhältlich bei
Wilhelm Stein
Berlin, Chausseestraße 70-71

Garantiert reiner Tabak
Pfund 19 M. 51/14
mit Verpackung jedes Quantum lieferbar. Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.
A. Schumacher, Cöln a. Rhein,
Trierer Str. 57. Tel. A. 1971.

+Frauen+
Hygien. Gummiwarenhaus von Frau Anna Hein, fr. Oberhebamme a. d. gebURTSHILFL. Klinik d. kgl. Charité Berlin, ältestes Spezialgeschäft f. sämtl. Frauen-Bedarfsartikel. Irrigatoren, Leibbinden, Menstrualbinden, Gummistrümpfe, Gummisauger in bekannter Qualität u. soliden Preisen. Sprechzeit 10—5. **Frau Anna Hein,** Berlin 100, Potsdamer Str. 106a. 10072*

Uhlandstraße,
nahe Hohenzollerndamm, haben wir ein sehr solide gebautes, vornehm. Wohnhaus zu verkaufen. Das Haus hat Wohnungen von 3 und 5 Zimmern mit Ofenheizung und Warmwasserversorg. Die außergewöhnlich billigen Mieten bringen einen Ertrag von zirka M. 31 000 und sind auf M. 36 000 gut zu erhöhen. Der Preis stellt sich auf M. 415 000.
Isr. Schmidt Söhne,
Leipzig, St. 112, C. Mauerstr. Zentr. 12600—3 u. 3066.

Existenz!
Zur Uebernahme eines Postversandgeschäfts Herren und Damen überall gesucht, auch Kriegsbeschädigte. Schöner Verdienst, kein Risiko. Nur 30 M. für Warenlager erforderlich. Zum Selbstausprobieren 10 Muster und Anleitung gegen Einsendung von 1 M. im Brief oder auf unser Postscheckkonto **Frankfurt a. M., Nr. 24 651.**
Wagner & Co.,
Marburg a. d. Lahn, Frankfurter Straße 38. 1432D

+Heilung
der Syphilis ohne Quecksilber durch Dr. med. Güntz-Kur. Schnell und wirksam. Aufklär. Broschüre N. zu beziehen für 1,50 M. durch **Brers Institut, Düsseldorf,** Akerstr. 74. Diskreter Versand ohne Firma. Porto exträ. 51/9*

Zwirn
kein Papier, 100 Sterne nur 20 M. frei Nachn. **P. Mothe,** Gesell. 154 Vogtl. 1813*

Felle und Roßhaare
kauft zu höchsten Preisen **Schkoll,** Elbinger Straße 64. 1440

Pfeffer!
Schwarzer Pfeffer, bis 500 kg sofort lieferbar. 9000b
Gefälligst erbittet
Fred W. Giele, Königgrätzer Straße 75. Fernr.: Kurfürst 1718.

Sofa, 2 Sessel, Ia,
Friedensarbeit, wie neu, **Spiegelschrank, Paneelbort, Bücherbort, Zigarrenschrank, elektrische Kronen, Uhr u. a. m.** verkauft 51/19
Flotowstr. 9, Portier.

Klavier 52/1
suche zu kaufen. Erbitte Preisangebote. **Frau Mumberg,** Charlottenburg, Suarezstr. 37, II l.

Siedlergemeinde
für 3—4 Zimm. m. Garten noch Mitglieder ges. Meldung unter Chiffre Stg. A. 865 an **Rudolf Mosse, Steglitz.** 52/3

Merkel & Co.
Meißen
empfehlen sich bei Bedarf von Zeichnungstaschen, Delegiertenmappen, Markenmappen 2c. *

Möbel
jeder Art preiswert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brunnenstraße 7,
Nähe Rosenthaler Platz.

Ankauf von **guten Antiquitäten**
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40a.

Ankauf von **Juwelen**
zum heutigen hohen Kurs
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9.

Rum-Kognak-Verschnitt
Zuckergesüßte Sekte
J. F. Rauch, Weingroßhdl. Berlin N. 4, Bergstraße 34.
Alte Weinstuben:
Friedrichstr. 11.
Brunnenstraße 174.
Gr. Frankfurter Str. 112.
Weißweine
Rotweine

Läuse-
Kopfläuse mit Brut (Nüsse) beseitigt man am sichersten mit dem schnell wirkenden Radikalmittel **„Läusefeind"!** Man meide daher Ersatzmittel u. achte auf das Schutzwort **„Läusefeind".** Fl. 75 Pf. u. 1,50. Gegen Kleiderläuse **Russol-Gel** Fl. 1,50. Körperläuse **Russol-Puder** 1 M. Wo nicht erhältl. Versand d. **Otto Reichel,** Berlin SO 43, Eisenbahnstr. 4.

Feind
Hienfong-Essenz
erstklassige Friedensware.
Fred W. Giele, Königgrätzer Straße 75. Tel.: Kurfürst 17/18.

Kreuzfuchs 300 M.
Weißfuchs, Blaufuchs, Zobel- und Alaskafuchs, Iltis, Skunks, Australisch. Opossum, jetzt ganz besonders preiswert.
J. Ruffer
Charlottenburg, Leibnizstraße 41 I
Steinplatz 10232.
Bitte auf Nr. 41 zu achten.
Annahme v. Konservierung Umarbeitungen erbitte jetzt. (1130L.*

Aufruf
an die alten Angehörigen des Kriegsvermessungswesens und Kriegsteilnehmer.

Die Landesaufnahme stellt für die Reichswehr (Grenzschutz Ost) mehrere Vermessungs-Abteilungen auf und bedarf dazu noch erfahrene Elektromonteure zur Bedienung einer elektrischen Anlage sowie Maschinisten und Heizer zur Bedienung einer Lokomobile in Druckereibetrieben. 1292D*

Gebührnisse: Mobile Löhnung nach Dienstgraden, Reichswehr- und Grenzschutz-Ost-Zulage 5 M. täglich Löhnungszuschüsse für Verheiratete von 1,65 M. täglich und für jedes Kind 1 M. mehr.
Freie Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft.

Schriftliche oder mündliche Meldung: Landesaufnahme Berlin, Moltkestr. 4.

Mandoline, Laute.
Gitarre, Wandermandol. 45.—, erstkl. 85.—. **Konzertlaute** 125.—, 145.— (Unterricht 8.— Monatshonorar, event. 10 stdg. Schnellkurse). **Künstlervioline** mit Zubehör 125.—, **Konzertgeige** 65.—. **Ernst, Oranienstraße 166 III.**

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff,** Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Piano, Harmonium,
Flügel, neu, gebraucht, **Bechsteinflügel,** verkauft billig **Ernst,** Oranienstr. 166 III. *

Wie ein Wunder
beseitigt
San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe**
jed. Hautausschl., Flechte, **Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern** der Frauen u. dergl., in Originaldosen 4.50, 7.50 erhältlich in der **„Elefanten-Apotheke"** Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Brustleidende,
tragen mit unbedingt sicherem Erfolg unser
Spranzband
Deutsches Reichs-Patent
Vollständig neues System!
Ohne Feder,
Ohne Schenkelriemen
Abbildung und Beschreibung kostenlos durch die Erfinder
Hermann Spranz, Unterkochen (Württbg.) Nr. 35.
Vertr.: R. Nicolaus, Elektro-Homöopath, Charlottenburg, Cauerstr. 32.

Möbel
günst. **Einkauf**
Speise-, Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen
DORN, Weinmeisterstr. 9
unweit Plandkammer.

Wäsuvera
gebrauch. Sie **„Contraverm"**, das neue Wurmmittel für Erwachsene u. Kinder (über 4 Jahre). Packung mit dazugehöriger Salbe **4,00 Mark.** Allein-Versand Löwen-Apotheke, Hannover 59.

Suche Piano.
Asser, Flensburger Str. 1. Moabit 7310.

Möbel
11322* liefert
Kossien
an Privatleute
zu billigen Preisen
Kastanien-Allee 57.

Schnell-Werkzeugspiralbohrer
kauft **Matulat,** Halensee, Kurfürstendamm 51/29

Seifenpulver, Seifenspäne,
in Ware, liefert jedes Quantum **Fred W. Giele,** Königgrätzer Straße 75. Tel.: Kurfürst 1718.

Professor Dr. Hebra's **Sommersprossen-Cream** nach Original-Rezept. 1000fach bewährt. In Töpfen à M. 4,50.
Elefanten-Apotheke Berlin S.W. 19
Leipziger Str. 74 140/90

Lombard-Haus Zentrum 1961 geschäftsz. 10-4
R. Graff, Leipz. Str. 75 II
Höchste Beleihung
Diskret., Reellste Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen.
10—50% unt. Ladenpr.

Arbeitsfuhrwerke
ein- u. zweispännig, auf halbe oder ganze Tage für leichte Fuhren zu vergeben. 1192*
Alex. Herman, G. m. b. H., Berlin N. 20, Pankstr. 29.

Gummi
gibts noch zu wenig, dafür gute Ersatzbereifungen, alle Bedarfsartikel für Fahrräder, prima Schutzengen aus Leder, Rucksäcke mit Lederriemen im
Fahrradhaus „Vorwärts",
Brunnenstr. 35, Hof links.

Kriegsanleihe
kauft gegen Barzahlung
Deutsche Metallindustrie,
Potsdamer Str. 67.

Für unser **großes Putzateliee** suchen wir zum baldigen event. späteren Eintritt noch mehrere erste Kräfte und zwar 51/15
Putz-Garniererinnen
Putz-Zuarbeiterinnen
bei hohem Gehalt und dauernder Stellung.
Offerten event. schriftlich oder mündlich erbeten.
Mertes & Co., Berlin SW. 68,
Lindenstr. 35.

Gelernter Ankerwickler,
der durchaus selbständig arbeiten kann, für Straßenbahn-Motoren SSW- und AEG-Bauart gesucht von größerer Straßenbahn Rheinlands. Bei Bewährung dauernde Stellung. Meldungen unter **G. 25** befördert die Geschäftsstelle des Blattes. 141D*

Instrumentenmacher,
junger, tüchtiger Mann, der imstande ist, alle Reparaturen spez. von Ziehharmonikas (Akkordions) und auch die Anfertigung von Bälgen zu denselben sowie alle Reparaturen an Sprechmaschinen u. Saiten-Instrumenten auszuführen in der Lage ist, wird gesucht. Reise **frei,** auch kann derselbe gute Kost und Logis erhalten.
Schriftliche Angebote und Angabe der Gehaltsansprüche an **C. M. Iversen,** Musikhandlung, **Kristiania,** Youngsgt 1.

Klempnerlehrlinge
für **Kühlerbau** stellt ein **H. Windhoff A.-G., Schöneberg,** Bennigsenstr. 20/22. 1242D*

Dreschmaschinenführer,
der **Stellmacher** ist, für 1. Juli gesucht.
Dom. Plohe, Post Markotsch.

Für 7—12 und 38—43 suche ich
Westenschneider.
Jacob Philippsborn, Magazinstr. 6/7. 52/2

Kolporteure
(Männer und Frauen) zum Vertriebe hochaktuellen 20 Pf.-Artikels gesucht. 50 Proz. Verdienst durch Besuch und Verkauf an Inhaber von Ladengeschäften u. Gewerbetreibende. Kein Durcheinanderlaufen, da Bezirkseinteilung. Meldung mit Papieren Freitag u. Sonnabend zwischen 2—6 Uhr Potsdamer Str. 76 B, 3 Trepp. bei **Dr. Kuester & Co.** 16/10*

Durchaus erfahrener
Modelltischler,
auch für Kernseelen- und Kernkästenherstellung auf **Gas- u. Wasserarmaturen,**
perf. Metallformer
für Gas- und Wasserarmaturen sofort gesucht. **Brandenburger Maschinen- und Armaturenfabrik Walter Jacobi G. m. b. H.,** Brandenburg a. H. 51/13

Schmied,
tüchtiger, selbständig arbeitend, auch mit leichter Hammerarbeit vertraut, suchen 1392D
Baechler & Paasche,
Kunstschmiede, Marienfelde, Schönberger Str. 27.

Prozeß Ledebour.

Das Gericht beschloß, dem Zeugen Dr. Meyer die Frage vorzulegen, ob und was ihm darüber bekannt sei, daß Leutnant Fischer den Angeklagten habe ermorden lassen wollen.

Zeuge Dr. Meyer sagt: Als ich mit Ledebour zusammen auf der Kommandantur eingeliefert wurde, gab der damalige Stadtkommandant Klawunde auf unsere Frage die Auskunft, er wisse nicht, wer unsere Verhaftung veranlaßt habe. Er habe sie nicht veranlaßt, seines Wissens auch keine Behörde. Wir verlangten unsere Freilassung und Feststellung der Namen der beiden Herren, die als Führer der Soldaten unsere Festnahme ausgeführt hatten und von denen der eine als Oberleutnant angeredet wurde. Klawunde weigerte sich, dies Verlangen zu erfüllen. Er sagte, er kenne die beiden Herren nicht. Ich sagte dagegen, einer derselben habe einen von Klawunde unterschriebenen Passierschein, wonach der ihn als Vizefeldwebel Matuschka ausweise. Es fiel mir auf, daß, als wir in das Auto gebracht werden sollten, Matuschka und der Oberleutnant wie im Einverständnis sich anlächelten. Ich verlangte deshalb, mich mit der Reichskanzlei telephonisch zu verbinden, aber das wurde verweigert. Man wollte uns ohne militärische Begleitung zurückfahren lassen, was wir aber ablehnten. Darauf sagte Klawunde, er habe es ja gleich gesagt, daß wir besser täten, die Nacht in der Kommandantur zu bleiben. Er wies uns dann ein Zimmer an. Nach einiger Zeit kam ein Herr, der uns aufforderte, ihm zu folgen. Auf Ledebours Frage, wer er sei, antwortete der Herr, er sei der Stadtkommandant Leutnant Fischer. Wir wurden nun aus der Kommandantur nach dem Kronprinzenpalais gebracht. Die Soldaten, die uns auf diesem Wege begleiteten, verhielten sich ganz anders als die, die uns nach der Kommandantur gebracht hatten. Diese benahmen sich durchaus anständig. Unsere Begleiter nach dem Kronprinzenpalais aber schimpften auf uns und äußerten, die Kerle müßte man gleich niederschießen. Die Soldaten gingen nicht, wie es sonst bei Transporten üblich ist, neben uns, sondern in einiger Entfernung hinter uns. Aus einer Aeußerung Fischers entnahm ich, daß man damit rechnete, wir würden einen Fluchtversuch machen und dann würde man uns niederschießen. Als Ledebour Fischer fragte: „Wozu sind wir denn hier?", antwortete Fischer: „Verhandelt wird nicht, hier wird nur gehandelt." Als Ledebour vormittags gegen 3/4 10 Uhr verlangte, freigelassen zu werden, weil er an den Verhandlungen in der Reichskanzlei teilnehmen müsse, sagte Fischer: „Sie werden hier festgehalten. Wenn ein Angriff auf die Kommandantur gemacht oder etwas zu Ihrer Befreiung unternommen werden sollte, dann werden Sie Beide erschossen." — Ich hatte den Eindruck, daß das Vorgehen gegen uns auf eine Vereinbarung zwischen Fischer und der Regierung zurückzuführen sei. Auf eine Frage des Angekl. Ledebour antwortet der Zeuge: „Der als Oberleutnant angeredete Herr, der uns festnahm, führte einen von Fischer unterschriebenen und wie ich glaube auf den Namen Jörgens lautenden Ausweis bei sich. Später habe ich erfahren, daß Jörgen gar nicht Oberleutnant war, sondern Vertrauensstellung bei der Regierung hatte und Einzelheiten aus der Waffenstillstandskommission, die zu seiner Kenntnis gekommen waren, in die Presse gebracht hat. Die Soldaten, die mich aus meiner Wohnung geholt hatten, habe ich gesprochen während ich mit ihnen allein war als Ledebour aus seiner Wohnung geholt wurde. Sie wußten nichts von dem Zweck unserer Festnahme und sagten, sie handeln auf Befehl. Ich hatte den Eindruck, daß die Soldaten eigens zu unserer Festnahme zusammengesucht waren, daß es Fischers Leute waren und daß Fischer unsere Festnahme veranlaßt hat. Die Soldaten können von sich aus gar nicht die Absicht gehabt haben, etwas gegen uns zu unternehmen, sie haben sich ja auch ganz anständig gegen uns verhalten.

Ledebour bemerkt, die vom Zeugen Meyer bekundete Warnung Fischers vor einem Fluchtversuch habe geleutet: **„Bei einem Fluchtversuch erfolgt sofort die Kugel."** Die Warnung in dieser Form und unter den obwaltenden Umständen sei höchst auffallend, denn der Weg von der Kommandantur nach dem Kronprinzenpalais führte durch eine Reihe enger, mit schußbereiten Soldaten besetzter Höfe, so daß es geradezu irrsinnig gewesen wäre, hier an einen Fluchtversuch zu denken. Wenn es noch zur weiteren Vernehmung Fischers kommen sollte, dann werde jeder Versuch, die Wahrheit über die beabsichtigte Ermordung zu verschleiern, verhindert werden. Wir wollen auch — sagt der Angeklagte Ledebour — unter Beweis stellen, daß die Regierung von unserer Verhaftung vorher benachrichtigt war. Trotzdem haben die Mitglieder der Regierung, vor allem Landsberg, als sich meine Frau wegen meiner Verhaftung an sie wandte, wahrheitswidrig behauptet, sie wüßten nichts von der Sache.

Als der Zeuge Dr. Meyer vereidigt werden sollte, widersprach der Staatsanwalt der Verteidigung, weil Meyer als Mittäter in Frage kommen sollte. — Rechtsanwalt Rosenfeld stellt dagegen fest, daß Meyer sich nicht in Untersuchungs-, sondern in Schutzhaft befindet und daß bis heut kein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet ist. — Zeuge Meyer wird hierauf vereidigt.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Rosenfeld wird nach anfänglichem Widerspruch des Staatsanwalts die Antwort der Regierung auf die gerichtliche Anfrage wegen der Genehmigung zur Aussage des Zeugen Anton Fischer verlesen. Sie ist unterzeichnet vom Reichswehrminister Noske und geht dahin, daß dem Zeugen Fischer mit Rücksicht auf die Sicherheit des Reiches untersagt wird, über Gegenstände, die unter seiner Amtsverschwiegenheit stehen, auszusagen. Diese Aeußerung — so heißt es in dem Bescheid Noskes — gilt auch für das Reichsministerium.

Angeklagter Ledebour: Was die **Reichsregierung durch das** Verbot der Aussage Fischers verhindern will, wird sie nicht verhindern können.

Wir werden die Wahrheit doch herausbringen.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Herzfeld wird zur Charakterisierung Fischers der Zeuge Füllbrand vernommen, der seinerzeit einer der Führer in der Volksmarine-Division war. Er sagt, als während der Januarunruhen Klawunde anstelle Fischers zum Stadtkommandanten ernannt war, sei Fischer zu den Matrosen in den Marstall gekommen, habe sich sehr ungehalten über seine Zurücksetzung geäußert und die Matrosen gefragt, ob sie hinter ihm ständen. Vor drei bis vier Wochen habe Fischer in einer Versammlung in der Chausseestraße gegen die Regierung gesprochen. Während dieses Prozesses habe er, der Zeuge, Fischer im Gerichtsgebäude getroffen, ehe derselbe vernommen war. Da habe Fischer zu ihm gesagt, er, Fischer, sei jetzt stellungslos, aber er habe eine Stellung bei der Regierung in Aussicht, wo er von niemandem abhängig und sein eigener Herr sei. Er werde seine Zeugenaussage so einrichten, daß er sich die Aussicht auf diese Stellung nicht verscherze.

Angeklagter Ledebour: Wenn das richtig ist, dann befand sich Fischer, als er seine Aussage machte, nicht in einem Amt. Er hat ja auch gar nicht davon gesprochen. Erst der Staatsanwalt hat es ihm suggeriert, daß er Beamter und zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet sei. Ist es so, wie der Zeuge Füllbrandt sagte, dann hat Noske kein Recht, die Vernehmung Fischers zu untersagen. Die Frage Fischers an die Matrosen, ob sie hinter ihm ständen, könne nur so aufgefaßt werden, ob er auf die Matrosen rechnen könne, wenn er etwas gegen die Regierung unternehme. Der Mann, der sich hier rühmte, die Matrosen am 6. Januar für die Regierung gewonnen zu haben, suchte sie kurz darauf zu einer Bewegung gegen die Regierung zu gewinnen, sobald er aus dem Amt entlassen war. Das ist sehr wertvoll zur Charakterisierung Fischers.

Zeuge Dittmann, Sekretär der U. S. P. D., wird befragt nach den Gründen, welche die Unabhängigen zum Austritt aus dem Rat der Volksbeauftragten veranlaßten. Der Zeuge sagt im wesentlichen, die Unabhängigen seien in die Regierung eingetreten unter der Voraussetzung, daß das sozialdemokratische Programm verwirklicht werde. Das hätten die Mitglieder der Rechtssozialisten auch zugesagt, aber bald habe sich gezeigt, daß sie den kapitalistischen Parteien und den Vertretern des alten Militärregiments Konzessionen machten. Namentlich hätten sich die militärischen Einflüsse stark bemerkbar gemacht. Infolgedessen habe sich im Rat der Volksbeauftragten ein fortwährender stiller Kampf zwischen den beiden Parteirichtungen abgespielt, dem aber keine persönlichen, sondern nur rein sachliche Gegensätze zugrunde lagen. Dann sei der Zusammenstoß am 6. Dezember gekommen, das Schießen der Soldaten auf Demonstranten in der Chausseestraße und die Soldatenkundgebung, welche Ebert zum Präsidenten der Republik ausrief, während gleichzeitig der Versuch gemacht wurde, den Vollzugsrat zu verhaften. Das sei ein Fall, der besonders gravierend zeige,

daß militärische Stellen ihre Hände im Spiel hatten.

Auch bei dem Matrosenkonflikt am 23. und 24. Dezember sei der große Einfluß des Militärs unverkennbar gewesen. Ebert, Scheidemann und Landsberg hätten ohne Wissen der Volksbeauftragten der Unabhängigen an die alten Militärs den Befehl gegeben

mit Kanonen gegen die Matrosen im Marstall vorzugehen.

Dadurch sei der Weg der Verständigung, der schon beschritten gewesen sei, verlassen worden. Man habe die Matrosen durch Gewalt zur Uebergabe zwingen und den Autoritätsstandpunkt zur Geltung bringen wollen. Die Dinge hätten sich dann immer mehr zugespitzt, die Unabhängigen hätten verlangt, daß der Zentralrat als Kontrollorgan der Regierung über die Dezembervorgänge gehört werden solle, was dann auch geschehen sei. In dem nur aus Rechtssozialisten bestehenden Zentralrat sei eine starke Strömung gegen das Verhalten von Ebert, Scheidemann und Landsberg vorhanden gewesen. Man sei geneigt gewesen, diese drei Volksbeauftragten durch andere Rechtssozialisten zu ersetzen, aber das habe den Unabhängigen nicht genügt, sie hätten gefürchtet, daß die Regierung auf dem einmal beschrittenen Wege der Gewalt weiter gedrängt werden würde. Darum hätten es die Unabhängigen vorgezogen, aus der Regierung auszutreten.

Angeklagter Ledebour fragt den Zeugen, ob nicht der Vollzugsrat nach den Vorgängen am 6. Dezember beschlossen habe, Ebert seines Amtes als Volksbeauftragten zu entsetzen, weil die Soldatenkundgebung, die ihn zum Präsidenten ausrief, mit seinem Wissen und Willen standgefunden habe.

Nach einer Erörterung über die Zulässigkeit dieser Frage beschloß das Gericht, sie nicht zuzulassen, weil sie Beweggründe des Handelns des Angeklagten betreffe, aber nicht Tatsachen, die mit den Strafhandlungen in Zusammenhang stehen. Das Gericht habe bereits als wahr unterstellt, daß nach der Ueberzeugung des Angeklagten der Volksbeauftragte Ebert die Demonstration der Soldaten am 6. Dezember veranlaßt habe. Auf die objektive Wahrheit dieser Ueberzeugung komme es nicht an.

Während der Beratungspause hatte der Angeklagte Ledebour die „B. Z. am Mittag" erhalten, die im Anschluß an die beiläufige Bemerkung des Genossen Wels auf dem Parteitage, Ledebour habe die Revolution verschlafen, ausführt, als Ebert und Scheidemann am 9. November im Reichstage erschienen, um mit den Führern der Unabhängigen über die Besetzung der Regierung zu sprechen, sei Ledebour, der sich seit dem 8. November im Reichstage aufgehalten habe, in einem Zimmer des Reichstages schlafend gefunden worden. Man habe ihn um 12 Uhr mittags geweckt und ihm mitgeteilt, daß die Republik ausgerufen sei.

Nachdem der Vorsitzende den Ablehnungsbeschluß verkündet hatte, fragte der Angeklagte Ledebour den Zeugen Dittmann, ob die Angabe der „B. Z." richtig sei. — Zeuge Dittmann antwortet, die Angaben seien falsch, Ledebour sei am 9. November um 6 Uhr morgens aufgestanden und von da an jederzeit im Reichstage zur Verfügung gewesen, er habe auch mit den wegen Uebernahme der Regierung erschienenen Vertretern der Rechtssozialisten verhandelt.

Ledebour überreicht die „B. Z." einem seiner Verteidiger mit den Worten: „Das ist der Dank dafür, daß ich dem Menschen (gemeint ist Wels. Red.) das Leben gerettet habe.

Die weitere Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt.

Groß-Berlin

Das Begräbnis Rosa Luxemburgs.

Kranzdeputationen der S. P. D.

Der Vollzugsrat Groß-Berlin hat folgenden U. S. P.-Antrag bei Stimmenenthaltung der Mitglieder der S. P. D. angenommen:

„Der Vollzugsrat ersucht alle Kreise des werktätigen Volkes der einem ruchlosen Verbrechen zum Opfer gefallenen Vorkämpferin des Proletariats, Genossin Rosa Luxemburg, durch eine allgemeine Beteiligung an der am Freitag, den 13. Juni, stattfindenden Beerdigung die letzte Ehre zu erweisen und gleichzeitig Protest gegen alle Schandtaten der Reaktion zu erheben."

Die Fraktion der S. P. D. gab hierzu folgende Erklärung ab:

2]

Die Amnestie.

Novelle von Emilia Pardo-Bazan.

Uebertragen von H. Hesse.

„Herr des Himmels, was für Gesetze! Die Unmenschen, die sie gemacht haben, müßten am ersten damit bestraft werden!" rief der entrüstete Chorus aus.

„Es gibt also keine Möglichkeit, Frau, keine Möglichkeit?"

„Er sagte, wir könnten uns trennen nach einem Verfahren, das man Scheidung nennt."

„Und was nennt man Scheidung, Frau?"

„Einen langen, langen Prozeß."

Entmutigt ließen alle die Arme sinken. Prozesse — die nahmen ja nie ein Ende, und es war noch schlimmer, wenn sie entschieden wurden, denn der Arme und Unschuldige verlor mit tödlicher Sicherheit.

„Und dabei müßte ich noch obendrein beweisen, daß mein Mann mich mißhandelt!" fügte die Tagelöhnerin hinzu.

O grausame Ironie der Worte!

Großer Gott, hatte dieser Unhold denn nicht ihre Mutter ermordet ...? War das etwa keine Mißhandlung ....? Und pfiffen es nicht die Spatzen von den Dächern, daß er ihr mit dem Tode gedroht hatte .....?

„Aber niemand war Zeuge der Drohung. Der Advokat sagt, daß man ganz klare Beweise haben muß!"

Eine wahre Revolte kam zum Ausbruch. Einige Frauen waren entschlossen, sagten sie, einen Tatbericht an den König selbst zu senden und um Revision des Gnadenaktes zu bitten, und jede von ihnen würde abwechselnd im Hause der Tagelöhnerin übernachten, damit die arme Frau ein bißchen Schlaf fände.

Zum Glück kam am dritten Tage die Nachricht, die Amnestie sei nur beschränkt, und der Sträfling müsse seine Ketten noch ein paar Jahre schleppen.

Die Nacht, die dieser Kunde folgte, war die erste, da Antonia sich nicht mehr mit weitaufgerissenen Augen im Bett aufrichtete und um Hilfe schrie.

Als diese große Aufregung vorüber war, verging ein Jahr, und die arme Tagelöhnerin, die sich ganz ihren niedrigen Arbeiten hingab, fand die Ruhe wieder. Da eines Tages glaubte ein Dienstbote in dem Hause, in dem sie arbeitete, dieser blassen Frau, deren Mann im Gefängnis saß, eine Freude zu bereiten mit der Neuigkeit, daß die Königin in Hoffnung sei und gewiß bald eine neue Amnestie kommen würde.

Die Aufwartefrau scheuerte gerade die Treppe. Als sie nun diese Prophezeiung vernahm, legte sie die grobe Schürze ab, und die aufgesteckten Röcke loslassend, ging sie fort wie im Traum, stumm und kalt wie ein Steinbild. Wenn man aus den Häusern, in denen sie arbeitete, nach ihr schickte, ließ sie sagen, sie wäre krank, obwohl in Wirklichkeit das, was sie empfand, nur eine allgemeine Vernichtung bedeutete, die Ohnmacht, die Hand zu einer Arbeit zu regen.

An dem Tage, da ein königlicher Sproß das Licht der Welt erblickte, zählte sie die Kanonenschüsse, die dumpf in ihrem Geiste wiederhallten, und da ihr jemand sagte, es sei nur ein Mädchen, keimte in ihr die Hoffnung auf, die Amnestie sei nicht so allgemein wie bei der Geburt eines Prinzen.

Warum sollte sich ferner die Begnadigung auf ihren Mann erstrecken? Man hatte seine Strafe ja schon herabgesetzt, und es war ja ein schreckliches Verbrechen, das er begangen. Eine wehrlose alte Frau ermorden, die ihm in keiner Weise zur Last war, nur um ein paar elender Goldstücke wegen!

Die furchtbare Szene stand ihr wieder vor Augen. Wer sie denn überhaupt des Mitleids würdig, die Bestie, die mit so sicherer Hand den tödlichen Stoß geführt? Antonia entsann sich noch der großen Wunde, und es war ihr, als jähe sie das geronnene Blut noch zu den Füßen des Feldbettes.

Sie schloß sich in die Wohnung ein und setzte sich auf einen Schemel am Kamin.

Bah, wenn man sie denn einmal töten wollte, war es schon besser, sich zu Tode zu grämen. Nur die klägliche Stimme des Kindes entriß sie ihrem Sinnen, ihrem Gebrochensein.

„Mutter, ich habe Hunger... Wer ist da an der Tür? Wer kommt da?"

Endlich an einem schönen sonnigen Morgen zuckte sie die Achseln, raffte einen Pack schmutziges Zeug zusammen und ging zur Wäsche.

Nur langsam und wortkarg antwortete sie auf die herzlichen Fragen, die man an sie richtete, und verwirrt und ein wenig irr richtete ihr Blick sich auf den Seifenschaum, der ihr ins Gesicht spritzte.

Woher kam die unverhoffte Neuigkeit eigentlich gerade in dem Augenblick, da Antonia die gewaschene und ausgewrungene Wäsche zusammenpackte und nach Hause gehen wollte? Hatte man sie in barmherziger Absicht erfunden? Oder war jenes geheimnisvolle Raunen unbekannten Ursprungs, das am Vorabend großer Ereignisse im Leben der Völker oder einzelner Menschen in der Luft liegt .....?

Als Antonia es erfuhr, legte sie unwillkürlich die Hand aufs Herz und setzte sich auf die feuchten Steinplatten nieder:

„Wie, wahrhaftig? Er ist tot?" fragten die frühen Wäscherinnen die anderen, die erst später kamen.

„Ja, Frauen."

„Ich hörte es auf dem Markte!"

„Und ich im Laden!"

„Und wer hat es dir erzählt?"

„Mir ....? Mein Mann."

„Und deinem Mann?"

„Der Bursche des Hauptmanns."

„Und woher weiß es der Bursche?"

„Von seinem Herrn."

Hier genügte die Autorität. Niemand wollte es noch näher ergründen, und die Nachricht wurde für echt und wahr erklärt.

Der Verbrecher gestorben, am Vorabend der Begnadigung, bevor er den letzten Tag seiner verkürzten Strafe erlebt!

Die Tagelöhnerin hob den Kopf, und zum ersten Male färbten sich ihre Wangen mit gesunder Röte. Der Quell ihrer Tränen brach hervor — sie weinte vor Freude und niemand nahm daran Anstoß.

Sie war ja die Begnadigte, und ihr Jubel war berechtigt.

Immer reichlicher rannen die Tränen, und ihr Herz lebte auf, denn seit dem Verbrechen war sie wie bedonnert geblieben und hatte nicht zu sprechen vermocht.

Von ihrem Alpdruck befreit, atmete sie nun erlöst auf.

* * *

An jenem Abend ging Antonia später als gewöhnlich nach Hause. Sie holte den Kleinen in der Kinderschule ab und kaufte ihm Bretzeln und andere Näschereien, die der Knabe sich schon seit langer Zeit wünschte, und beide streiften durch die Straßen und blieben vor den Schaufenstern stehen. Sie verspürten gar keinen Hunger und empfanden nur den einen Drang, in freier Luft zu atmen .... sich über das normale Leben, zu freuen, das sie nun wieder führen würden.

Antonia war in einer wahren Verzückung und bemerkte gar nicht, daß ihre Tür halboffen stand.

Ohne die Hand des Kindes loszulassen, trat sie in den kleinen Raum, der ihr als Küche und zugleich als Wohnzimmer diente. Doch bestürzt wich sie zurück, als sie sah, daß der Oellenchter schon angezündet war. Und da am Tische richtete sich eine dunkle Gestalt empor — der Schrei, der sich ihr auf die Lippen drängte, erstickte ihr in der Kehle.

Er war es! (Schluß folgt.)

Das gesamte internationale Proletariat betrauert in der ermordeten Genossin Rosa Luxemburg eine Führerin von Geist und hoher Begabung. Die Arbeiterschaft Deutschlands im besonderen wird die unermüdliche Kämpferin für den internationalen Sozialismus und die warmherzige Freundin des leidenden und kämpfenden Proletariats nie vergessen. Wir erwarten daher von unseren Parteifreunden und Gesinnungsgenossen in der Berliner werktätigen Bevölkerung, daß sie zur letzten Ehrung der Hingeschiedenen **Kranzdeputationen zur Beerdigung entsenden.**"

Die dem Vollzugsrat mehrfach zugegangenen Klagen über Unternehmer, die ihre Arbeiter und Angestellten

wegen Teilnahme an dem Generalstreik benachteiligen

oder gar entlassen haben, waren ebenfalls Gegenstand der Verhandlung. Der Vollzugsrat warnt alle Unternehmer vor derartigen Maßnahmen und verweist dabei auf die gegenwärtige, innerhalb der Arbeiterschaft vorhandene starke Mißstimmung, die durch Provokation der Unternehmer noch weiter gesteigert werden kann und schließlich zur abermaligen Störung des gesamten Wirtschaftslebens beiträgt.

Zu ganz unerträglichen Verhältnissen hat sich auch während des Streiks das wilde Fuhrwesen entwickelt. Diese wilden Fuhrwerke, einschließlich der Droschken und Kraftwagen, die den Streik ausnutzen, um das Publikum zu brandschatzen, werden mit Recht besonders von dem Personal der streikenden Verkehrsbetriebe als Streikbrecher angesehen und dementsprechend behandelt. Es ist anläßlich des letzten Generalstreiks mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und diesen Streikbrechern gekommen, was schließlich zu bedauern ist. Mehrfach sind Kommissionen der Streikenden beim Vollzugsrat vorstellig geworden, die ein Einschreiten gegen die genannten Fuhrwerke forderten. Der Vollzugsrat ist dazu nicht in der Lage. Allerdings muß er auch die Verantwortung ablehnen für Vorgänge, die durch dieses Streikbrechertum heraufbeschworen werden. Weiter wurde beschlossen, die **nächste Vollversammlung der Arbeiterräte Mittwoch, den 18. Juni,** abzuhalten.

Sozialistische Studentenpartei. Zur Teilnahme am Begräbnis Rosa Luxemburg's Treffpunkt Freitag 11 Uhr Universität (gr. Uhr) oder ½12 Uhr Landsberger Platz. Aufstellung hinter der „Freien Jugend".

Vorbereitungen zum Bürgerstreik.

In einer Sitzung des Bürgerrats Groß-Berlins am Dienstagnachmittag führte Konsul Marx aus: Der Bürgerstreik sei jetzt in nächste Nähe gerückt. Er solle vermieden werden, wenn es aber nicht anders geht, wird der Bürgerrat zum Streik aufrufen. Wir handeln im Einverständnis mit den militärischen Stellen, auch im Einvernehmen mit dem Reichswehrministerium. (!!) Rote Plakate heißen Beginn des Streiks und blau Ende des Streiks. Es seien bereits 200 000 Flugblätter gedruckt, die durch Flieger abgeworfen werden sollen. Man habe sich eine Druckerei gesichert, um auch während des Bürgerstreiks drucken zu können. Die Organisation umfasse nur die Stadt Berlin, die Vororte Berlins seien in 26 Organisationen zusammengefaßt. Das eventuelle Streiklokal befinde sich im Moabiter Kriminalgerichtsgebäude. Zur Ausstellung von Passierkarten sollen Photographien mit Unterschrift bei der Geschäftsstelle, Charlottenstr. 44/45, beigebracht werden. Das Reichswehrministerium habe das **Telephon dem Bürgerrat freigegeben,** wenn es auch für die Oeffentlichkeit gesperrt ist. Der Streik würde unter Fühlung der Behörden und der Regierung proklamiert. Man sprach dann über die voraussichtliche Beteiligung der einzelnen Berufe und sagte u. a., auf Wermuth sei kein Verlaß.

Wir sind gegen den Streikwahn auf jeder Seite und erwarten, daß die Regierung auch die Bürgerstreiker nicht ermutigt.

* * *

Ueber die Einstellung des Personenverkehrs auf der Stadt- und Ringbahn sowie bei den Vorortstrecken im Falle eines Generalstreiks erhalten wir von der Eisenbahndirektion Berlin folgende Erklärung: Die Erfahrungen des letzten Generalstreiks, an dem sich auch ein Teil der Eisenbahnarbeiter beteiligt hat, haben gezeigt, daß die Eisenbahn ohne schwere Gefährdung der Fahrgäste und des Personals **nicht in der Lage** ist, den Verkehr zu bewältigen, wenn die übrigen Verkehrsmittel, besonders die Straßenbahn und die Untergrundbahn aussetzen. Da die Eisenbahnverwaltung **nicht wieder die Verantwortung** dafür übernehmen kann, daß bei der an Streiktagen herrschenden Stimmung Betriebsunfälle vermieden werden, es bei dem Massenandrang auch nicht durchführbar ist, den Verkehr durch Absperrung der Bahnhöfe oder sonstige Maßnahmen zu regeln, wird sie sich leider genötigt sehen, im Falle eines Generalstreiks, an dem sich die Straßen- und Untergrundbahn sowie ein Teil der Eisenbahnarbeiter beteiligen, den Verkehr auf der Stadt- und Ringbahn, den Vorortstrecken und der Kremmener und Wernenchener Strecke einzustellen. Sie ist zu diesem Schritt auch deshalb genötigt, um das dadurch freiwerdende Personal zur unbedingt erforderlichen Aufrechterhaltung des Personenfernverkehrs sowie des Güterzugverkehrs zu verwenden.

Nochmals die Hamburg-Mannheimer Versicherungsgesellschaft.

In Nr. 161 d. Bl. beschäftigten uns schon einmal die eigenartigen Geschäftspraktiken des Direktors Hammarstrand, der die unter der Flagge der Wohltätigkeit segelnde Kriegspatenschaft und die Volksversicherung sich so nutzbar zu machen verstand. In seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Hausverwalter erhöhte er die Mieten seiner Gesellschaft von zirka 1800, 2300 und 4500 M. pro Etage auf etwa 5000—6000 M., wobei ihm seine rechte Hand in der Gesellschaft, auch ein Schwede namens Akesson, Hilfsdienste leistete. Um diese Mehrsummen, die der geschäftsgewandte Direktor einsteckte, wurde die Gesellschaft (d. h. die Versicherten) geprellt, denn Mehrkosten des Hausverwalters liegen nicht vor. Dem wirklichen Vorstand der Gesellschaft, Dr. Berthold Oster in Hamburg, Alsterdamm 39, sind die Dinge kaum unbekannt, man hat aber nicht gehört, daß er Herrn Hammarstrand zur Rechenschaft gezogen hätte. Was sagt der Staatsanwalt zu dieser höchst sonderbaren Verwaltung fremden Vermögens, und hat das Aufsichtsamt Kenntnis von den Manipulationen, durch die sich einzelne an den Spargroschen kleiner und kleinster Leute gewissenlos bereichern? In das Treiben dieses ausländischen Volksausbeuters sollte baldigst energisch hineingeleuchtet und ihm im Interesse der Versicherten ein Ende gemacht werden, und um so schneller, als dem Verlauten nach bedeutsame Aenderungen in der Gesellschaft bevorstehen. Haben die Herren im Frühjahr unbequem gewordene Oberbeamte (Familienväter) aus politischen Gründen gemaßregelt, so haben sie jetzt bis auf ganz wenige Personen dem ganzen Innen- und Außenpersonal zum 1. Juli gekündigt, und Herr Hammarstrand zieht sich ganz aus der Gesellschaft zurück. Vor wenigen Jahren noch vermögenslos, scheint er sein Schäfchen jetzt im Trockenen zu haben, zwei Prachtvillen in Gr.-Lichterfelde (Holbeinstr. 58 und Knesebeckstraße 1) nennt er sein eigen, außerdem ein Landhaus „Kavelweg" in Jingst an der Ostsee. Jetzt soll er eine weitere Villa in Gremsmühlen erwerben wollen, aber vielleicht ist das auch eine Irreführung zur Verschleierung einer etwaigen Absicht, den etwas heißer gewordenen Staub Deutschlands von den Füßen zu schütteln. Vielleicht achtet Herr Dernburg etwas auf diesen eigenartigen Kriegsgewinnler, damit er sein in Deutschland ergattertes Vermögen nicht rechtzeitig über die Grenze abschiebt, wie so mancher andere vor ihm.

Zu dem Vorfall auf der Strecke Birkdorf-Rauldorf haben wir die Darstellungen beider Teile gebracht. Das scheint uns anständig zu sein. Dafür werden wir in der „Freiheit" natürlich beschimpft. Gut, aber sie deutet dabei an, daß sich Soldaten, wenn das geschieht, auch mit Steinen werfen lassen müßten, ohne sich zu wehren. Die Soldaten behaupten, schon in Lichtenberg beschimpft und bedroht worden zu sein. Der Husar Schube habe sich sofort gestellt und sei als nicht fluchtverdächtig auf freiem Fuß belassen worden. Es fehlt uns auch nicht an Arbeiterbriefen, die von Provokationen gegen Soldaten berichten. Klarheit über den traurigen Fall kann nur durch eine öffentliche Gerichtsverhandlung zu schaffen versucht werden. Inzwischen sollen, wie behauptet wird, 50 gemietete Wanderredner mit hetzerischen Darstellungen zur weiteren Volksvergiftung losgelassen werden. . .

Die Magistratshilfskräfte nahmen Mittwoch nachmittag in einer Massenversammlung folgende Entschließung an: „Die Versammlung drückt ihr Erstaunen über die eigenartige Darstellung ihrer Forderungen in der Stadtverordnetenversammlung aus. Sie protestiert aufs schärfste gegen das Verlangen des Stadtv. Mommsen, die gesamten Hilfskräfte so schnell als möglich aus städtischen Diensten zu entfernen, und überläßt ihm die Verantwortlichkeit für die Beunruhigung in der Oeffentlichkeit durch eine solche Maßnahme. Die Versammlung erhebt Protest gegen die bewußte Verschleppung des Mitbestimmungsrechts und fordert den Magistrat auf, unverzüglich den Verfügungsentwurf zu zeichnen, andernfalls nach dem Schiedsspruch gehandelt werden müsse.

Brot gegen Kaution. Ein neues Mittel, um die für den Brotverkauf erlassenen Vorschriften zu umgehen und gleichzeitig seinen Geldbeutel unter Ausnutzung des Brotmangels im Volke mit einem erheblichen Wuchergewinne zu bereichern, ist von einem erfinderischen Bäckermeister erdacht worden und hat schon überall Schule gemacht. Nach der neuen Brotkartenverordnung wird erst am Montagmorgen bekannt gemacht, welche Brotkarte für die Woche fällig ist. Dadurch soll nicht nur der Handel mit Brotkarten verhindert sondern auch gleichzeitig die vorherige Abgabe von Brot auf die neuen Brotkarten verhindert werden. Diese an sich gut erdachte und gutgemeinte Verordnung ist durch die folgende Methode zahlreicher Bäckermeister illusorisch gemacht. Es werden Brote gegen Stellung einer Kaution von 10 M. ohne Marken verkauft und der Käufer erhält eine Art Wertmarke als Quittung über die Kaution. Sobald dann am Wochenbeginn bekannt geworden ist, welche Brotmarke gültig ist, kann sich der Käufer gegen Hergabe der betreffenden Brotkarte und Rückgabe der Wertmarke seine Kaution zurückgeben lassen. — Diese Methode kann dazu führen, daß viele Leute, bei denen besonders starker Brotmangel herrscht, um sich nicht erst auf den gefährlichen Kauf einer Brotkarte einzulassen, die Kaution verfallen lassen und auf diese Weise, da sie ja noch die Brotkarte haben, für 10 Mark zwei Brote erlangen. Der Bäcker streicht natürlich die 10 M. Kaution für ein Brot schmunzelnd ein.

Arbeiterräte der S. P. D. der Metallindustrie. Heute Donnerstag, 4 Uhr, Herrenhaus, Saal 6: 1. Berufsfragen. 2. Verschiedenes. Pflicht aller Arbeiterräte, zu erscheinen. Mitgliedsbuch der Gewerkschaft und Partei legitimiert.

Der Fraktionsvorstand. Paul Haase.

Entsperrung auswärtiger. Von der Pflicht zur Entsperrung auswärtiger ist eine allgemeine Ausnahme zugunsten der Bildhauer, Juweliere, Gold- und Silberschmiede, Maßschuhmacher (Schoßarbeiter), Reparaturschuhmacher und Stepperinnen in Schuhfabriken, Uhrmacher, Zahntechniker zu machen. Bei einer Reihe weiterer Berufe besteht zwar die Entlassungspflicht grundsätzlich weiter, jedoch müssen die bis zum 29. Mai eingereichten Befreiungsanträge bereitwilliger, als es sonst der Fall sein kann, genehmigt werden. Es sind dies die Kunsttischler, Maßschneider, Gärtner, Putzmacherinnen, Näherinnen, Stickerinnen, Strohhutnäherinnen. Anträge auf Befreiung sind nur noch dann zulässig, wenn der Arbeitgeber die von ihm zu bestimmenden Fristen nicht gesetzt und sich dadurch gegen die Strafbestimmungen vergangen hat.

Weitere Proteste gegen die Hinrichtung Levinés, den Militarismus usw. und für die Einigkeit des Proletariats sind uns zugegangen von der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokraten, vom Arbeiterrat des Korps-Nachr.-Parks Garde, den Arbeitern und Angestellten des Feuerwerkslaboratoriums Spandau (die zugleich die Beteiligung am Generalstreik ablehnten), und der Arbeiterschaft der Märkischen Industriewerke. Zum Abdruck fehlt uns der Platz.

Der Rat ehemaliger Schutzhaftgefangener hielt am letzten Dienstag im Festsaal des Herrenhauses eine Verbandsversammlung ab, in welcher der Sekretär des Rats, Redakteur Albert Werner, einen Tätigkeitsbericht über die letzten Monate erstattete. Diesem Bericht entnehmen wir die Bildung eines juristischen Senats, der hauptsächlich auf die endliche Verabschiedung des neuen Schutzhaftgesetzes hinwirken und zu dem Entwurfe der Reichsregierung Stellung zu nehmen hat, der gemäß einer Zusage des Reichsministers Dr. Preuß dem Rat ehemaliger Schutzhaftgefangener vor Einbringung in die Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Der Referent geißelte in seinem Bericht mit scharfen Worten das völlige Versagen der Reichs- und Militärbehörden in der gesamten Schutzhaftmaterie und wies besonders darauf hin, daß die Kommandantur Berlin auf Grund einer Entscheidung des Kriegsministeriums sich weigert, die zur Klärung der Entschädigungsfragen unbedingt nötige Akteneinsicht zu gewähren. Den gleichen Standpunkt hat das Generalkommando des 3. Armeekorps eingenommen. Auf diese reaktionäre Stellungnahme soll laut Versammlungsbeschluß die breiteste Oeffentlichkeit hingewiesen, der Verband außerdem auf eine größere Grundlage gestellt werden, indem durch Protest gegen Rechtsbeugungen jeder Art und Inschutznahme der dadurch Betroffenen neue Aufnahmemöglichkeiten geschaffen werden. Die nächste Versammlung soll hierfür festumrissene Beschlüsse fassen. Anträge für die nächste Versammlung sind schon jetzt an das Sekretariat des Rats ehemaliger Schutzhaftgefangener, Herrenhaus Zimmer 19, einzureichen.

Der Deutsche Bund für naturgemäße Lebensweise tagte am 8. und 9. Juni im Saale des Herrenhauses. Die Tagung wurde eingeleitet durch vier Vorträge des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Paul Schirrmeister: „Aufgaben und Forderungen der Gesundheits- und Kulturpolitik und unsere Bundesarbeit", des Prof. Dr. Emil Klein: „Das Reformkrankenhaus, seine wissenschaftlichen und praktischen Aufgaben", der Frau Lina Gilbert-Frankfurt a. M. und Schwester Gotlinde Leube-Gera-R.: „Frauen- und Jugendarbeit in der Naturheilbewegung". Der Rest war geschäftlichen Beratungen gewidmet.

Ein schwerer Raubüberfall aufgeklärt. Vor acht Tagen erschienen Prenzlauerstraße 18, morgens 9 Uhr, bei der Wirtschafterin des Hausbesitzers Gerlich, Fräulein Minna Storbeck, zwei Männer, die am Tage vorher schon vorgesprochen hatten, unter dem Vorwande, eine Auskunft einziehen zu wollen. Beim Abschied fielen sie plötzlich über die Ahnungslose her, stießen sie in den Hausflur zurück, zwangen sie mit vorgehaltenem Revolvern zum Schweigen, banden sie im Schlafzimmer auf einem Stuhl fest und knebelten sie mit einem Taschen- und einem Handtuch. Dann raubten sie aus den Behältnissen Wäsche, zwei Anzüge und eine goldene Uhr und verschwanden mit der Beute. Die Ueberfallene war dem Ersticken nahe, als Gerlich zwei Stunden später heimkehrte und sie rettete. Kriminalbeamten fiel ein 22 Jahre alter Schlächtergeselle Paul Kallert auf, der sich durch Geldausgaben verdächtig machte. Sie nahmen ihn in der vergangenen Nacht fest. Bei einem eingehenden Verhör legte der Verhaftete ein umfassendes Geständnis ab. Seinen Helfershelfer will er in einer Kaschemme oberflächlich kennengelernt haben, ohne ihn nach Namen und Wohnung zu fragen. Wie er behauptet, haben sie sich die Beute gleich geteilt. Kallert ging dann rechts, sein Spießgeselle nach links davon. Sie trafen sich dann bisher nicht wieder. Von den geraubten Sachen besaß der Festgenommene nichts mehr. Er hatte seinen Beuteanteil zu Geld gemacht, sich neue Kleidung besorgt und das übrige Geld in Gesellschaft von leichtsinnigen Mädchen, mit denen er auch gesehen wurde, durchgebracht.

Die Aufführung des ersten „sozialistischen Films", die von uns in der gestrigen Abendnummer angekündigt wurde, ist nicht eine Uraufführung, sondern eine von der „Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie" veranstaltete Vorführung im engeren Kreise, zu der Karten nur an organisierte Sozialdemokraten verkauft werden.

Die Einstellung von Arbeitern und Handwerkern bei der Eisenbahnverwaltung erfolgt wie bei allen Privatunternehmern nur durch Vermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise, für Groß-Berlin (Metallarbeiter) durch den paritätischen Arbeitsnachweis Musterhausener Straße 15 und für alle übrigen Arbeiter durch Zentralverein für Arbeitsnachweis, Abteilung Bahnarbeiter, Gormannstr. 13, außerdem durch die Arbeitsnachweise Charlottenburg, Berliner Str. 81, und Lichtenberg, Marktstraße 10/11. Für die an den Fern- und Vorortstrecken wohnenden Arbeitsuchenden kommen zur Arbeitsvermittlung die bei den einzelnen Gemeinden eingerichteten Arbeitsnachweise in Frage. Schriftliche Gesuche um Einstellung als Arbeiter an die Eisenbahndirektion oder an die ihr unterstellten Dienststellen sind zwecklos.

Der „Wahre Jakob" ist erschienen und gelangt ab heute zur Ausgabe.

Weißenseer Gemeindevertretung. Die Gemeindevertreter besichtigten das der Gemeinde gehörende Rieselgut Birkholz und auf Vorschlag der U. S. P. das Gut Malchow, um festzustellen, daß Birkholz durch schlechte Bewirtschaftung, speziell des Viehbestandes, heruntergekommen ist. Der Wahrheit gemäß muß aber gesagt werden, daß Malchow nicht neben Birkholz gestellt werden kann, da es mit Arbeitskräften und Viehfutter viel besser gestellt war. Wir hatten aus Billigkeitsgründen zwei Schöffensitze niedergelegt. Bei der jetzt vorgenommenen Wahl verließen die Bürgerlichen bis auf einen den Sitzungssaal. Da die U. S. P. an uns nicht wegen Besetzung der Posten herantrat, beschlossen wir, erst in der Stichwahl ihrem Kandidaten die Stimme zu geben. Es wurden gewählt Bautz und Andree.

Spandau. Stadtverordneten-Versammlung. Zu den Spielkursen der Schulkinder werden nur Personen mit Lehrbefähigung als Lehrkräfte zugelassen, wogegen sich die Unabhängigen und unsere Genossen wenden. Es folgt die Einführung der neu- resp. wiedergewählten unbesoldeten Stadträte. Dem Vorschlag des Mieterbundes Groß-Berlin betr. Abbürdung der Mietschulden für Kriegsteilnehmer wird zugestimmt. Zur Errichtung einer Fürsorgestelle für Schwerkriegsbeschädigte und einer Beratungsstelle für Geschlechtskranke werden je 20 000 Mark bewilligt. Gefordert werden 26 289,04 M. Nachbewilligung für den Arbeiterrat; Gesamtausgaben dafür und für den Soldatenrat bis 5. Juni 146 289,04 M., bewilligt sind bisher 120 000 Mark. Unsere Parteigenossen hatten in ihrer Mitgliederversammlung am Tage vorher sich für Auflösung des Arbeiterrats ausgesprochen. Zu der Verfügung des Magistrats, daß die Mittel für den Arbeiterrat nur bis 5. Juni bewilligt werden, erklärte sich die Mehrheitsfraktion dahin, daß der Arbeiterrat noch bis zum 30. Juni bestehen bleiben soll. Die Unabhängigen wollen den Arbeiterrat auch noch weiter beibehalten. Die Bürgerlichen wehrten sich gegen die Verlängerung. Die Mehrheit beschloß Annahme der Vorlage mit der Verlängerung vorläufig bis 30. Juni. 1 600 000 M. für neue Notstandsarbeiten sollen aus einer Anleihe gedeckt werden. Unsere Fraktion hatte den dringlichen Antrag eingebracht: „Der Beschluß vom 22. Mai 1919 über Gewährung einer Entschuldungsbeihilfe an Beamte, Angestellte und Arbeiter ist aufzuheben und die ganze Angelegenheit zur nochmaligen Beratung an die Gehaltsregulierungskommission zurückzuverweisen. Auszahlungen dürfen nur nach endgültiger Beschlußfassung der Stadtv. erfolgen." Am 22. Mai wurde ein dringlicher Antrag der bürgerlichen Stadtverordneten angenommen, den Beamten, Angestellten und Arbeitern eine Entschuldungsbeihilfe zu zahlen, und der Magistrat wurde ermächtigt, Vorschuß zu zahlen. Es stellte sich nun heraus, daß der Magistrat die Entschuldungsbeihilfen differenziert zahlen wollte, nach oben mehr, nach unten weniger. Unsere Genossen verlangten gleichmäßige Verteilung. Nach längerer und ziemlich erregter Debatte, bei der auch von den Tribünen lante Zurufe von Magistratsbeamten gemacht wurden, stimmte die Mehrheit für den Dringlichkeitsantrag. Betont wurde, daß man im Prinzip für die Entschuldungsbeihilfen eintrete und nur die Art der Verteilung bemängele.

Tempelhof. Gemeindevertretung. Die Anfrage der Genossen Ewald (S. P. D.) und Irrgang (U. S. P. D.) an die unbesoldeten Schöffen, ob sie bereit seien, ihre Aemter zur Verfügung zu stellen, da sie durch ihr Mitbestimmungsrecht das Wahlergebnis fälschten, rief eine lebhafte Debatte hervor. Da die unbesoldeten Schöffen eine bindende Erklärung nicht abgaben, stellten die sozialdemokratischen Fraktionen, unterstützt von den Demokraten, einen Vertagungsantrag, der gegen die Stimmen der übrigen Bürgerlichen angenommen wurde.

Neukölln. Die Stellung der Aerzteschaft zum Bürgerstreik. Der Ausschuß des Aerzte-Vereins hat namens der Kassenärzte dem Kassenvorstand mitgeteilt, daß unter der Neuköllner Aerzteschaft nicht die geringste Neigung zu einem Aerztestreik bestehe und er im Falle eines Bürgerstreiks für die ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder durch die Kassenärzte **Bürgschaft** leiste. Befürchtungen für die erkrankten Mitglieder sind hiernach auch im Falle eines Bürgerstreiks zurzeit nicht begründet. Die Angelegenheit hat damit für beide Teile mit einem befriedigenden Ergebnis abgeschlossen.

Klein-Schönebeck-Fichtenau. Die Bezirksgruppe der Kommunalbeamten der östlichen Vororte Berlins schreibt uns zu dem Versammlungsbericht im „Vorwärts" vom 31. Mai: Der Bericht gibt die Tatsachen nicht richtig wieder. Das Vorgehen des Beamtenrates richtet sich nur gegen die Person des Drogerieinhabers Eugen Steinborn, der erst seit 11. April d. Js. die Funktion eines Arbeiterrates ausübt und dessen Vorleben nicht makellos ist, weswegen die Beamten seine Mitarbeit ablehnten. Die Anklagen, die Steinborn gegen die Beamten vorgebracht hat, wollen diese gar nicht entkräften, weil die sogen. Mißstände durch den Krieg hervorgerufen und wohl in jeder Verwaltung vorhanden sind.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis Freitag im 233., bis Montag im 140. bis 142., 144., 147., 150., 199. und 206. und bis Dienstag im 188. Brotkommissionsbezirk pro Kopf 125 Gramm Käse. — 400 Gramm Marmelade (27). Anmeldung in den Geschäften heute Donnerstag, Freitag und Sonnabend.

Reinickendorf. 200 Gramm Graupen (33). Abschnitte bis heute abzugeben. — 500 Gramm Kunsthonig (26). Abschnitte bis Freitag abzugeben. — 250 Gramm Marmelade (27). Abschnitte bis 16. Juni abzugeben.

Nowawes. Heute Donnerstag 225 Gramm ausländisches Schweinefleisch. — Ab heute 100 Gramm Bratfett (N 5). — Infolge Kartoffelpreiserhöhung auf 25 Pf., diese Woche 15 Pf., aber nächste dafür 30 Pf. das Pfund.

Spandau. Ab heute ein halbes Pfund Backobst (259), ¼ Pfund Weichkäse (250). Feld 250 behält solange Gültigkeit, bis sämtliche Stadtteile beliefert sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

13. Abt. Versammlung statt 7½ um **7 Uhr.**

Charlottenburg. Morgen Freitag, 6 Uhr, von den bekannten Gruppenlokalen **Flugblattverbreitung.** Um zahlreiche Beteiligung bittet der Vorstand.

Wilmersdorf. Heute nachmittag 4—5 Uhr Spiele für Schulkinder auf dem Spielplatz der freien Turnerschaft, Württembergsche, Ecke Zähringerstraße. Treffpunkt: 3½ bis 3¾ Uhr am Untergrundbahnhof Fehrbelliner Platz. Vesperbrot mitbringen, Kaffee frei.

Jugendveranstaltungen.

Westen. Heute abend 8 Uhr Bangewerkschule, Kurfürstenstr. 142: Unterhaltungsabend mit besonderem Programm.

Weißensee. Heute abend 8 Uhr Jugendheim, Woelckpromenade 1. Vortrag: August Bebel.

Briefkasten der Redaktion.

W. 16. Reichsbekleidungsstelle, Nürnberger Platz 1. — **31.** Fragen Sie bei der Kunstakademie an. — **K. G. 19.** Potsdamer Straße 88. **30 Kl.** Die letztere Steigerung halten wir für unzulässig. Wenden Sie sich sofort an das Mieteinigungsamt, Zimmerstr. 90. — **W. T. 1.** Setzen Sie sich mit Ihrem Verband in Verbindung. — **L. L. Ja.**